

PROTOKOLL

über die 3. ordentliche Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr

am Donnerstag, 10. Dezember 2015, im Rathaus, 1. Stock hinten,

Gemeinderatssitzungssaal.

Beginn der Sitzung: 14.00 Uhr

Anwesend:

BÜRGERMEISTER:

Gerald Hackl als Vorsitzender

VIZEBÜRGERMEISTER:

Wilhelm Hauser

Dr. Helmut Zöttl

Ingrid Weixlberger

STADTRÄTE:

Dr. Michael Schodermayr

Dr. Mario Ritter

Gunter Mayrhofer –

(ohne GR-Mandat)

Mag. Reinhard Kaufmann –

(ohne GR-Mandat)

GEMEINDERÄTE:

Rudolf Blasi

Helga Feller-Höllner

MMag. Michaela Frech

Pit Freisais

Michaela Greinöcker

Rosa Hieß

Ing. Franz-Michael Hingerl

Josef Holzer

Thomas Kaliba

Matthias Kaltenböck

Mag. Barbara Kapeller

BA (FH) Evelyn Kattnigg

Heidemarie Kloiber

David König

Lukas Kronberger

Maria Lindinger

Natascha Payrleithner

Uwe Pichler

Kurt Prack

Florian Schauer

Birgit Schörkhuber, BEd

Rudolf Schröder

Ing. Thomas Schurz

Mag. Erwin Schuster

Arno Thummerer

Silvia Thurner

Ursula Voglsam

Anneliese Zimmermann

Ing. Wolfgang Zöttl, BEd

VOM AMT:

Dr. Kurt Schmidl

Dr. Martina Kolar-Starzer

Mag. Helmut Lemmerer

Dr. Michael Chvatal

Thomas Schwingshackl

ENTSCHULDIGT:

Dr. Markus Spöck, MBA

PROTOKOLLFÜHRER:

Dr. Kurt Schmidl

Karin Rodlauer

Die ordnungsgemäße Einladung erfolgte gemäß § 18 (1a) GOGR.

VERHANDLUNGSABLAUF:

- 1) ERÖFFNUNG DER SITZUNG;
FESTSTELLUNG DER ORDNUNGSGEMÄSSEN EINBERUFUNG, DER BESCHLUSS-
FÄHIGKEIT UND BEKANNTGABE DER PROTOKOLLPRÜFER

GRⁱⁿ Heidemarie Kloiber
GR David König

- 2) BEANTWORTUNG VON ALLFÄLLIGEN ANFRAGEN
- 3) MITTEILUNGEN DES BÜRGERMEISTERS
- 4) AKTUELLE STUNDE
- 5) KENNTNISNAHME VON BESCHLÜSSEN DES STADTSENATS gem. § 54 Abs. 3 StS
(Die Unterlagen wurden zu den jeweiligen Stadtsenatssitzungen an alle Gemeinderats-
mitglieder zugestellt.
- 6) VERHANDLUNGSGEGENSTÄNDE

INHALTSVERZEICHNIS:

1)	GHJ2-73/06 Auflösung des Mietvertrages zwischen der Stadt Steyr und der FH OÖ Immobilien GmbH betreffend 100 Abstellplätze auf dem Gaswerkgelände.	10
2)	ÖAG-9/09 Änderung des Kaufvertrages vom 6. 2. 2013, abgeschlossen mit Herrn Dkfm. Dr. Maximilian Haubeneder.	12
3)	Fin-147/14 Private Kinderbetreuungseinrichtungen in Steyr, Endabrechnung für das Betreuungsjahr 2014/15 und Genehmigung der Voranschläge für das Betreuungsjahr 2015/2016.	13
4)	Präs-120/03 Frauenförderprogramm des Magistrates Steyr und dessen ausgliederte Unternehmen 2.0.	16
5)	BauR-1/15 Neuplanungsgebiet Nr. 18 –Westspange.	23
6)	Fin-226/15 Tarif- und Gebührenordnung für die Alten- und Pflegeheime Steyr; Änderung ab 1. 1. 2016.	30
7)	Präs-349/14 Erlassung einer Bürgerinnen- und Bürgerfragestundeverordnung.	35
8)	GemLust-21/15 Erlassung einer neuen Lustbarkeitsabgabeordnung für die Stadt Steyr.	41
9)	SBS-83/15 Novellierung der Abfallgebührenordnung der Stadt Steyr....	43
10)	SBS-84/15 Städt. Wasserversorgung – Wassergebührenänderung zum 1. 1. 2016.	45
11)	GemKan-26/98 Novellierung der Kanalbenützungsgebührenordnung der Stadt Steyr.	46
12)	GemKan-27/97 Kanal-Anschlussgebührenordnung; Änderung zum 1. Jänner 2016.	46
13)	Fin-238/15 Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft der Stadt Steyr, GmbH (GWG); Anpassung der Gesellschafterstruktur.	47
14)	ÖAG-19/15 Abschluss eines Kaufvertrages zwischen dem Verein „Forschungs- und Ausbildungszentrum für Arbeit und Technik – FAZAT“ und der FH OÖ Immobilien GmbH über die Baurechtseinlagen EZ 2639 und EZ 2700 je Grundbuch 49233 Steyr, unter Beitritt der Stadt Steyr und Abgabe eines Angebotes gegenüber der FH OÖ Immobilien GmbH.	48
15)	Präs-377/15 Förderung der Gemeinderätinnen und Gemeinderäte und Fraktionsförderung 2016-2021.	49
16)	Fin-100/15 Voranschlag der Stadt Steyr für das Rechnungsjahr 2016. ..	51

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

- 1) ÖAG-9/09 Änderung des Kaufvertrages vom 6. 2. 2013, abgeschlossen mit Herrn Dkfm. Dr. Maximilian Haubeneder.
- 2) ÖAG-9/09 Änderung des Kaufvertrages vom 6. 2. 2013, abgeschlossen mit Herrn Dkfm. Dr. Maximilian Haubeneder.

BERICHTERSTATTERIN VIZEBÜRGERMEISTERIN INGRID WEIXLBERGER:

- 3) Fin-147/14 Private Kinderbetreuungseinrichtungen in Steyr, Endabrechnung für das Betreuungsjahr 2014/15 und Genehmigung der Voranschläge für das Betreuungsjahr 2015/16.
- 4) Präs-120/03 Frauenförderprogramm des Magistrates Steyr und dessen ausgliederte Unternehmen 2.0.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER DR. HELMUT ZÖTTL

- 5) BauR-1/15 Neuplanungsgebiet Nr. 18 – Westspange.

BERICHTERSTATTER STADTRAT DR. MICHAEL SCHODERMAYR:

- 6) Fin-226/15 Tarif- und Gebührenordnung für die Alten- und Pflegeheime Steyr; Änderung ab 1. 1. 2016.

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

- 7) Präs-349/14 Erlassung einer Bürgerinnen- und Bürgerfragestundeverordnung.
- 8) GemLust-21/15 Erlassung einer neuen Lustbarkeitsabgabeordnung für die Stadt Steyr.
- 9) SBS-83/15 Novellierung der Abfallgebührenordnung der Stadt Steyr.
- 10) SBS-84/15 Städt. Wasserversorgung – Wassergebührenänderung zum 1. 1. 2016.
- 11) GemKan-26/98 Novellierung der Kanalbenützungsgebührenordnung der Stadt Steyr.

- 12) GemKan-27/97 Kanal-Anschlussgebührenordnung; Änderung zum 1. Jänner 2016.
- 13) Fin-238/15 Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft der Stadt Steyr, GmbH (GWG); Anpassung der Gesellschafterstruktur.
- 14) ÖAG-19/15 Abschluss eines Kaufvertrages zwischen dem Verein „Forschungs- und Ausbildungszentrum für Arbeit und Technik – FAZAT“ und der FH OÖ Immobilien GmbH über die Baurechtseinlagen EZ 2639 und EZ 2700 je Grundbuch 49233 Steyr, unter Beitritt der Stadt Steyr und Abgabe eines Angebotes gegenüber der FH OÖ Immobilien GmbH.
- 15) Präs-377/15 Förderung der Gemeinderätinnen und Gemeinderäte und Fraktionsförderung 2016- 2021.
- 16) Fin-100/15 Voranschlag der Stadt Steyr für das Rechnungsjahr 2016.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Zu Pkt. 1) BEKANNTGABE DER PROTOKOLLPRÜFER:

Als Protokollprüfer wurden bestellt: GRⁱⁿ Heidemarie Kloiber
GR David König

ERÖFFNUNG DER SITZUNG:

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Ja, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich darf sie sehr herzlich zur Gemeinderatssitzung, zu unserer Budgetgemeinderatssitzung 2015, willkommen heißen. Darf feststellen, dass wir ordnungsgemäß eingeladen haben, dass wir beschlussfähig sind und als Protokollprüfer die Gemeinderätin Heidemarie Kloiber und Herr Gemeinderat David König vorgesehen sind. Entschuldigt hat sich der Gemeinderat Dr. Markus Spöck. Das kleine Präsent ist für Weihnachten gedacht, für sie, für ihre Lieben, wie auch immer. Das Bummerl, das sie da sehen, ist geschmiedet. Das ist der Schmied am Stadtplatz, der auch dieses, ja, dieses Wahrzeichen der Stadt im Endeffekt in dieser Form produzieren kann. Könnte ja auch Lust und Laune machen, dass man so etwas auch in Kleiner macht. Wir haben eine kleinere Version auch schon in Vorbereitung, auch als kleines Gastgeschenk. Vielleicht könnte das Schule machen. Aber das nur als Anregung, eine nette Erwähnung auch zum Weiterschenken. Ja, das Süße, was da drinnen ist, das soll gute Laune verursachen. Schokolade macht lustig und ansonsten ist es schon ein Vorgeschmack auf den ruhigen Advent, den ich ihnen jetzt schon wünsche. Das war nur ein kleiner Einzelpunkt bei der Tagesordnung.

Zu Pkt. 2) BEANTWORTUNG VON ALLFÄLLIGEN ANFRAGEN:

Mir liegt eine Anfrage vor – von der Frau Gemeinderätin MMag. Michaela Frech, die an mich folgende Anfrage gerichtet hat – namens der Fraktion ÖVP-Bürgerforum. Und ich darf die Frage gem. § 12 Abs. 3 des Statutes für die Stadt Steyr verlesen und dann auch selbstverständlich beantworten. Die Frage, beziehungsweise die Anfrage, lautet:

Anbei darf ich Dir namens der Fraktion ÖVP-Bürgerforum nachfolgende Anfrage übermitteln. Ich bitte Dich, diese in der nächsten Gemeinderatssitzung am 10. Dezember, also heute, zu beantworten.

Bei zahlreichen Gelegenheiten wird immer wieder betont, dass die Stadt Steyr einen Sparkurs verfolge. Es wären daher sämtliche Möglichkeiten auszuloten, wo ohne Qualitätsverlust der Leistungen für die Bürgerinnen und Bürger finanzielle Mittel eingespart werden können.

In diesem Zusammenhang stellen sich für uns folgende Fragen:

1. Wie viele Dienstautos werden aktuell von Steyrer Politikern verwendet?
2. Wer verwendet diese Dienstautos regelmäßig?
3. Wie viele Kilometer werden pro Jahr mit jedem dieser Dienstautos zurückgelegt (2014)?
4. Wann erfolgte die Anschaffung der letzten Fahrzeuge?
5. Wie hoch war der Anschaffungswert dieser Fahrzeuge?

6. Wie viele Fahrten erfolgen im Stadtgebiet von Steyr durchschnittlich pro Tag bzw. pro Jahr (2014)?
7. Wie viele Fahrten erfolgen "über Land", d.h. außerhalb von Steyr? Waren jetzt bezogen die Fragen 2014, da kann man's auch beantworten ganz aktuell bzw. mit dem Jahresrückblick.
8. Werden die Fahrzeuge auch für private Fahrten der Politiker eingesetzt? Wenn ja: Welche Regelungen gibt es dazu (Kostenersatz etc.)?
9. Wie hoch sind die jährlichen Kosten für diese Dienstautos (kalkulatorische Abschreibung, Treibstoff, Versicherungen etc.?)
10. Wie hoch sind die jährlichen Personalstunden und Personalkosten

Hierzu kann ich folgendes berichten bzw. die Fragen folgendermaßen beantworten:

Frage 1:

Wie viele Dienstautos werden aktuell von Steyrer Politikern verwendet?

Unverständliche Zwischenmeldung

Antwort:

Es werden....die Michaela vielleicht.

Allgemeines Gelächter

Es werden zwei....es werden zwei Dienstautos verwendet.

Frage 2:

Wer verwendet diese Dienstautos regelmäßig?

Antwort:

Dienstauto 1 (BMW): in erster Linie ich selber. Heute aber zum Beispiel ist die Frau Magistratsdirektor-Stellvertreter Dr. Kolar-Starzer mit diesem Dienstauto in Linz bei einem Termin mit Landesrat Anschöber.

Dienstauto 2 (Passat): viel genützt Vzbgm. Oppl bis zu seiner Pensionierung. Jetzt Vzbgm Hauser, Vizebürgermeisterin Ingrid Weixlberger, der Magistratsdirektor, das Jugendamt, die Zentralverwaltung, je nach dem. Grundsätzlich, möchte ich hier noch einfügen, steht dieses Auto auch für andere Stadtsenatsmitglieder für Dienstfahrten zu Verfügung, falls es frei ist und auf Anfrage.

Frage 3:

Wie viele Kilometer werden pro Jahr mit jedem dieser Dienstautos zurückgelegt (2014)?

Antwort:

BMW: haben wir nachgerechnet 13.304 km

Passat: 11.614 km

Also rund 25.000 Kilometer im Jahr 2014.

Frage 4:

Wann erfolgte die Anschaffung der letzten Fahrzeuge? Das war die Frage 4 oder ist die Frage 4.

Antwort:

BMW – wie gesagt - ein Leasingfahrzeug und wird jedes Jahr gewechselt.
Der Passat wurde im Mai 2007 angekauft.

Frage 5:

Wie hoch war der Anschaffungswert dieser Fahrzeuge?

Antwort:

BMW keine Anschaffungskosten da Leasingfahrzeug.
Passat wurde um 32.700 Euro im Mai 2007 angekauft.

Frage 6:

Wie viele Fahrten erfolgen im Stadtgebiet von Steyr durchschnittlich pro Tag bzw. pro Jahr (2014)?

Antwort

2014 angesehen - pro Tag erfolgen im Durchschnitt pro Tag und Auto drei Stadtfahrten. Das ergibt bei angenommenen 220...bei angenommenen 220 Arbeitstagen rund 660 Stadtfahrten pro Auto:

Frage7:

Wie viele Fahrten erfolgen "über Land", also außerhalb von Steyr?

Antwort:

Rund 120 Fahrten wurden im Jahr 2014 mit Ziel außerhalb von Steyr aufgezeichnet. Das sich auf die Fahrzeuge aufgeteilt hat – auf die beiden.

Frage 8

Werden die Fahrzeuge auch für private Fahrten der Politiker eingesetzt? Wenn ja: Welche Regelungen gibt es dazu (Kostenersatz etc.)?

Antwort:

Die Fahrzeuge werden grundsätzlich für Privatfahrten nicht genützt. Lediglich punktuell im Rahmen des im Sachbezug möglichen Ausmaßes.

Frage 9:

Wie hoch sind die jährlichen Kosten für diese Dienstautos (Abschreibung, Treibstoff, Versicherungen usw.)? (2014)

Antwort:

Für beide Autos zusammen: € 11.600. Das schlüsselt sich auf BMW Leasing und Treibstoff, Versicherung. BMW sind die Kosten höher als beim Passat. Dafür hat es ja damals beim Passat auch Anschaffungskosten gegeben. Also zusammen € 11.600 inkl. Treibstoff in einem Jahr. Und die kalkulatorische Abschreibung für den Passat ist schon auf € 0,-- abgeschrieben bzw. auf € 1,-- abgeschrieben, da die Nutzungsdauer 8 Jahre schon beträgt.

Frage 10

Wie hoch sind die jährlichen Personalstunden und Personalkosten (2014)?

Antwort:

Im Jahr 2014 fielen bei beiden Chauffeuren 3.567 Personalstunden, also Arbeitsstunden, an. Die Höhe der Personalkosten darf ich – ich ersuche darum um Verständnis – leider nicht bekannt geben. Da es ja nur um zwei Bedienstete sich handelt und aus diesen...dieser Zahl im Endeffekt Rückschlüsse auf das tatsächliche Gehalt möglich wären und das ist verfassungsrechtlich geschützt bzw. diese Geheimhaltung muss bezogen auf die personenbezogenen Daten eingehalten werden. Ersuche dafür um Verständnis. Kann aber mitteilen, dass

beide Chauffeure 2014 in P1 eingestuft waren. Also, das ist nicht unbedingt eine besonders hohe Besoldungsgruppe und da kann man ein bisschen nachschauen, was ungefähr....von welchen Gehältern man reden könnte. Das nur dazu, dass man nicht glaubt, man will da etwas verheimlichen. Das ist aber wirklich etwas, was wir nicht sagen dürfen. Ja, das waren die Antworten.

GEMEINDERÄTIN MMAG. MICHAELA FRECH:

Zusatzfrage – du hast gesprochen Herr Bürgermeister in der Beantwortung, dass es sehr wenige Privatfahrten gibt. Kann ich davon ausgehen, dass die Dienstfahrten auch inkludieren – die sogenannten Dienstfahrten auch inkludieren – unbegrenzte Abholungen von der privaten Wohnadresse zum Rathaus und wieder retour. Das heißt Abholungen von Politikern von zu Hause und wieder das bringen.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Ja, ja, das ist in diesen Kosten, die der einzelne Mandatar dazu tragen muss, inkludiert.

GEMEINDERÄTIN MMAG. MICHAELA FRECH:

Das hängt aber dann vom Bedarf ab, keine Dienstfahrten

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Doch wir bezahlen hier extra.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Das sind die Fahrten, die im Endeffekt mit dieser... mit diesem Stundensatz beglichen werden. Ja, so beantwortet. Ich möchte jetzt schon noch ein bisschen was Grundsätzliches noch zu den Dienstautos sagen, weil ich davon überzeugt bin, dass wir in Steyr mit Sicherheit das günstigste Dienstwagensystem – nicht nur Österreichs, sondern Mitteleuropas - haben. Wir haben ein Gleitzeitmodell, das ich von Dienstchauffeuren überhaupt noch nie irgendwo gesehen habe. Wir haben das eingeführt in meiner Amtszeit. Wir haben die Überstunden aufgrund dieses Gleitzeitmodells, wo bis 19.00 Uhr keine Überstunden geschrieben werden dürfen, reduziert von 1.400 Überstunden auf jetzt 240. Also, das wäre ein Modell, das ich jeden anderen auch empfehlen könnte. Allen anderen Institutionen, vom Land angefangen. Wir haben auch in meiner Amtszeit begonnen, dass wir am Wochenende nicht mit dem Auto fahren. Wir fahren zu den Abendterminen, wenn wir es schaffen, nach Hause zu kommen, mit Privat-PKW. Kann nur von mir sagen, ich fahre im Jahr ungefähr 1.300 Kilometer dienstlich im Auftrag der Stadt zu Terminen mit meinem Privat-PKW ohne Kilometergeld dazu...dafür zu verrechnen. Das möchte ich dazu nur sagen, damit man sieht, was sich hier wirklich getan hat und dass wir, in der Stadt Steyr, diese Dienstfahrzeuge nicht als Statussymbol sehen und wir sagen, ja lässig, die lassen sich jetzt abholen die Politiker und sagen...als reines Arbeitsmittel. Wir könnten ohne der Dienstfahrzeuge – und das ist meine tiefste Überzeugung – einen...Vielzahl von Terminen und in dieser Dichte, die Leistungen und die Termine nicht abarbeiten, so wie wir es jetzt können und das ist halt ein Anspruch den man hat auch gegenüber den Bürgern oder nicht. Und aus dem Grund denke ich, ist es angesichts dieser doch sparsamen Kosten für die Dienstfahrzeuge absolut vertretbar. Gut, das war der Punkt 2 – die Anfrage und die Beantwortung.

Zu Pkt. 3) MITTEILUNGEN DES BÜRGERMEISTERS:

Möchte ich mich jetzt kurz halten. Möcht nur in Erinnerung rufen, dass am Freitag und am Samstag diese große Weihnachtsgala stattfindet im Stadttheater mit der Sängerkunst und „Steyr singt“. Der Sonderzug der Steyrtalbahn, wer Enkerl hat oder auch sonst Kinder, kann ich nur empfehlen diese Christkindfahrt da, nach Steinbach an der Steyr mit der Steyrtalbahn, die um 13.00 Uhr wegfährt und um 16.00 Uhr schon wieder da ist und um 17.00 Uhr. Ist wirklich empfehlenswert. Man kann die Wartezeit aufs Christkind ein bisschen verkürzen. Heuer erstmals die Möglichkeit, dass man auch, wenn man sagt, es ist trotzdem zu lange, um 14.30 Uhr fahren erstmals jetzt schon Busse von Grünburg nach Hause. Man fährt mit

dem Zug hinein mit den Kindern und um 14.30 Uhr kann man dann von Grünburg schon wieder nach Hause fahren und die Fahrten sind kostenlos. Die Stadt zahlt diese Fahrt für die Steyrer Kinder. Gut, das war das Positive. Das Negative sind die Wirtschafts- und Arbeitsmarktdaten für den Bezirk und für die Stadt. Wir haben Ende November 2015 3.610 Personen im Bezirk Steyr arbeitslos gemeldet gehabt. Gegenüber dem Vorjahr hat sich die Gesamtsumme der vorgemerkten Arbeitslosen um 116 Personen oder 3,32 % erhöht. Die Arbeitslosenquote im November betrug 8,5 % und ist im Vergleich zum Vormonat um 0,4 % höher und auch gegenüber dem Vergleichsmonat im Vorjahr hat sie sich um 0,2 % erhöht. Dafür – und das ist aber ein schwacher Trost – sind die Schulungsteilnehmer geringer geworden. Aber nicht deswegen weil die Leute weg sind, sondern weil einfach weniger Schulungskurse angeboten werden. Das könnte man da noch ein bisschen gegenrechnen. Im Endeffekt sind die Arbeitslosenzahlen viel zu hoch und man sieht eigentlich, dass man kaum einwirken kann auch mit wirtschaftsfördernden Maßnahmen seitens der Kommunen und seitens des Bundes tut sich auch nicht viel. Die Bundesarbeitslosigkeit Österreich weit gesehen liegt momentan bei 9,1 %. Da sind wir ein paar Zehnterl drunter, aber beinahe dort. Also, das ist schon sehr unerfreulich.

Zu Pkt. 4) AKTUELLE STUNDE:

Gut, dann haben wir keine aktuelle Stunde.

Zu Pkt. 5) KENNTNISNAHME VON BESCHLÜSSEN DES STADTSENATS gem. § 54 Abs. 3 StS (Die Unterlagen wurden zu den jeweiligen Stadtsenatssitzungen an alle Gemeinderatsmitglieder zugestellt.)

Die Beschlüsse des Stadtsenates.

Zu Pkt. 6) VERHANDLUNGSGEGENSTÄNDE

Verhandlungsgegenstände. Wir sind schon bei den Verhandlungsgegenständen. Wir treten in diese ein und ich darf den Herrn Vizebürgermeister Hauser um seine Tagesordnungspunkte ersuchen.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

1) GHJ2-73/06 Auflösung des Mietvertrages zwischen der Stadt Steyr und der FH OÖ Immobilien GmbH betreffend 100 Abstellplätze auf dem Gaswerkgelände.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Geschätztes Präsidium, geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Gäste, werte Presse. Ich habe heute zwei Tagesordnungspunkte. Das eine...der erste Tagesordnungspunkt beschäftigt sich mit der Auflösung des Mietvertrages zwischen der Stadt Steyr und dem...der FH OÖ Immobilien GmbH betreffend der 100 Abstellplätze auf dem Gaswerkgelände. Sie wissen ja, dass wir dort so zu sagen circa 100 Abstellplätze an die FH Oberösterreich für die Lehrkräfte und Vortragenden dort vermittelt haben und die werden auch bezahlt. Und sie sind so zu sagen immer zum Letzten eines Quartals kündbar. Nachdem also nächstes Jahr dort mit dem Bau des neuen Fachhochschulgebäudes begonnen werden soll, haben wir uns entschlossen, zum 31.12. des heurigen Jahres diesen Mietvertrag aufzukündigen. Das heißt, ab dem 1.4.2016 wäre dieser Parkplatz dann zur Verfügung um dort die Baustelle und den Bauplatz einrichten zu können. Und sollte dem noch nicht der Fall sein, dann können sie natürlich den weiter benutzen zu den Konditionen, wie sie eben im Mietvertrag steht. Aber damit wir so zu sagen keine Schwierigkeiten haben, dass dieser Platz dann auch dementsprechend auch freigemacht wird. Ich ersuche, diesem Antrag der Auflösung des Mietvertrages, die Zustimmung zu erteilen.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Liegenschaftsverwaltung vom 23. November 2015 wird der Kündigung des o.a. Vertrages, abgeschlossen mit der:

FH OÖ Immobilien GmbH, 4600 Wels, Franz-Fritsch-Straße 11, TOP 3,

zu den im Amtsbericht angegebenen Bedingungen (Kündigung mit 31.12.2015 per 31.03.2016) zugestimmt.

Die Nutzung der Fläche soll aber bis zum Zeitpunkt der tatsächlichen Baustelleneinrichtung zu den im Vertrag festgelegten Bedingungen gegen Entgelt fortgeführt werden:

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Sie haben den Antrag gehört. Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Kollege Kaltenböck. Bitte schön.

GEMEINDERAT MATTHIAS KALTENBÖCK:

Ja, liebe Kolleginnen und Kollegen, wertes Präsidium. Grundsätzlich ist natürlich gegen die Auflösung eines Mietvertrages, wenn es um Parkplätze geht, ja nichts einzuwenden. Und ich bin persönlich jetzt auch nicht unbedingt dafür, dass wir die ganze Stadt mit Parkplätzen zapflastern. Aber natürlich ist diese Auflösung ein...ein weiterer Schritt zum...zum Neubau der FH. Und diesem Neubau stehe ich durchaus kritisch gegenüber. Und ich möchte jetzt kurz auch erörtern, warum ich mich bei diesem Antrag aufgrund dieser kritischen Haltung dem Neubau der FH gegenüber enthalten werde. Und zwar fällt es mir...oder fehlt es mir beim Planungsprozess der FH an einem Beteiligungsprozess der Bürgerinnen und Bürger im betreffenden Stadtteil, was ich grundsätzlich auch als Manko bei anderen Bauprojekten sehe. Und ich mir wünschen würde, dass diejenigen, die solche Bauprojekte auch in ihrem direkten Umfeld auch betreffen, auch mehr Mitspracherecht und auch mehr Miteinbindung in den Planungsprozess erhalten, weil sie so ein Bauprojekt dann in Regelfall für den Rest oder für einen sehr langen Zeitraum ihres restlichen Lebens betrifft. Andererseits ist für mich die Platzwahl auch in Frage zu stellen. Weil diese Fläche ist immerhin das letzte wirklich unbebaute, die letzte wirklich unbebaute Fläche im Wehrgraben, die auch ein gewisses Potential hätte. Natürlich, momentan – und da gebe ich ihnen auch Recht – ist dieses Potential oder wird dieses Potential nicht wirklich gut genutzt. Aber es besteht ja die Möglichkeit, dass man diesen Raum zu einem Freiraum weiterentwickelt, der für die Menschen im Wehrgraben auch ein Stückchen Lebensraum sein könnte. Und abschließend noch vielleicht. Grundsätzlich ist es positiv, dass Bildungseinrichtungen Platz finden, dass Bildungseinrichtungen auch in Steyr Platz finden und trotzdem bin ich hier bei diesem FH Neubau besonders kritisch, weil es sich ja auch um eine Management-FH handelt, die das Ziel hat, Menschen auszubilden, die dann versuchen, so zu sagen die Arbeitskraft möglichst effizient zu nutzen. Und das finde ich für eine Arbeiterinnenstadt, wie es halt Steyr ist, schon bedenklich. Weil ich finde, die Ausbeutung von Menschen sollte man nicht fördern. So viel einfach noch mental. Ich werde mich bei diesem Antrag enthalten.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Dankeschön. Gibt es dazu noch eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Na, ich möchte nur ganz kurz dazu sagen, dass ich mir denke, auf der einen Seite Bildungseinrichtungen zu befürworten aber den Bildungseinrichtungen vorschreiben zu wollen, welche Bildung sie durchführen dürfen, das ist halt auch für mich eine problematische Sicht. Mehr möchte ich dazu nicht mehr sagen.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Gut, ich glaube, da gibt es wirklich nicht mehr viel dazu zu sagen. Wer für diesen Antrag ist, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Wer ist gegen diesen Antrag? Wer übt Stimmenthaltung? Antrag wurde mit einer Stimmenthaltung angenommen.

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen:
Der Antrag wurde wie folgt **angenommen**.

Anwesende Gemeinderäte: **35**

Zustimmung: **34**

SPÖ 16 – (Bgm. Gerald Hackl, Vbgm. Wilhelm Hauser, Vbgm.ⁱⁿ Ingrid Weixlberger, StR Dr. Michael Schodermayr, GR Rudolf Blasi, GRⁱⁿ Helga Feller-Höller, GRⁱⁿ Rosa Hieß, GR Ing. Franz-Michael Hingerl, GR Thomas Kaliba, GRⁱⁿ Mag. Barbara Kapeller, GRⁱⁿ Heidemarie Kloiber, GRⁱⁿ Birgit Schörkhuber, BEd, GR Rudolf Schröder, GR Mag. Erwin Schuster, GRⁱⁿ Silvia Thurner, GRⁱⁿ Anneliese Zimmermann)

FPÖ 10 – (Vbgm. Dr. Helmut Zöttl, StR Dr. Mario Ritter, GRⁱⁿ Michaela Greinöcker, GR Josef Holzer, GRⁱⁿ BA (FH) Evelyn Kattnigg, GR David König, GR Lukas Kronberger, GR Uwe Pichler, GR Arno Thummerer, GR Ing. Wolfgang Zöttl, BEd)

Bündnis ÖVP-Bürgerforum 4 – (GR Ing. Thomas Schurz, GRⁱⁿ MMag. Michaela Frech, GR Florian Schauer, GRⁱⁿ Ursula Voglsam)

GRÜNE 3 – (GRⁱⁿ Maria Lindinger, GRⁱⁿ Natascha Payrleithner, GR Kurt Prack)

NEOS 1 – (GR Pit Freisais)

Stimmenthaltungen: **1**

GRÜNE 1 – (GR Matthias Kaltenböck)

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Bedanke mich für die Berichterstattung. Nächster Punkt bitte.

2) ÖAG-9/09 Änderung des Kaufvertrages vom 6. 2. 2013, abgeschlossen mit Herrn Dkfm. Dr. Maximilian Haubeneder.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Der nächste Punkt, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, befasst sich mit der Änderung des Kaufvertrages vom 6.2.2013, abgeschlossen mit dem Herrn Dkfm. Dr. Maximilian Haubeneder. Sie werden sich noch erinnern, die, die damals schon im Gemeinderat waren, weil das war ein Beschluss des Gemeinderates. Es geht um das Grundstück des sogenannten ehemaligen Spielplatzes im Schlüsselhof. Das also feilgeboten wurde und auch veräußert wurde an den Herrn Dkfm. Dr. Maximilian Haubeneder. Jetzt will er dort so zu sagen eine Bebauung durchführen und jetzt ist es leider Gottes passiert, dass ein Kanal über dieses Grundstück läuft und hier eine Dienstbarkeit eingetragen werden muss. Da das Grundstück vorher uns gehört hat, ist natürlich keine Dienstbarkeit eingetragen gewesen, weil wir uns nicht selber eine Dienstbarkeit eintragen. Daher ist das passiert und es wurde jetzt also festgestellt, dass es dadurch eine Minderung des Kaufpreises gibt natürlich aufgrund dieser Dienstbarkeit und jetzt ist daher... der Amtsbericht schlägt also vor, hier aufgrund eines Gespräches, einer Verhandlung und einer Einigung mit dem Herrn Dkfm. Dr. Maximilian Haubeneder ihm vom Kaufpreis € 20.250,-- zurückzuerstatten von dem damals eingehobenen

Kaufpreis aufgrund dieser Dienstbarkeit. Davon sind also € 9.500,-- noch auf der Vorschlagsstelle und mit € 12.750,-- benötigen wir hierzu eine Kreditüberschreitung. Ich ersuche, diesen Antrag zu diskutieren bzw. zu beschließen.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des vorstehenden Amtsberichtes der Fachabteilung für Privatrechtsangelegenheiten vom 23.11.2015 wird der in der Anlage beigeschlossene Nachtrag zum Kaufvertrag vom 06.02.2013, abgeschlossen zwischen der Stadt Steyr und Herrn Dkfm. Dr. Maximilian Haubeneder über das Grundstück 1241/1, Grundbuch 49233 Steyr, zugestimmt.

Zur Rückzahlung des Kaufpreisteilbetrages von EUR 20.250,-- und zur Bezahlung der Vertragserrichtungskosten wird bei der VA-Stelle 5/840000/001000 ein Betrag von EUR 9.500,-- freigegeben und bei derselben Haushaltsstelle ein Betrag von EUR 12.750,-- als Kreditüberschreitung bewilligt.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Mir liegt keine Wortmeldung vor zu diesem Tagesordnungspunkt. Ist jemand gegen diesen Antrag? Übt jemand Stimmenthaltung? Das ist nicht der Fall. Somit wurde dieser Antrag einstimmig angenommen.

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen:

Der Antrag wurde **einstimmig angenommen**.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Bedanke mich für deine Berichterstattung und darf die Frau Vizebürgermeisterin Ingrid Weixlberger um ihre Punkte ersuchen.

BERICHTERSTATTERIN VIZEBÜRGERMEISTERIN INGRID WEIXLBERGER:

3) Fin-147/14 Private Kinderbetreuungseinrichtungen in Steyr, Endabrechnung für das Betreuungsjahr 2014/15 und Genehmigung der Voranschläge für das Betreuungsjahr 2015/2016.

VIZEBÜRGERMEISTERIN INGRID WEIXLBERGER:

In meinem ersten Antrag geht's um die privaten Kindergärten. Um die Abrechnung des abgeschlossenen Kindergartenjahres und um die Akontozahlung für das neue Kindergartenjahr. Wir haben's im Stadtsenat auch schon diskutiert, dass die Beträge sehr unterschiedlich sind. Ich habe mich noch einmal erkundigt beim Waldorfkindergarten. Also, der Waldorfkindergarten kommt noch aus dem, dass aus den Vorjahren Guthaben sind und die Guthaben jetzt einbehalten werden. Wir schauen uns die Voranschläge nicht in Detail an, sondern wir schauen uns immer dann die Abrechnungen im Einzelnen privater Kindergärten an und dadurch hat sich ergeben, dass beim Waldorfkindergarten aus 13/14 schon ein Guthaben entstanden ist und auch die Budgetierung 14/15 wieder ein Guthaben ergeben hat und das ist der einzige Hintergrund, warum beim Waldorfkindergarten da ein Unterschied ist.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des vorstehenden Amtsberichtes der Fachabteilung für Privatrechtsangelegenheiten vom 23.11.2015 wird dem von den Betreibern privater Kinderbetreuungseinrichtungen vorgelegten Endabrechnungen für das Betreuungsjahr 2014/15 entsprechend der im beigeschlossenen Berechnungsblatt dargestellten Auflistung zugestimmt.

Gleichzeitig werden die von den Rechtsträgern der Betreuungseinrichtungen vorgelegten Vorschauen für das Betreuungsjahr 2015/16 ebenfalls entsprechend der im beigeschlossenen Berechnungsblatt angeführten Beträge genehmigt.

Zur Bedeckung der für das Betreuungsjahr 2014/15 zur Auszahlung zu bringenden Restbeträge sowie der im Dezember 2015 fälligen Akontozahlung für das laufende Betreuungsjahr werden bei den nachstehend angeführten Voranschlagsstellen nachfolgende Mittelfreigaben bzw. Kreditübertragungen genehmigt:

Bei der VA-Stelle 1/240000/757000 (Kindergarten) wird ein Betrag von EUR 134.900,-- freigegeben und weiters werden Kreditübertragungen von dieser Haushaltsstelle in Höhe von EUR 23.700,-- zur VA-Stelle 1/250000/757000 (Hort) und von EUR 23.200,-- zu VA-Stelle 1/439000/757200 (Krabbelstuben) bewilligt.

Bei der VA-Stelle 1/250000/757000 (Hort) wird unter Berücksichtigung der obigen Kreditübertragung ein Betrag von EUR 59.600,-- freigegeben.

Bei der VA-Stelle 1/439000/757200 (Krabbelstuben) wird ebenfalls unter Berücksichtigung der vorangeführten Kreditübertragung ein Betrag von EUR 190.900,-- freigegeben.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Dazu gibt es keinen Diskussionsbedarf. Wer für diesen Antrag ist, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Entschuldigung, habe ich nicht gesehen. Bitte Herr Dr. Ritter.

STADTRAT DR. MARIO RITTER:

Sehr geehrte Anwesende, sehr geehrter Herr Bürgermeister. Es geht ja...oder es ist im Stadtsenat ja nicht nur prinzipiell darum gegangen, über die vielleicht höheren Voranschläge vom Waldorfkindergarten zu diskutieren oder zu berichten, sondern auffallend ist ja auch, dass wir eine Steigerung 2014/2015 und 2015/2016 im Durchschnitt von 10 % haben. Und diese 10 % sind, wie aus den Unterlagen zu entnehmen ist, nur auf Erhöhung der Personalkosten. Und diese Personalkosten...wenn ein Betrieb einmal 10 % mehr Personalkosten braucht, dann ist...steht für mich einmal ein Fragezeichen im Raum. Und dann würde ich sicherlich einmal eine Erklärung erwarten. Wenn man dann noch den Caritaskindergarten Wieserfeldplatz ansieht...da haben wir eine Erhöhung von 20 % und der Hort St. Anna sogar 30 % Erhöhung. Und das geht aber nicht auf Investitionskosten, sondern nur Personalkosten. Und da stelle ich die Frage, wo sind die Personalkosten dann recht zu fertigen? Sind das mehrere...mehr Kinder? Was, was...wo ist der Aufwand wegen der erhöhten Personalkosten? Ist es ein sonderpädagogischer Bedarf? Ist es eine Sprachförderung? Ich weiß es nicht. Aber 20 bis 30 % ist viel. Vielen Dank.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Dankeschön. Gibt es noch eine Wortmeldung zu diesem Thema? Dann die Referentin. Bitte.

VIZEBÜRGERMEISTERIN INGRID WEIXLBERGER:

Die erhöhten Personalkosten ergeben sich zu einem Großteil aufgrund des neuen Gesetzes, das im Landtag beschlossen wurde, wo die Kindergartenpädagoginnen in ein neues Gehaltsschema eingeordnet werden. Und da ist es wiederum abhängig, ob ich jetzt Kindergärtnerinnen habe, die jung oder älter sind, weil nur die Jungen optieren in das neue Kindergarten... oder in das neue Gehaltsschema, weil die dort einen Vorteil haben. Und die älteren bleiben im alten Gehaltsschema, weil's sie für...weil für sie das das bessere System ist. Wir

haben überhaupt keinen Einfluss als Stadt Steyr auf die Personalsituation des...der privaten Kindergärten. Die Kindergärten haben ihre Vorgaben, an die müssen sie sich halten und wir können dann nur die Abrechnung kontrollieren, ob die korrekt ist. Aber nicht, ob sie ausreichend... oder was sie uns verrechnen.

Unverständliche Wortmeldung von StR. Dr. Ritter vom Platz aus.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Können auch gerne. Sie können auch vom Platz aus, weil dann brauchen....

Unverständliches Gerede

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Kann auch eine Ergänzung sein.

STADTRAT DR. MARIO RITTER:

Nein, ich gehe nach vorne.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Ja.

STADTRAT DR. MARIO RITTER:

Das stimmt, ja. Wenn es Veränderungen im Kollektivvertrag gibt und hiermit auch eine Umschichtung von...von den Verträgen mit dem Land der sozialen Wirtschaft Österreichs...

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Bitte, wenn's länger wird, dann müssen sie trotzdem rauskommen.

Unverständliches Gerede untereinander

STADTRAT DR. MARIO RITTER:

Und ich habe zum Zeitpunkt der Erhebung...habe ich ein Delta von minus 10 %. Wo ist denn das eine Einsparung? Ich habe eine Einsparung für das neue KV-System. Minus 10 % ist das Delta.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Ja, aber nicht sofort.

VIZEBÜRGERMEISTERIN INGRID WEIXLBERGER:

Das habe ich irgendwann im Lauf der Jahre. Aber wenn ich jetzt ein Gehaltsschema habe von einer jungen Kindergärtnerin, die im neuen Gehaltsschema mehr Gehalt bekommt, dann habe ich kein Delta im Minus sondern ein Delta im Plus. Und die Kolleginnen...die älteren Kolleginnen bleiben im alten System, weil für sie dort das Einkommen... der Einkommensverlauf der günstigere ist. Also habe ich jetzt ein Delta im Plus, wo die jungen Kindergärtnerinnen da sind, bis sich die Kurve dann einmal schneidet. Ich habe in...weiß ich nicht, in 20 Jahren habe ich vielleicht ein Minus von 10 %. Aber momentan, wenn ich zwei Gehaltssysteme habe, dann geht jeder in das bessere Schema. Also kann ich kein Minus haben sondern kann nur ein Plus haben.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Das System wird jetzt teurer, damit's dann in Summe billiger wird. Ja, wir können's dann vielleicht im Detail noch einmal erläutern. Gut, dann kommen wir zur Abstimmung. Wer für diesen Antrag ist, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Ist jemand gegen diesen Antrag? Übt jemand Stimmenthaltung? Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen:
Der Antrag wurde **einstimmig angenommen**.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:
Bitte dein nächster Punkt.

4) Präs-120/03 Frauenförderprogramm des Magistrates Steyr und dessen ausgegliederte Unternehmen 2.0.

VIZEBÜRGERMEISTERIN INGRID WEIXLBERGER:

In meinem zweiten Antrag geht's um das neue Frauenförderprogramm für das Magistrat Steyr und die ausgegliederten Unternehmen. Das neue Frauenförderprogramm gilt für die Jahre 2016 bis 2021. Wir haben uns mit diesem Frauenförderprogramm sehr ausführlich beschäftigt. Auch unter Beiziehung von der Fr. Dr. Waid, von der Kepler-Uni, die uns bei diesem Prozess begleitet hat. Die das Frauenförderprogramm auf neue Beine so zu sagen gestellt hat. Wo wir jetzt weiter arbeiten, damit wir vergleichbare Zahlen in Zukunft haben, an die...an denen wir uns orientieren können.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichts des Vorsitzenden der Gleichbehandlungskommission, Herrn Mag. Dr. Augustin Zineder, vom 26.11.2015 wird das beigeschlossene Frauenförderprogramm des Magistrats Steyr und dessen ausgegliederte Unternehmen 2.0 beschlossen.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Mag. Frech. Bitte, Michaela.

GEMEINDERÄTIN MMAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, geschätzte Gäste, werte Jugendliche. Ah ja, ein Frauenförderprogramm des Magistrats Steyr und dessen ausgegliederte Unternehmen wird heute beschlossen. Unsere Fraktion wird dem selbstverständlich auch zustimmen. Allerdings so ganz glücklich sind wir noch immer nicht. Das eine ist die Kritik, die wir früher schon geäußert haben, dass eine Zeitschiene de facto fehlt, wann welche Maßnahmen konkret umgesetzt werden. Dass es auch zu einer Quantifizierung dieser Maßnahmen kommt, ist leider wieder nicht vorhanden und ich kann eigentlich nur überprüfen, dass Maßnahmen gegriffen haben, wenn ich diese auch ein bisschen quantifiziere. Ahh, ich bin jetzt zum ersten Mal ja auch in diesem Frauen- und Gleichbehandlungsausschuss in dieser Periode vertreten. Was ich sehr positiv gefunden habe und dafür auch gleich ein vor weg „Dankeschön“ ist, dass es in diesem Ausschuss ein sehr konstruktives Klima gegeben hat und einiges an Änderungen auch eingeflossen ist. Ein Punkt, der mir besonders wichtig ist, ist dass es ein bisschen mehr Verbindlichkeit insofern gibt, dass die Führungskräfte nun aufgrund der Diskussion im Ausschuss auch nach drei Jahren einen Fortschrittsbericht an die Führungskräfte, also aus der ersten Führungsebene... aus der ersten Führungsebene einen Fortschrittsbericht an die Gleichbehandlungsbeauftragte liefern müssen. Das heißt, die müssen sehr wohl sich deklarieren, was habe ich in meinem Bereich für die Frauenförderung getan. Das halte ich für einen Schritt in die richtige Richtung die Querverbindlichkeit zu schaffen. Ansonsten denke ich mir, Papier ist geduldig. Das Wesentliche ist, ob es gelebt wird. Das ist mit Gleichbildung so, das ist mit einem Frauenförderprogramm noch viel mehr. Und da muss ich schon eines sagen, mitunter denke ich mir, stellt sich mir die Frage, ja sag mir, wo die Frauen sind? Wo sind sie geblieben? Weil wenn ich mir ansehe in den Geschäftsbereichsebenen haben wir eine einzige Dame. Je höher die Führungsebene wird, desto weniger Frauen sind vorhanden. Und in der Politik ist es zum Teil auch nicht sehr viel anders. Ich denke mir, da haben wir noch immer Nachholbedarf. Frauen sind genauso geeignet auch für Führungspositionen wie Männer. Und ich denke mir

und ich habe die Hoffnung, dass auch mit diesem Frauenförderprogramm doch etwas in den nächsten Jahren verstärkt passieren wird. Dass das, was herinnen steht – das ist durchaus gut und geeignet – auch tatsächlich gelebte Praxis ist. Einen Wunsch, nachdem Weihnachten vor der Tür steht, hätte ich da noch anzumerken. Da gibt es einen Punkt in dem Frauenförderprogramm auf der Seite 20. Der ist mir sehr eindrucksvoll da aufgefallen. Nämlich die „Gleichberechtigte Beteiligung von Frauen und Männern in Entscheidungsgremien“. Das halte ich insofern für sehr wichtig, weil Entscheidungsgremien bedeutet natürlich auch, hier werden wichtige Entscheidungen gefällt. Und wenn ich mir zum Beispiel anschau, den Personalbeirat, da werden Personalentscheidungen gefällt. Und anscheinend ist es so, dass jetzt seitens der Gewerkschaft im Personalbeirat, die Gewerkschaft hier im Hause, vier Männer im Personalbeirat sitzen. Und da denke ich mir, naja, wer wählt denn aus? Männer wählen bekannter Maßen vermutlich eher Männer aus – ist auch nichts Schlechtes. Ah, mit Frauen käme nur, glaube ich, ein bisschen mehr Gleichgewicht herein. Also, ich würde mir schon wünschen, dass Entscheidungsgremien auch so besetzt sind in allen Bereichen, dass Frauen und Männer gleicher Maßen berechtigt gleichberechtigt agieren und ihr Know How einbringen. Dankeschön.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Als nächster zu Wort gemeldet – zumindest hab ich das so gesehen – der Kollege Kaltenböck, dann die Frau Kattnigg und dann die Kollegin Feller-Höllner. Bitte.

GEMEINDERAT MATTHIAS KALTENBÖCK:

Ja, ich bin ja über diesen Punkt sehr erfreut, dass wir das da herinnen in diesem Gremium auch diskutieren. Weil mir Frauenförderung persönlich ein extrem wichtiges Anliegen ist und ich glaube, dass das immer noch viel, viel zu stark einfach vernachlässigt wird. Weil wir doch noch in einer patriarchalisch geprägten Gesellschaft leben, wo einfach Männer gegenüber Frauen einen Vorteil haben und ihre gesellschaftliche Stellung leider in vielen Bereichen auch noch höher ist. Einen kleinen Kritikpunkt oder kleine Kritikpunkte habe ich aber trotzdem und zwar vielleicht auch an der Wortwahl, die in diesem Frauenförderungsprogramm getroffen wird. Denn es ist die Rede davon, dass man Wertschätzung steigern soll, Unternehmenskultur etablieren soll, dass man – und das gefällt mir persönlich überhaupt nicht – die Verwendung der Frau als Arbeitskraft – im übertragenen Sinn - forcieren soll und das sollte meiner Meinung nach nicht das Ziel sein. Ziel sollte es sein, dass man Frauen auch den Stellenwert gibt, den sie haben sollen und den sie sich verdient haben, den sich jeder Mensch verdient hat. Das sollte wirklich das Ziel sein eines Frauenförderungsprogrammes und das ist auch nur gerecht und steht auch jedem Menschen zu. Grundsätzlich denke ich, ist es wichtig, dass ein Bewusstsein für Frauenförderung entsteht und dass das auch geschaffen wird. Also ein Bewusstsein, zuerst einmal in der Führungsebene geschaffen wird... denn gerade die Führungsebene ist, wie die Kollegin Frech vorhin auch schon angemerkt hat, sehr männlich dominiert. Und männlich dominiert heißt, dass in den ersten zwei Führungsebenen – in der ersten 70 und in der zweiten 80 % Männer sind. Und Männer leider in unserer Gesellschaft zum momentanen Zeitpunkt eben noch nicht dieses Bewusstsein dafür haben, dass es wichtig ist, dass man Frauen, so zu sagen, auch unterstützt, dass sie aus eigener Kraft dann in Führungspositionen kommen können, sie auf diesem Weg auch begleitet. Denn momentan ist es so, dass Männer diese Führungspositionen einnehmen und somit ist es auch viel schwieriger für Frauen, sich dazu entschließen und das auch zu schaffen, dass sie eine Führungsposition einnehmen. Das ist ja mit einer gewissen Verantwortung und es ist auch mit einer gewissen Arbeitslast verbunden. Und das ist, glaube ich, gerade wenn es um... wenn man es von der Geschichte her sieht, wie es in dieser Stadt der Fall war, dass Frauen für... gearbeitet haben in diesem Bereich, ist es sehr schwierig. Grundsätzlich denke ich, dass es für Frauenförderung auch ein Budget braucht. Und so bleibe ich bei dem Punkt, dass man auch strategisch so etwas wie „Gender-Budgeting“ betreiben sollte. Wobei ich den Begriff „Gender-Budgeting“ nicht wirklich glücklich gewählt finde. Aber, es ist eben auch wichtig, dass man Geld in die Hand nimmt, um Frauenförderung zu forcieren. Ein weiterer kleiner Punkt, der mich stört ist, dass die Umsetzung der Maßnahmen – und die Maßnahmen sind ja teilweise wirklich sehr gut - zersplittert ist in die verschiedenen Ebenen. Das

heißt, einerseits übernimmt die Führungsebene Personalverwaltung und sonstiges. Koordiniert wird das natürlich schon von einer Person, aber, wenn in diesen einzelnen Bereichen kein Bewusstsein besteht, warum soll dann diese Person, diese Abteilungen, dann das auch umsetzen. Deswegen halte ich es für ausgesprochen sinnvoll, dass man auch einmal darüber nachdenkt, intern Seminare anzubieten, Fortbildungen anzubieten, mit denen man auch die Wichtigkeit einer Frauenförderung aufzeigen kann. Und das ist, glaube ich, momentan... dieses Bewusstsein ist momentan nicht da und dafür sollten wir uns einfach auch stark machen. Danke.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Als nächstes zu Wort gemeldet Frau Gemeinderätin Kattnigg – bitte Frau Kattnigg.

GEMEINDERÄTIN BA EVELYN KATTNIGG:

Hoffe, mich verstehen heute alle. Weil das letzte Mal war ja schwer verständlich auf jeden Fall. Sehr geehrte Kollegen und Kolleginnen. Mein Argument zum Frauenprogramm – wir haben ja in der Fraktion relativ kritisch darüber diskutiert. Die Meinungen gehen sehr zwiespalten auseinander. Grundsätzlich muss ich sagen, dieses Frauenprogramm für das Magistrat und die ausgelagerten Unternehmen finde ich prinzipiell nicht schlecht. Nur eines sage ich ihnen auch, mit den Themen, die sie hier anbieten oder anschneiden in dem ganzen Dokument, würden sie in der Wirtschaft oder im Einzelhandel eindeutig durchfallen. Das würde nie durchgehen. Weil diese Themen, die sie anbieten, wie Weiterbildungsveranstaltungen, die gemacht werden müssen für die Mitarbeiter und die Mitarbeiter eben zeitlich entsprechend angepasst diese Weiterbildungsveranstaltungen also, es muss ihnen ermöglicht werden, dass sie da teilnehmen können. In der Wirtschaft wird einfach ein Termin festgelegt und da haben die Leute Zeit zu haben. Ein weiterer Punkt, der mir aufgefallen ist...karenzierte Beschäftigte, die eventuell, wenn sie Zeit haben, auch Urlaubs- und Krankenstands-Vertretungen machen, finde ich grundsätzlich ja gut, aber ehrlich gesagt, wer in Karenz ist, wird wahrscheinlich zu müde sein, dass er sich dann auch noch auffafft, für Magistratskollegen Urlaubs- und Karenzvertretung zu machen. Das ist auf jeden Fall meine Meinung. Und dann ist mir ein Punkt noch sehr ins Auge gestochen. Frauen gezielt für Aus- und Weiterbildungsveranstaltungen zu motivieren. Also ich verstehe das überhaupt nicht. Weil wenn ich Führungskraft werden will, dann braucht mich niemand da zu motivieren, dass ich eine Aus- und Weiterbildungsveranstaltung besuche, weil das ist für mich automatisch der Fall. Dann möchte ich noch eines dazu sagen. Nachdem ich im Land auch Frauensprecherin bin...es wird ja ständig – das können sie auch demnächst wieder hören bei meiner Rede – über Frauenquoten gesprochen. SPÖ ist ja für Quotenregelung und will damit auch Parteiengelder beschönigen. Ich halte das wirklich für einen Nonsens. Ich denke, ich bin da nicht nur der persönlichen, sondern auch der politisch überzeugten Meinung, dass wir das absolut nicht brauchen, es ist nicht erforderlich. Wir Frauen werden degradiert. Wir haben auch selbst die Stärke, mit entsprechenden Maßnahmen stark genug zu werden, dass wir keine Quotenregelung brauchen. Und das nächste ist die Grünen, da sprechen sie bei ihrer schönen Rede...die Grünen wollen mehr Frauen in Interessensvertretungen im Aufsichtsrat...in Aufsichtsräten haben. Wenn wir alles gesetzlich regeln wollen, ja wo kommen wir denn eigentlich hin? Dann frage ich sie genau so, sollen jetzt...sollen wir eine Quotenregelung machen, wie viele Männer in Karenz gehen müssen, damit die Frauen endlich Karriere machen können. Und das nächste, leider Gottes hatte ich keine Zeit zum Gleichbehandlungs... zum Frauenausschuss zu kommen. Es hat mir sehr leid getan, aber ich möchte sie trotzdem bitten und das werde ich nächstes Mal auch einbringen, es gibt so viele Themen – zusätzliche Themen – die wir auf die Agenda nehmen können, was Frauen betrifft. Gleichbehandlung von Frauen, gleiche Löhne, gleiche Gehälter. Also, da könnte ich eine unzählige Menge aufzählen. Mir wird immer rückgemeldet, dass in dem Frauenausschuss darüber diskutiert wurde, was können wir denn auf die Tagesordnung aufnehmen. Und da frage ich sie wirklich, ich versteh das nicht. Wir haben so viele Themen. Es gibt so viel in Steyr zu tun. Wir haben nicht nur das Thema... ich will das Programm überhaupt nicht untergraben. Es ist... es sind einige Punkte, die ganz gut drinnen sind, aber wir müssen auch nicht nur an die Magistratsbediensteten und an die ausgelagerten Unter... oder ausgegliederten Unterneh-

men denken, wir müssen an den Einzelhandel denken, wir müssen an... an Wirtschaftsunternehmen denken und, und, und. Da gibt's jede Menge Themen, die wir diskutieren können und die wir auch dringend aufnehmen sollten. Danke.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Als nächster zu Wort gemeldet die Frau Feller-Höller. Bitte.

GEMEINDERÄTIN HELGA FELLER-HÖLLER:

Geschätzter Herr Bürgermeister, wertees Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, liebe Gäste. Ich wollte eigentlich nicht bei meiner Vorrednerin ansetzen, aber es zwingt mich irgendwie dazu, ihre letzte Aussage. Ich glaube, da haben sie die Situation ein bisschen falsch eingeschätzt. Wir können hier nur vom Frauenförderprogramm sprechen im Rahmen des Magistrats. Wir können die Wirtschaft nicht diktieren, wie sie die Frauen zu fördern haben. Das obliegt nicht dem Steyrer Gemeinderat oder...nein, das obliegt sicher nicht und wir können uns nur auf den Magistrat beschränken. Ich möchte aber grundsätzlich noch einiges sagen zum Frauenförderprogramm. Es hat in Steyr eine sehr lange Geschichte und jene, die schon länger diesem Gremium angehören, Michaela wird sich dann gleich erinnern, was ich meine. Dieses Programm hat es erst gegeben, nach dem es zehn Jahre vom Land vorgegeben war. Ich habe heute einen Artikel gefunden in den Oberösterreichischen Nachrichten vom September 19...pardon, 2009 – in dem von einem Kontrollamtsbericht die Rede war. Wo das Kontrollamt den Gemeinderat, die Politik, aufgefordert hat, eben nicht mehr länger säumig zu sein und endlich ein Frauenförderprogramm in die Wege zu leiten. Jetzt haben wir eines, es hat sich über große Strecken bewährt. Hier handelt es sich jetzt um eine Evaluierung. Wir haben Vergleichszahlen zum ersten Mal. Und ich begrüße es sehr, dass es auch in weitere Folge entsprechende Datensammlungen und auch aussagekräftigere Daten zur Verfügung gestellt werden können. Ich glaub's aber nicht, dass es richtig ist, das Frauenförderprogramm nur daran zu messen, wie viel Frauen in Führungspositionen gekommen sind. Das ist ein Aspekt des Frauenförderprogramms, aber nicht der alleinige. Die Ziele im Frauenförderprogramm sind eindeutig auch dahin geregelt, dass Wiedereinsteigerinnen der Einstieg erleichtert werden soll, dass die Vereinbarkeit von Frauen und Beruf erleichtert werden sollen. Natürlich wieder nur im Rahmen des Magistrats und der angeschlossenen Unternehmungen, wo anders sind wir nicht zuständig. Und wenn ich mir anschau, was in den letzten Jahren passiert ist im Hinblick auf Bildungsmöglichkeiten, Kinderbetreuungsmöglichkeiten, verschiedene Modelle der Arbeitszeitregelungen – es sind die Frauen in erster Linie, die Teilzeit arbeiten wollen – dann kann ich mir sagen, wir können mit diesem Programm als Beginn durchaus stolz und zufrieden sein. Und es abzulehnen wäre ein Affront gegen Dreiviertel der Magistratsbediensteten – denn Dreiviertel sind weiblich. Und erlauben sie mir noch ganz kurz einen kleinen persönlichen Rückblick. Ich selbst habe am Magistrat 1980 begonnen, habe dann diese erforderlichen 3 Jahre, wie es damals war, gearbeitet und wollte mich dann anmelden zur Beamtenaufstiegsprüfung – sprich in weiterer Folge zur Beamtenprüfung, die dann zur Pragmatisierung führt. Pragmatisierung wird heute natürlich aus einer ganz anderen Sicht betrachtet, das ist völlig klar. Damals hat es im ganzen Magistrat zwei Frauen gegeben, die pragmatisiert waren, beide waren im Kulturbereich. Ich habe dann ganz formal mein Ansuchen gestellt auf Zulassung zu dieser Schulung, zu dieser Prüfung, und bekam einen A4 Zettel, sage ich bewusst, auf dem stand: Liebe Frau Höller, aus hinlänglichen Überlegungen können wir ihren Antrag nicht annehmen, Unterschrift. So wurde damals mit Frauen umgegangen, die am Magistrat Karriere machen wollten und ich habe aber auch aus eigener Kraft in einem Jahr später durchaus zur Prüfung antreten können.

Applaus

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Als nächster zu Wort gemeldet die Frau Lindinger. Bitte Frau Lindinger.

GEMEINDERÄTIN MARIA LINDINGER:

Wertes Präsidium, geschätzte Kolleginnen und Kollegen und Gäste. Nachdem man direkt angesprochen wurde, muss ich natürlich schon dazu Stellung nehmen, dass die Grünen, die sich immer wieder für Quoten einsetzen. Ich denke, so wie wir auch am Magistrat gesehen haben, wie die Posten verteilt sind, wie auch die Führungsstellen verteilt sind, glaube ich, geht's einfach nur über Quoten. Oder sind Quoten einfach ein adäquates Mittel wirklich Frauenförderung zu betreiben. Ich halte das Frauenförderprogramm für gut, das jetzt beschlossen wurde. Aber es sind halt im es gibt ja zum Teil in Aufsichtsräten und so weiter auch schon Quotenregelungen. Es sie sind noch nirgends zusammengebrochen, weil die Frauen zu inkompetent sind – so ist es einfach nicht. Aber man muss trotzdem auch das mit der Motivation ich glaube, es ist nach wie vor so, dass man wirklich auch von oben her schauen muss, dass Frauen sich das auch zutrauen. Ihnen sagen, he du kannst das. Oder und in der Richtung braucht's einfach nach wie vor Unterstützung. Und daher halte ich die Quoten für wirklich gut. Und es gibt ja durchaus sehr, sehr positive Berichte auch darüber, dass sich was ändert am Klima auch in Unternehmungen usw. wenn Frauen in Führungspositionen sind. Daher halte ich das nach wie vor für Wichtig.

Applaus

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Danke ihnen. Zu Wort gemeldet Herr Vizebürgermeister Hauser. Bitte Willi.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Ja, sehr geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates. Also, das was ich schon dazu sagen möchte, weil man – so zu sagen – nicht Äpfel mit Birnen vermischen sollte. Es geht hier in Wirklichkeit um den öffentlichen Dienst. Wir behandeln hier den öffentlichen Dienst. Das ist eh schon gesagt worden. Es geht ums Magistrat. Auf der einen Seite aber grundsätzlich um den öffentlichen Dienst. Und das, was du liebe Evelyn, angesprochen hast, denke ich mir, sollten sich die Unternehmen ins Stammbuch schreiben. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit. Denn genau im öffentlichen Dienst gibt es das. Da ist jeder Arbeitsplatz, der bewertet ist, egal ob er mit Mann oder Frau besetzt ist, so entlohnt, wie er bewertet ist. Und daher denke ich mir, gibt's Frauenförderungspläne so zu sagen im Bereich des öffentlichen Dienstes, um genau diese Ziele zu erreichen, dass man sagt, es kommen mehr in Führungspositionen – in der ersten, in der zweiten Ebene und dergleichen mehr. Und da kann man trefflich sich darüber unterhalten, ob man das leicht über Quoten erreicht oder nicht. Grundsätzlich denke ich mir, dass es positiv ist. Und nachdem ich ja aus einem Berufsbereich komme, wo man das lange Zeit vermisst hat, nämlich aus dem Bundesheer, dass es uniformierte Frauen gegeben hat, muss ich einfach eines sagen, dass sich dort auch der sogenannte „Jargon“ wie man das so schön sagt in der Berufssprache, sich dramatisch verbessert hat, seit dem es Frauen auch in Uniform gegeben hat. Das muss man einfach klassisch sagen. Das ist so, dass wenn in eine Männerwelt so zu sagen Frauen hineinkommen, dass sich dadurch ein... die Sprachregelungen verändern. Weil bei uns war's halt so, dass es zivilbedienstete Damen durchaus immer gegeben hat, aber halt in der uniformierten...im uniformierten Bereich nicht. Und ich denke mir, es hat alles etwas für sich. Und daher glaube ich, dass also wir einerseits für das Frauenförderprogramm sein sollten auf der anderen Seite aber die Anstrengungen und, nachdem wir ja alle hier als Gemeinderäte sitzen und letztlich auch zu politischen Gruppierungen gehören, sollten wir dort unsere Anstrengungen immer weiter aufrechterhalten, dass gleicher Lohn für gleiche Arbeit in allen Bereichen unserer Berufswelt Gültigkeit haben soll.

Applaus

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Dankeschön. Noch einmal zur Wortmeldung – die Frau Kattnigg und dann die Frau Mag. Frech. Bitte Frau Kattnigg.

GEMEINDERÄTIN BA EVELYN KATTNIGG:

Lieber Willi, ich möchte nur kurz eine Antwort geben auf...ich habe nicht gesagt, dass das Frauenförderprogramm schlecht ist. Willi überhaupt nicht. Ich habe nur kritisch angemerkt, wie die Sicht der Wirtschaft einfach darauf ist. Dass es einfach schwierig wäre, solche Themen, wie ich zuerst angeschnitten habe – ich glaube ich brauche nicht wiederholen – auch in der Wirtschaft umzusetzen. Und dass... ich meine nicht nur die Betrachtung in der Wirtschaft, ich meine auch den Einzelhandel, ich meine auch andere Bereiche. Da gehört genauso etwas gemacht, da gehört genauso unterstützt. Das ist meine Meinung. Und...und meine Meinung zu Gott brauche ich, glaube ich, nicht überholen...wiederholen. Das wäre eigentlich alles.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Dankeschön. Nächste Rednerin die Frau Mag. Frech. Bitte, Michaela.

GEMEINDERÄTIN MMAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, geschätzte Gäste. Es ist ja eigentlich etwas kurios, wenn ich jetzt dieses Frauenförderprogramm auch noch verteidigen muss, aber ich muss es wirklich. Von den Punkten her, und das war ja der einzige Kritikpunkt, der von mir gekommen ist, ist die mangelnde Verbindlichkeit und eben, dass manch vieles noch nicht so umgesetzt ist, wie es sein sollte. Und das erleben wir jeden Tag. Nur die Maßnahmen selbst, und da muss ich ihnen leider widersprechen Frau Kollegin, sind nicht nur welche, die man im öffentlichen Dienst einsetzen kann – und ich halte das für sehr wichtig, dass der öffentliche Dienst ja auch eine Vorbildfunktion übernimmt. Weil wenn nicht die öffentliche Hand eine Vorbildfunktion übernimmt, wie soll sich dann in anderen Bereichen etwas ändern? Und da haben wir eine Meinungsbildungsfunktion. Und das steht auch in diesem Programm klar drinnen. Für die Bereiche, die sie angesprochen haben, fehlt uns schlichtweg die Kompetenz. Da müsste man auf Bundesebene aktiv sein. Das geht jetzt hier wieder nicht im Gemeinderat. Das, was wir machen können, ist ein Frauenförderprogramm für den Magistrat Steyr und die ausgegliederten Unternehmen. Das passiert hier und wichtig ist, dass es umgesetzt wird. Und ich muss ihnen widersprechen, was die Wirtschaft angeht, dass Unternehmen das nicht leisten. Es gibt zahlreiche Unternehmen, die die Zeichen der Zeit erkannt haben. Die Wirtschaft ist auch in einem Wandel. Und viele private Unternehmen machen genau das auch, dass sie schauen, dass der Kontakt zwischen den Mitarbeiterinnen in Karenz und den Mitarbeitern in Karenz erhalten bleibt. Genau über solche geringfügige Beschäftigungen. Weil jeder weiß, dass sich heute das Wissen so schnell wandelt...ah, wandelt, dass EDV-Kenntnisse schnell veraltet sind, dass neue Software-Programme kommen und nur wenn ich meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf dem Laufenden halte, kann ich auch Erfolge bringen. Das heißt, das wäre ein „Schuss ins eigene Knie“, wenn die Firmen das nicht täten. Und sie tun das auch. Es sind leider noch immer zu wenige, die das tun, aber die leisten sich das auch. Denn wenn sie sich das nicht leisten, kostet sie das viel, viel mehr, wenn sie neue Mitarbeiter lukrieren müssen. Das stimmt schlichtweg nicht, das lässt sich auch statistisch belegen. Kann ich ihnen gerne auch zukommen lassen. Und was die Themen angeht im Frauen- und Gleichbehandlungsausschuss – freuen wir uns über alle Themen, die sie einbringen werden. Die anderen Fraktionen haben ihre Themen schon in der ersten Sitzung eingebracht und ich darf sie beruhigen, wir haben sehr, sehr viele Themen bereits aufgegriffen oder auch in Richtung des Kollegen Kaltenböck – selbstverständlich sind so Themen wie „Gender-Budgeting“ aufgetaucht, selbstverständlich möchten wir es auch anschauen, wie ist die Situation der berufstätigen Frauen in Steyr. Was können wir hier tun zu verbessern im Rahmen unserer Möglichkeiten, ja. Und ich finde das wichtig, dass man diese Punkte hier herinnen herangenommen hat und dass so viele Punkte eingeflossen sind, ist – denke ich mir – allen zu verdanken, die sowohl auf Beamtenebene, Verwaltungsebenen wie auch auf politischer Ebene daran mitgewirkt haben. Und das, was ich mir jetzt eigentlich nur mehr wünsche ist, dass es zu einer möglichst – wenn nicht schon 100%igen, man muss ja schon zufrieden sein mit einer 99%igen Umsetzung - kommt. Dankeschön.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Danke. Wünscht noch jemand das Wort zu diesem Tagesordnungspunkt? Mir liegt keine Wortmeldung mehr vor. Somit kommen wir zur Abstimmung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN INGRID WEIXLBERGER:

Nein.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Schlusswort Referentin. Entschuldigung. Ich habe geglaubt, es ist schon alles gesagt.

VIZEBÜRGERMEISTERIN INGRID WEIXLBERGER:

Es ist der Großteil gesagt. Aber erstens finde ich es legitim, dass sich ein neuer Ausschuss gemeinsam die Themen erarbeitet. Vor allem realistische Themen erarbeitet. Nicht Themen wo wir überhaupt keinen Einfluss haben. Weil auf die Lohnentwicklung in der Privatwirtschaft ist die Gewerkschaft gefordert, ist die...sind die Firmeninhaber gefordert, aber da haben wir überhaupt keinen Einfluss als unser Ausschuss in der Stadt Steyr. Also, wir versuchen realistische Themen zu finden, wo man wirklich eine Möglichkeit hat, etwas zu bewegen. Dass die Gremien paritätisch besetzt werden sollen, ist ein Wunsch, aber wir können keiner Personalvertretung vorschreiben, wen sie in ihre Gremien entsenden. Wir können den Wunsch äußern und den Wunsch haben wir schon geäußert an den Kollegen Schuster, aber wir werden sehen, wie weit da eine Möglichkeit besteht.

GEMEINDERAT MAG. ERWIN SCHUSTER:

Motivieren...

VIZEBÜRGERMEISTERIN INGRID WEIXLBERGER:

Motivieren...ja, positiv motivieren. Er schaut eh schon ganz erfreut. Aber ich denke mir, wir haben im Ausschuss bewiesen und gute Arbeit geleistet. Vor allem auch die Christina Schaumberger, die für dieses Frauenförderprogramm ja federführend verantwortlich war. Die viele Stunden investiert hat auch in die Zusammenarbeit mit der Frau Dr. Waid. Und ich denke mir, wir haben ein tolles Programm jetzt für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Magistrates. Dass es Verbesserungspotential hat...also ich glaube, man kann nix beschließen oder kein Programm erstellen, wo man...wo nicht irgendwer ein Verbesserungspotential sieht. Aber ich denke mir, wir haben Bestmögliches geleistet und ich hoffe auf breite Zustimmung zu unserem Frauenförderprogramm für das Magistrat Steyr.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Dankeschön. Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer für diesen Antrag ist, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Ist jemand gegen diesen Antrag? Übt jemand Stimmenthaltung? Das ist nicht....das sind...Enthaltungen. Enthaltungen?

MAGISTRATSDIREKTOR DR. KURT SCHMIDL:

4...5. 5 Enthaltungen.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

5 Enthaltungen. Somit wurde der Antrag mit breiter Mehrheit angenommen. Bedanke mich, das war gerade noch rechtzeitig.

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen:

Der Antrag wurde wie folgt **angenommen**.

Anwesende Gemeinderäte: **35**

Zustimmung: **30**

SPÖ 16 – (Bgm. Gerald Hackl, Vbgm. Wilhelm Hauser, Vbgm.ⁱⁿ Ingrid Weixlberger, StR Dr. Michael Schodermayr, GR Rudolf Blasi, GRⁱⁿ Helga Feller-Höllner, GRⁱⁿ Rosa Hieß, GR Ing. Franz-Michael Hingerl, GR Thomas Kaliba, GRⁱⁿ Mag. Barbara Kapeller, GRⁱⁿ Heidemarie Kloiber, GRⁱⁿ Birgit Schörkhuber, BEd, GR Rudolf Schröder, GR Mag. Erwin Schuster, GRⁱⁿ Silvia Thurner, GRⁱⁿ Anneliese Zimmermann)

FPÖ 5 – (GRⁱⁿ Michaela Greinöcker, GRⁱⁿ BA (FH) Evelyn Kattnigg, GR Lukas Kronberger, GR Uwe Pichler, GR Ing. Wolfgang Zöttl, BEd)

Bündnis ÖVP-Bürgerforum 4 – (GR Ing. Thomas Schurz, GRⁱⁿ MMag. Michaela Frech, GR Florian Schauer, GRⁱⁿ Ursula Voglsam)

GRÜNE 4 – (GR Matthias Kaltenböck, GRⁱⁿ Maria Lindinger, GRⁱⁿ Natascha Payrleithner, GR Kurt Prack)

NEOS 1 – (GR Pit Freisais)

Stimmenthaltungen: **5**

FPÖ 5 – (Vbgm. Dr. Helmut Zöttl, StR Dr. Mario Ritter, GR Josef Holzer, GR David König, GR Arno Thummerer)

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Wir sind bei Tagesordnungspunkt 5 und ich darf den Herrn Vizebürgermeister Dr. Zöttl um seinen Tagesordnungspunkt ersuchen.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER DR. HELMUT ZÖTTL:

5) BauR-1/15 Neuplanungsgebiet Nr. 18 –Westspange.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. HELMUT ZÖTTL:

Werte Damen und Herren, hoher Gemeinderat. In meinem Antrag geht es um das Neuplanungsgebiet Nr. 18 – Westspange. Wir haben im Planungsausschuss vom 26.11.2015 die Verhängung eines Neuplanungsgebietes mit der Nr. 18 – wie erwähnt – empfohlen und das soll hier heute zur Abstimmung gebracht werden. Es geht dabei um eine zweckmäßige und geordnete Bebauung, dass diese für diese Fläche sichergestellt ist, die auch im Landtag, so zu sagen, mit der Trassenverordnung beschlossen wurde und im Flächenwidmungsplan als Verkehrsfläche eingetragen werden soll und soll von einer anderwärtigen Bebauung freigehalten werden. Ich bitte um Diskussion bzw. um Zustimmung.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Nach Durchführung der erforderlichen amtlichen Ermittlungen wird das Neuplanungsgebiet Nr. 18 – Westspange - entsprechend den Plänen der FA für Stadtplanung und Stadtentwicklung und dem Amtsbericht der FA Bau-, Anlagen- und Wasserrecht vom 5.11.2015 beschlossen.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Zu Wort gemeldet der Herr Gemeinderat Prack. Bitte, Herr Prack.

GEMEINDERAT KURT PRACK:

Werter Gemeinderat, wertees Präsidium, liebe Besucher und Besucherinnen. Ich werde meine Stimme in diesem Haus nie für einen Antrag erheben oder abgeben, dass sie dem Bau

der Westspange zuträglich ist. Ich werde weiterhin gegen dieses Projekt ankämpfen und mich gegen einen weiteren Ausbau des Straßennetzes engagieren. Warum? Derzeit tagt in Paris die Weltklimakonferenz und hoffentlich bringen die ein brauchbares Ergebnis zustande. Niemand mehr, bis auf ganz wenige Ausnahmen, die belächelt würden, wenn das Thema nicht so ernst wäre, bestreitet, dass der Klimawandel von uns Menschen verursacht wird. Alle Experten sagen, dass wir auf die Verbrennung fossiler Brennstoffe verzichten müssen, wollen wir eine furchtbare Katastrophe für unseren Planeten abwenden. Vermutlich können wir sie nur mehr noch abschwächen. Die Situation ist dramatisch und man darf sich fürchten. Vor einem solchen Hintergrund wirken für mich Pläne mit einer Westspange selbstmörderisch. Automotive Stadt hin oder her. Wenn man nicht ganz radikal umdenkt dann werden wir, aber vor allem unsere Kinder und Enkelkinder, unter den gravierenden Folgen unserer Ignoranz furchtbar zu leiden haben. Für ein paar Jahre Wirtschaftswachstum, für eine relativ kurze Verlängerung eines Weges, der ohne viel Weitblick als eine Sackgasse ohne Ummkehrmöglichkeit für uns alle erkennbar ist, wollen wir weitere 40 Millionen investieren. Wir investieren dieses Geld in die Zerstörung der Umwelt, der Ackerfläche und nicht zuletzt in das Vorantreiben des Klimawandels. Steyr kann auch einen anderen Weg gehen. Warum investieren wir nicht diese 40 Millionen in den Ausbau klimaschonender Maßnahmen. Wenn wir die Bürgerinnen und Bürger vom Verkehr entlasten wollen, dann geben wir ihnen doch Anreiz, das selbst zu tun. Die einfachste Form der Verkehrsentslastung ist, selbst weniger zu fahren. Dazu braucht es einen Ausbau des öffentlichen Verkehrs. Ein Umsteigen auf Bus, Fahrrad und das zu Fuß gehen. Wir können die Rahmenbedingungen schaffen, dass dieser Umstieg passiert. Versuchen wir gemeinsam mit den Umlandgemeinden und dem Land den Güterverkehr auf die Schiene zu bringen. Warum soll Steyr und dann auch Oberösterreich nicht eine Vorzeigeregion in Sachen Verkehrswende werden? Der andere konservative Weg scheint der leichtere zu sein. Für eine Wende braucht es Visionen und den gemeinsamen Willen, diese Visionen Wirklichkeit werden zu lassen. Wir sind an einem Scheideweg. Der einfache Weg geht gerade aus, so weiter, wie wir bisher unterwegs waren. Er führt direkt in den klimatischen Kollaps. Der scheinbar schwerere Weg führt scheinbar nicht ins Paradies aber wäre ein Beitrag, unsere Stadt und unserem Land und letztendlich dem Weltklima eine Chance zu geben. Mit 40 Millionen kann man viel Gutes in Sachen Klima tun. Mit 40 Millionen kann man aber auch...die kann man aber auch in veraltetes Denken investieren und eine Straße errichten, die zwar schon vor 30 Jahren geplant war, die aber mit Zukunft überhaupt nichts zu tun hat. Ich hoffe, dass die meisten hier anwesenden Mandatäre und Mandatarinnen über meine Worte nachdenken. Ich weiß über die Gefahr, dass meine Wortmeldung als die eines kleinen Spinners und Fantasten abgetan wird. Ich bitte ganz einfach, diesen Reflex, sofern er vorhanden ist, auszublenden und zum Wohl Nachfolge Generationen meine Worte Vorurteils- frei zu reflektieren. Ich weiß, dass alle Anwesenden in diesem Saal den Bürgerinnen und Bürgern Steyr Gutes wollen. Ich weiß auch, dass ihr Denken über die Grenzen Steyrs hinausgeht. Lassen sie uns gemeinsam neue und zukunftsweisende Wege finden. Für uns und unsere Nachkommen. Ein schönes und lebenswertes Steyr, ein ebenso schönes und lebenswertes Oberösterreich um nicht zuletzt eine gesunde Welt zu gestalten. Danke.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Danke. Gibt's noch jemanden, der das Wort möchte? Bitte, Herr Freisais.

GEMEINDERAT PIT FREISAIS:

Grundsätzlich unterstütze ich alle Maßnahmen, die der Infrastruktur in Steyr zuträglich sind, die den Standort attraktiver machen und Steyr einfach weiterbringen. Leider wirft das aktuelle Projekt der Westspange zahlreiche Fragen auf und wenn man sich die Zahlen anschaut...die offiziellen Zahlen vom Land Oberösterreich, stellt sich da stark die Frage, ob die Umsetzung wirklich das ist, was uns wirklich weiterbringt. Also der Verkehr nimmt massiv zu, es kommt teilweise nur zur Verlagerung vom Verkehr. Manche Stellen in Steyr werden minimal entlastet und das Ganze zu einem Preis von über 30 Millionen Euro. Meine Forderung daher wäre, dass man das Projekt der Westspange nicht einstellt, aber an den Start zurückbringt und noch überdenkt, ob man nicht eine bessere Lösung findet für das Ganze. Danke.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Danke. Zu Wort gemeldet der Herr Stadtrat Mayrhofer. Bitte, Gunter.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Geschätztes Präsidium, meine sehr geehrten Damen und Herren. Ich glaube, man muss da etwas dazu sagen. Ich bin gestern Nachmittag, um Dreiviertelfünf war es, vom Tabor herunter gefahren in die Stadt und hab 40 Minuten gebraucht. Einer der Hauptgründe war, weil auf der Seifentruhe der LKW-Verkehr so stark war, dass dort einfach nichts weitergegangen ist. Ein LKW-Verkehr, der nicht am Tabor wollte, sondern der durch wollte, der zu den Fabriken bei uns in Steyr wollte, also über die Nordspange. Warum zwingt man einen Verkehr mitten durch eine Stadt, der in einer Stadt überhaupt nichts verloren hat. Und darum geht's. Und um sonst nix anderes. Wir sind eine der wenigen Städte, die auf Grund ihrer Geografie auch so gestaltet sind, dass die zwei Täler hier zusammen kommen und vom Ennstal nach wie vor der gesamte Verkehr in den Zentralraum durch unsere Stadt mitten durch muss. Das heißt, dass hier Änderungen notwendig sind, um einen Verkehr, der nicht durch die Stadt geht, um die Stadt herumzuleiten, das ist ganz klar. Und das ist eine Realitätsverweigerung, Herr Prack, die sie da machen. Das kann so nicht sein. Sie tragen das auf dem Rücken der Steyrerinnen aus. Wir wollen eines, dass nicht wie bisher Autos in einer Größenordnung von 37.000 Fahrzeugen über den Taborknoten fahren. Und vor allem 40 Minuten, wie bei mir gestern, in absolutem Stau, wo man nur mit laufendem Motor steht, die Umwelt vergiftet. Und wenn sie das mit vollem Ernst weiter wollen, dann verstehe ich nicht, was sie bei den Grünen überhaupt verloren haben.

Applaus

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Herr Gemeinderat Prack zum zweiten Mal, dann der Kollege Schurz und der Dr. Ritter bitte.

GEMEINDERAT KURT PRACK:

Wer im Stau steht, hat ihn selbst mit verursacht, ja. Das ist nur die eine Weisheit. Ich war auch unterwegs gestern, ich war zu Fuß und hab halb so lang gebraucht. In einer schlaun Wahl des Verkehrsmittels, ich bin zu Fuß gegangen. Was sie jetzt gesagt haben, auf das will ich hinaus. Das Ennstal, das wäre bei der Südspangenanbindung. Wollen sie das auch noch? Wollen sie über die Au drüber? Eine weitere Straße, die da an die Westspange...und so weiter. Das ist ihr Ziel?

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Selbstverständlich.

GEMEINDERAT KURT PRACK:

Danke, das wollte ich einmal laut hören.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Nächster. Werter Kollege Schurz und dann der Dr. Ritter bitte.

GEMEINDERAT ING. THOMAS SCHURZ:

Geschätztes Präsidium, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Gäste. Der Herr Freisais hat gesagt, es ist sehr viel Verkehr. Ich glaube, sie haben sich die Antwort ja selber gegeben, das brauchen wir noch nicht. Und genauso haben die Anwohner vom Tabor auch ein Recht, entlastet zu werden. Und ich denke mir, das ist eine gute Alternative dazu. Und wir brauchen das. Steyr ist ein Wirtschaftsstandort und Wirtschaft ist halt so. Bildet sich fort mit dementsprechendem Straßenverkehrsnetz. Und ich denke mir, ich bin natürlich auch bei den Grünen. Bin aber, mach natürlich einen Vorschlag auch wie bei der Nordspange, dass man zusätzlich der Radweg ausbaut. Und da machen wir den Vorschlag, zusätzlich bei der Westspange auch nebenbei einen Radverkehrsweg mitzubauen. Das wäre eine günstige

Alternative und auch ein guter Vorschlag, das Radwegnetz dementsprechend in Steyr zu vergrößern. Danke.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Herr Dr. Ritter, sie sind am Wort.

STADTRAT DR. MARIO RITTER:

Geschätzte Anwesende, sehr geehrter Herr Prack. Das, was sie sagen, dass die Westspange zu einer erhöhten Schadstoffemission führt, weil es mehr Verkehr anlockt oder mehr Verkehrskapazität hat, ist nicht richtig. Wir wissen alle, dass ein Auto dann Schadstoffe erzeugt...und vermehrt Schadstoffe erzeugt, wenn es steht, wenn es auf einer Kreuzung steht. Ein fahrendes Auto verbraucht also emittiert die wenigsten Schadstoffe. Und es ist allgemein bekannt, dass ein fließender Verkehr, wenn er ohne Ampelregelung und sonstige Hindernisse am zentralen Ort Steyr vorbeigeführt wird, dass dieser Verkehr erstens einmal von der Geräuschbelastung, An- und Abfahren an Kreuzungen, viel weniger belastend ist. Zweitens, von der Emission her viel weniger belastend ist, An- und Abfahren wieder von zig Kreuzungen. Und drittens, allgemeine eine allgemeine Aussage zur Westspange – wir haben, das habe ich schon einmal gesagt, wir haben ein Krankenhaus, das ein Einzugsgebiet von 160.000 Einwohner aufnimmt oder dafür muss es da sein. Und wie argumentieren sie das dem Expansionsgebiet Steyr Nord, wenn es im Falle des Falles mit einem Roten Kreuz Wagen oder mit einem Notarztwagen, den es vielleicht auch bald nicht mehr gibt, wenn es da durch zig Ampeln durchfahren muss. Es ist doch viel besser, wenn die erste Hilfe sofort und mit Hilfe der Westspange durch ein besseres Anbindungsvermögen an das Krankenhaus erzielt wird. Ich glaube, das ist einfach....

Unverständliche Zwischenmeldung.

STADTRAT DR. MARIO RITTER:

....es sind drei Faktoren, die für die Westspange sprechen. Vielen Dank.

Applaus

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Der Kollege Kaufmann. Bitte Reinhard.

STADTRAT MAG. REINHARD KAUFMANN:

Geschätzte Kolleginnen, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Gäste auch aus dem Gymnasium. Ich kann mich als Verkehrsstadtrat nicht ganz der Stimme enthalten zu diesem Thema. Hätte das gerne auseinandergehalten – diese eher technische Geschichte, die wir heute abstimmen, zu der ich ja im Stadtsenat zugestimmt habe, was ich auch erklären kann. Und die Grundsatzdiskussion zur Westspange – ich glaube, wir sollten das, was der Kurt Prack uns über Klimawandel zum Beispiel gesagt hat, schon sehr ernst nehmen. Und wir wissen schon, zum Beispiel alle, die in Wien oder...wie heißt jetzt diese Autobahn, die...sie kommt eh dauernd in den...

ALLGEMEINHEIT:

Südosttangente.

STADTRAT MAG. REINHARD KAUFMANN:

Ja, Südosttangente...in den Verkehrsmeldungen. Die wurde auch angepriesen als die große Entlastung für, was weiß ich, welche Bezirke in Wien alles. Heute ist das der Staufaktor Österreichs. Das wird so weitergehen, wenn wir Verkehr nicht stärker planen, auch unter Zielgesichtspunkten, wie viel Verkehr einerseits wollen wir, brauchen wir, und andererseits ist verträglich für alle möglichen Gesichtspunkte, ist verträglich für Umweltbedingungen, die gerade aushaltbar sind, ist auch verträglich für Lebensentwürfe, die ja sich nicht hauptsächlich auf Verkehrswegen abspielen sollen, sondern wirklich leben tun wir ja, wenn wir eher

nicht gerade in den Verkehrsmitteln sind. Also, sich da vieles zu überlegen, wie wir unser Leben gut organisieren mit wenigstens nicht noch mehr Verkehr. Das würde uns, glaube ich, ganz gut anstehen. Und die Westspange hat halt ein großes Problem, das sogar vom Land Oberösterreich in den offiziellen Unterlagen dokumentiert ist. Nämlich in der Prognose für den Verkehr in Steyr Nord-West 2025 – da gibt's zwei Prognosen. Eine ohne Westspange und eine mit Westspange. Alle anderen Dinge gleichbleibend, so zu sagen. Wirtschaftliche Entwicklung, Mobilitätsbedürfnisse – all das wird gleich angenommen. Es wird nur der Unterschied gemacht, was macht die Westspange oder was passiert, wenn es sie nicht gibt. Und da haben wir mit der Westspange, unabhängig jetzt von den Rettungsautos, die dort ja nicht fahren sondern dann auch über die Ennser Straße oder so...ich fahr da immer auf die Seite, wenn ein Blaulicht daherkommt.

Unverständliche Zwischenmeldung.

STADTRAT MAG. REINHARD KAUFMANN:

Und das ist überhaupt kein Problem. Das ist immer noch gegangen, dass man einen Platz macht. Also das Problem ist wirklich an den Haaren herbeigezogen, dass die Rettungsautos nicht durchkommen. Aber der Feuerwehrkommandant kann uns da vielleicht auch, wenn's wirklich kritisch wird, dass das wenn man die Westspange brauchen, um Einsatzfahrzeuge zu ihrem Einsatzort zu bringen, dann reden wir noch einmal darüber. Dann kann man wenn das wirklich notwendig ist. Aber ich kann mir das nicht vorstellen. Nein, wo ich stehen geblieben war, vor der vor dem Schwenk war zusätzlicher Verkehr durch die Westspange – das ergibt sich aus den Zahlen des Landes. Eben andere Faktoren gleichbleibend. Erzeugt die Westspange 30 % mehr Autoverkehr in Steyr Nord-West. Und wo kommt der her? Ich kenne den Algorithmus nicht, der hinter der Rechnung steht. Aber möglicherweise steht das dahinter, was wir Verkehrsexperten wissen. Wer Straßen baut, wird Verkehr ernten. Das ist eine inzwischen Jahrzehnte lange Erfahrung. Und darauf sollten wir auch Rücksicht nehmen bei den weiteren Verkehrsplanungen. Mehr will ich zu dem Thema Westspange hier jetzt nicht sagen. Warum hab ich trotzdem diesem Vorschlag jetzt zugestimmt, hier ein Planungsgebiet zu machen. Da geht's für mich um Rechtssicherheit für die Anrainer. Gut, es gibt die Trassenverordnung des Landes, es gibt Mehrheitsbeschlüsse aller zuständigen Gremien bisher. Also, es muss mit der Wahrscheinlichkeit gerechnet werden, dass die Westspange gebaut wird, auch wenn vieles dagegenspricht. Und deshalb halte ich es für sinnvoll, hier raumplanerisch auch ein Planungsgebiet zu machen und damit rechtlich auf Steyrer Ebene nachzuvollziehen, was das Land praktisch vor entschieden hat. Das heißt jetzt nicht, dass ich für die Westspange bin, aber für diese Einrichtung eines Planungsgebietes. Das halte ich für rechtlich durchaus für sinnvoll. Das wollte ich nur klarstellen in dem Zusammenhang.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Dankeschön. Als nächster zu Wort gemeldet die Frau Gemeinderätin Kloiber. Bitte Heidi.

GEMEINDERÄTIN HEIDEMARIE KLOIBER:

Nur ganz kurz, dass wir nicht künstlich verzögern. Wertes Präsidium. Erstens einmal danke Kollege Mayrhofer, danke Kollege Ritter für die Worte. Das beruhigt einen doch ein bisschen. Kollege Prack, es ist alles recht schön und gut, wenn man mit dem Rad fährt, ich fahre auch gerne mit dem Rad, wenn ich die Zeit hab. Ich stelle mir gerade vor, wie die Firmen beliefert werden, mit dem Radl, wenn alles andere gemacht wird mit dem Rad. Ich meine, wir sollten, glaube ich, aufhören von dem Schlaraffenland, von dem wir träumen. Ich wohne da draußen. Und ich sehe nicht ein, dass man eigentlich die Bürger der Stadt Steyr teilen sollte. Von wegen, die was Sierninger Straße, Seifentruhe wohnen, die sollen eigentlich die Abgase schlucken und die da draußen, sollen keine Sorgen haben. Warum macht man es nicht fließend, an statt dass der Verkehr steht. Und wenn sie bei mir da draußen wohnen, ich lade sie gerne ein, ich hab ein Gästezimmer, tun's ihnen das an, dass sie jeden Tag in der Früh in die Arbeit fahren, dass sie fast 20 Minuten brauchen, dass sie bei der Ausfahrt herauskommen. Das kann bitte alles nicht sein. Es ist alles recht gut und schön, wenn man nirgend wo anders wohnt. Aber fragen sie einmal die Leute, die da draußen wohnen. Glaubens, dass

das lustig ist? Oder glauben sie, dass das lustig ist, wenn ich vom SBS 40 Minuten heim fahre in die Sierninger Straße, weil alles steht. Wenn sie mir jetzt sagen wollen, dass das gesünder ist als wie das, wenn die Autos durchfahren, also dann weiß ich jetzt nicht, was sie sich dabei denken. Dann ist es wirklich gescheiter...

Unverständliche Zwischenmeldung

GEMEINDERÄTIN HEIDEMARIE KLOIBER:

Nein, ich will's auch gar nicht verlängern. Und der junge Kollege, es ist auch alles recht gut und schön. Fangen wir wieder an das Nachdenken, fangen wir wieder von vorne an. Ich habe die Zeit nicht mehr. Sie sind noch jung. Wir können noch einmal 30 Jahre erleben, wir erleben eh schon fast 30 Jahre. Ich habe die Zeit nicht mehr. Dann bin ich schon in Pension, dann werde ich auch das Auto nicht mehr brauchen. Dann rufe ich sie an und dann gehen wir Rad fahren. Danke sehr.

Applaus

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Kollege Prack – zum dritten Mal.

GEMEINDERAT KURT PRACK:

Jetzt gehe ich aber nicht mehr hinaus.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Es ist nur wegen dem Tonband. Es ist die Ausnahme – die dritte Wortmeldung – die Ausnahme, weil sie so kurz im Gemeinderat sind.

Gerede untereinander – unverständlich

GEMEINDERAT KURT PRACK:

Die grundlegende Geschichte ist offenbar nicht angekommen, drum sag ich's noch einmal. Es geht um eine Verringerung des Verkehrs. Wir können nicht immer mit Straßenbau auf immer mehr Verkehr reagieren. Das geht nicht mehr, das geht nicht gut, da geht man alle drauf. So einfach ist die Antwort. Wenn's ihnen da draußen mit dem Verkehr schlecht geht – das glaub ich ihnen und da tun sie mir auch schrecklich leid – ins Gästezimmer weiß ich nicht, ob ich komme – aber dann müsste doch gerade in ihrem Sinne sein, dass wir den Verkehr zurücknehmen. Und noch einmal, mehr Straßen heißt mehr Verkehr.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Wir haben noch viele andere Ideen auch. Und den Verkehr zurücknehmen, das würde ich gern mal sehen, an einem Beispiel. Wer soll ihn denn zurücknehmen? Die aus der Steiermark? Oder wer soll den Verkehr zurücknehmen? Er ist ja da. Aber egal...

Allgemeine Unruhe

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Ich möchte...noch eine Wortmeldung?

Allgemeine Unruhe

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Nein, nein, nein...

Allgemeine Unruhe

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:
Das sind die Regeln.

STADTRAT DR. MARIO RITTER:

Sehr geehrte Anwesende, sehr geehrter Herr Prack. Ich teile Umweltgedanken, sicherlich jeder von uns teilt Umweltgedanken mit ihnen, aber stellen sie sich jetzt eines vor, Steyr wäre ein Herz mit einem gewissen Kreislauf. Der Kreislauf ist durch Straßen und durch die Wirtschaft, durch das KFZ definiert, und dann haben sie irgendwann einmal eine Verengung, das heißt sie haben einen Infarkt. Und was würde in ihrem Sinne gemacht? Herr Kollege, da sind wir uns sicher einig, da wird ein Bypass gemacht, damit sie überleben können. Und genau dasselbe sehe ich für Steyr auch. Steyr ist ein Herz und der Bypass ist die Westspange und eine Nordspange und wenn auch notwendig eine Süd-Ostspange. Mit dem Bypass garantieren sie ein Überleben in der Stadt. Und vielleicht auch den Kranken, die von da oder dort schneller ins Krankenhaus müssen. Mehr kann man nicht dazu sagen.

Applaus

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:
So, wir werden uns gegenseitig nicht überzeugen. Das...

Allgemeines Gelächter

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:
Schlusswort Herr Referent.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. HELMUT ZÖTTL:

Danke. Ich hab's befürchtet, dass die heutige Diskussion, wo's eigentlich nur um das Neuplanungsgebiet gegangen ist, in eine Westspangen Debatte ausarten...ausartet. Ja, ich glaube, es hat ein jeder sein Argument gegeben. Das letzte vom Herrn Dr. Ritter war für mich ausschlaggebend und wir möchten überlegen – und ich glaube der Bypass ist eine gute Überlegung.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Danke für das Schlusswort. Wir kommen zur Abstimmung. Möchte vielleicht doch noch einen Satz dazu sagen. Nämlich zu diesem wirklichen Tagesordnungspunkt. Es ist schon sehr kurioses im Rechtsstaat Österreich, dass wir eine verordnete Trasse haben, eine Paragraph Verordnung, die bis dato genügt hat, dass jeder gewusst hat, da darf man nichts drauf bauen. Gar nichts. Jetzt sagen die Juristen, das ist noch zu wenig. Wir brauchen zur Paragraph Verordnung jetzt auch noch ein Neuplanungsgebiet. Und das wird auch nicht ausreichen werden. Das Neuplanungsgebiet dann im Endeffekt in der Flächenwidmung auch noch berücksichtigen müssen und sagen, das dient oder soll dem bisherigen Verkehr dienen. Das sind lauter Verfahrensschritte, nur um dasselbe zu manifestieren, dass dort die Westspange hinkommen soll. Eine Landesverordnung – das ist schon zu wenig im Rechtsstaat Österreich, weil's findige Juristen gibt, die sagen, na da könnt ma doch noch ein bisserl was und vielleicht kann man da noch was versöhnen. Das sind lauter Schritte, die Menschen beschäftigen, die Geld kosten, die völlig absurd sind, die niemanden etwas bringen. Weil die Sache, an der ändert sich gar nichts. Wir müssen das nachvollziehen. Wollt jetzt eigentlich nur die Fakten noch einmal auf den Tisch bringen. Es ist grotesk und es ist nur einer von Millionenfälle in dieser Republik, wo im Endeffekt der Rechtsstaat sich schön langsam ab absurdum führt, weil wir zwar dasselbe wollen aber offensichtlich immer schwieriger es wird, das Recht auch durchzusetzen. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für diesen Antrag ist, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Ist jemand gegen diesen Antrag? Fünf Gegenstimmen zähle ich.

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen:
Der Antrag wurde wie folgt **angenommen**.

Anwesende Gemeinderäte: **35**

Zustimmung: **30**

SPÖ 16 – (Bgm. Gerald Hackl, Vbgm. Wilhelm Hauser, Vbgm.ⁱⁿ Ingrid Weixlberger, StR Dr. Michael Schodermayr, GR Rudolf Blasi, GRⁱⁿ Helga Feller-Höllner, GRⁱⁿ Rosa Hieß, GR Ing. Franz-Michael Hingerl, GR Thomas Kaliba, GRⁱⁿ Mag. Barbara Kapeller, GRⁱⁿ Heidemarie Kloiber, GRⁱⁿ Birgit Schörkhuber, BEd, GR Rudolf Schröder, GR Mag. Erwin Schuster, GRⁱⁿ Silvia Thurner, GRⁱⁿ Anneliese Zimmermann)

FPÖ 10 – (Vbgm. Dr. Helmut Zöttl, StR Dr. Mario Ritter, GRⁱⁿ Michaela Greinöcker, GR Josef Holzer, GRⁱⁿ BA (FH) Evelyn Kattnigg, GR David König, GR Lukas Kronberger, GR Uwe Pichler, GR Arno Thummerer, GR Ing. Wolfgang Zöttl, BEd)

Bündnis ÖVP-Bürgerforum 4 – (GR Ing. Thomas Schurz, GRⁱⁿ MMag. Michaela Frech, GR Florian Schauer, GRⁱⁿ Ursula Voglsam)

Gegenstimmen: **5**

GRÜNE 4 – (GR Matthias Kaltenböck, GRⁱⁿ Maria Lindinger, GRⁱⁿ Natascha Payrleithner, GR Kurt Prack)

NEOS 1 – (GR Pit Freisais)

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Der Antrag wurde mit breiter Mehrheit angenommen. Bedanke mich für die Berichterstattung und darf den Dr. Schodermayr um seinen Tagesordnungspunkt ersuchen.

BERICHTERSTATTER STADTRAT DR. MICHAEL SCHODERMAYR:

6) Fin-226/15 Tarif- und Gebührenordnung für die Alten- und Pflegeheime Steyr; Änderung ab 1. 1. 2016.

STADTRAT DR. MICHAEL SCHODERMAYR:

Danke, ich hätte nicht geglaubt, dass ich noch dran komme heute. Viele vom BRG, schön dass ihr da seid. Ich hoffe, ihr nehmt's nicht alles ernst. Ah, liebe Gäste, liebe Vertreterinnen und Vertreter der Presse, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, hohe Beamtschaft, geschätztes Präsidium. In meinem Antrag geht es um eine Tarifanpassung der Tarife der Alten- und Pflegeheime in Steyr. Wir haben, wie sie sicher alle noch wissen, vor gut einem Jahr uns entschieden, den Leittarif nach der HVO – nach der Heimverordnung, wie es auch in Wahrheit eben gesetzlich vorgeschrieben ist. Wir haben das verbunden mit der Eröffnung des Alten- und Pflegeheims Tabor. Und haben somit jetzt Tarife, die wir jedes Jahr neu berechnen müssen. Also nicht valorisieren einfach, sondern neu berechnen auf der Basis der tatsächlichen Kosten des laufenden Jahres. Somit hat sich heuer eine Tariferhöhung fürs nächste Jahr ergeben von 92 € Einzelwohnung derzeit auf 98 € im nächsten Jahr. Für die Doppelwohnung von derzeit 83 auf 89 €. Die Erklärung dazu ist, diese 6 € Unterschied ergeben sich zu zwei Drittel – also 4 € von diesen 6 € sind geschuldet der Vereinbarung des Landeshauptmanns Pühringer mit der Pflege. Das heißt, die Gehälter der Pflege sind durchaus deutlich erhöht worden. Und ich bin da jetzt...ich steh da sehr gespalten heraußen und denke mir, die Pflege ist nicht gerade überbezahlt, die Pflege macht tolle Arbeit, leistet tolle Arbeit und gehört auch ordentlich entlohnt. Von der Stadtseite her heißt es natürlich mehr Geld in die Hand nehmen. Also, es sei der Pflege, die wirklich in Steyr sehr, sehr hervorragende Arbeit geleistet hat, gegönnt. Die restlichen 2 € sind Preissteigerungen von Verbandsmaterialien, Wäscherei usw. Ja, dies kurz gesagt bitte ich um Zustimmung.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Auf Grund des Amtsberichts der Alten- und Pflegeheime Steyr vom 22.10.2015 werden die Standardtarife des Artikel 2 der Tarif- und Gebührenordnung für die Alten- und Pflegeheime Steyr mit 1.1.2016 wie folgt festgelegt:

1. Standardtarif für das APE, das APM und das APT:

	Tagestarif	Monatstarif bei 31 Tagen	Monatstarif bei 30 Tagen
Einzelwhg.	98,00	3.038,00	2.940,00
Doppelwhg.	89,00	2.759,00	2.670,00

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Zu Wort gemeldet Herr Vizebürgermeister Zöttl. Bitte Helmut.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. HELMUT ZÖTTL:

Sehr geehrte Kollegen. Beim hier vorliegenden Antrag, wie es auch im Amtsbericht steht und der Dr. Schodermayr das gerade gesagt hat, geht es um die Tarifierhöhung von den Alten- und Pflegeheimen in Steyr, wo die Einzelpreise der Einzelzimmer oder Preis für das Einzelzimmer und Doppelzimmer von 92 auf 98 und beim Doppelzimmer von 83 auf 89 € erhöht wird. Das entspricht einer Erhöhung von 6,12 % beim Einzelzimmer und 6,74 % beim Doppelzimmer. Begründet wird das, wie wir auch schon gehört haben, dahingehend, dass die Personalkosten für das Pflegepersonal gestiegen sind und auch die Wäsche oder die Reinigung für die Wäsche, dass diese Preise auch höher sind als zuvor. Die Frage ist für mich, ob das wirklich diese 6 % oder fast 7 % ausmacht. Und auch die angesprochenen 4 €, so zu sagen, nur der Personalaufwand ist. Interessant ist für uns aber die Tatsache, dass 16 %, die auch im Amtsbericht angeführt werden, von dieser Preissteigerung betroffen sind, weil diese so zu sagen Vollzahler sind. Umgekehrt bedeutet, dass 84 % eigentlich die Aufzahlung auf diesen Betrag haben und diese Aufzahlung über die sozialen Ebenen stattfindet. Somit ist es für uns im Gesamten eigentlich nur eine Verteuerung des Gesamten und interne Verrechnung der Stadt, so zu sagen, von der einen Hand in die andere Hand funktioniert. Ist halt natürlich die Frage, ob wir nicht dadurch diese Preisspirale andrehen. Aber wir haben's auch schon gehört, dass es diese Heimverordnung gibt. Wir haben das natürlich in der Fraktion sehr stark diskutiert und es sind auch die Argumente, die im Ausschuss behandelt worden sind, auf den Tisch gelegt worden. Das ist zum einen die Kostendeckung, zum anderen die Qualität, die in den Alten- und Pflegeheimen Gott sei Dank sehr hoch ist. Und weil wir natürlich auch Vergleichszahlen herangezogen haben, zum Beispiel Weyer, wo derzeit 83 oder 84 € der Tagessatz ist und da natürlich eine riesen Differenz zu Steyr gegeben ist. Wir werden dieses Mal zustimmen aber wir werden sich die Entwicklung für die nächsten Jahre ganz, ganz genau ansehen und da möchte ich auch das vielleicht mitteilen dem Referenten, dass das jetzt so zu sagen knapp an der Kippe war für uns, dass wir jetzt zustimmen.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Danke. Ich sag, da gibt's einige Erklärungen. Der Dr. Schodermayr gibt das zu. Der Pit Freisais hat sich gemeldet. Bitte.

GEMEINDERAT PIT FREISAIS:

Verehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ein paar Punkte sind jetzt eh schon angesprochen worden. Was mich jetzt noch interessiert hätte...weil ja eben 16 % der Heimbewohnerinnen dann tatsächlich auch nur die sind, die was wirklich alles selbst zahlen. Wieviel bringt die Erhöhung dann effektiv? Weil die anderen, die bezuschusst werden, da ist ja eh schon angesprochen worden, da wird ja eigentlich nur das Geld von der einen Hand in die andere Hand genommen. Ja, gibt's da eine genaue Zahl, wo man sieht, wie das dann zur Kostendeckung beiträgt? Immerhin geht's da um fast 2.400 € Wohnkosten, was die Leu-

te zusätzlich betrifft. Und gibt's da nicht eine andere Möglichkeit, dass man die, die was da betroffen sind, entlastet? Weil 2.400 € mehr auf einmal Wohnkosten haben, noch dazu, wo ich gar nicht sagen kann, jetzt zieh ich halt um, ändere irgendwas an meinem Lebensstil. Das sind Pflegebedürftige, die was keine andere Möglichkeit haben, als wie dass sie da oben sind. Ah, ja wie schaut das aus? Danke.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Also, der Dr. Schodermayr wird's erklären. Die Kosten dass ich das feststelle, die Kosten sind ja da. Die kann man nicht...ist ja nicht so, dass man sagt, ob man's jetzt links oder rechts zahlen. Die Kosten sind da und die müssen bezahlt werden. Und 84 % - sie haben's eh richtig gesagt – zahlt die Stadt. Für 84 % der Insassen zahlt die Stadt diesen Aufpreis. Aber hindert nichts dran, dass die Kosten da sind. Aber es hat einen anderen Grund, warum man diese Vollkaskos einheben muss, weil wir sonst das Landesgeld nicht abholen können. Aber da sagt der Dr. Schodermayr was dazu. Bitte Gunter, du bist am Wort.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Ja, meine sehr geehrten Damen und Herren. Wir beschließen heute insgesamt fünf Gebührenerhöhungen. Nicht Steuererhöhungen sondern Gebührenerhöhungen. Und wir haben diese Heimtarife voriges Jahr beschlossen. Und dasselbe, was der Kollege Zöttl jetzt gesagt hat, haben wir voriges Jahr gesagt. Und haben auch da schon darauf hingewiesen, dass wir gegenüber anderen Pflegeheimen, die durchaus eine vergleichbare Qualität haben, teurer liegen – um einiges teurer liegen. Und heuer kommen wir mit einem Antrag von – ich muss dich korrigieren – 7,22 % bei dem Doppelzimmer. Und das ist was, da kann ich einfach nicht mehr mitgehen und ich werde da auch nicht mitgehen, weil des lapidaren Hinweises, trifft eh nur 16 % ja, aber Entschuldigung, das sind die, die alles selbst zahlen. Und die strafen wir jetzt noch mehr. Und zu sagen, die anderen 84 zahlens eh wir, dass ist es eh egal, welchen Tarif wir nehmen, aber jetzt holen wir uns noch was irgendwie geht von den restlichen 16 %. Also da gehe ich mit Sicherheit nicht mit.

Applaus

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Also ich glaube nicht, dass wir jemanden strafen. Aber bitte. Wünscht noch jemand das Wort? Herr Dr. Schodermayr, bitte Michael.

STADTRAT DR. MICHAEL SCHODERMAYR:

Okay. Irgendwer hat da die Umstellung nicht verstanden. Wir haben bis zum Vorjahr gehabt, dass wir den Abgang hier widerspruchslos, ich hab mir das einmal angeschaut, da hat es praktisch nie Debatten gegeben, bezahlt haben aus dem Budget. Das waren 2 – 2 ½ Millionen, je nach dem, bis 1,5 – 1,2. Je nachdem, was wir Abgang gehabt haben. Meines Wissens fast immer widerspruchslos. Damit, und wenn man sich das überlegt, um das jetzt ein bisschen zu reflektieren, was sie gesagt haben Herr Mayrhofer, damit haben wir die gestützt, die's eigentlich haben. Das heißt, das Sozialhilfegesetz ist so konstruiert, und das macht meiner Meinung auch einen Sinn, dass es so was wie Solidarität gibt, eine Solidargesellschaft, sonst funktioniert dieses System nämlich nicht. Nämlich, dass die, die's haben zahlen, das was es kostet, die die's nicht haben, kriegen's dazu gezahlt von der öffentlichen Hand. Das System haben wir und ich hoffe, ich hoffe auf den Konsens, auf den Grundkonsens, dass wir uns den behalten. Weil anders würde es uns ziemlich zerreißen und würde die Gesellschaft meiner Meinung nach tief spalten. Weil sie von Bestrafung reden. Ich weiß nicht, wo da die Bestrafung liegt. Wenn man die Kostensteigerung jetzt bereinigt, und das was... und das haben wir alle zusammen voriges Jahr, sie glaube ich auch mit, nicht riechen können, dass es eine Gehaltsabschluss gibt, den ich der Pflege sehr vergönnt bin, der mir Schmerzen bereitet als Sozialreferent, weil's Geld kostet. Wenn man den herausrechnet, kommen genau 2 € heraus. Ich habe mir das rechnen lassen, das habe ich nicht selber gerechnet, das habe ich mir rechnen lassen. Die Hintergrundrechnung lasse ich ihnen gerne zukommen, wenn sie's brauchen. Also, da von Bestrafung reden, finde ich insofern auch

lustig, weil es steht dahinter eine und da sind wir im Widerspruch wir zwei, eine nicht vergleichbare Leistung. Weil ich kenne in Oberösterreich kein Heim, das die Angebote hat, die die Steyrer Heime haben. Da rede ich jetzt von einer hochqualitativen Pflege, die gibt's wo anders auch, da rede ich von drei Nachtdiensten pro Heim wobei immer, immer – und das zeigen's mir, wo das noch drinnen ist – immer ein diplomierter Nachtdienst ist. Ich kann nur sagen, brauchen wir nicht, die anderen brauchen's auch nicht, dann regt sich eh keiner auf. Sie können zum Beispiel keine suffiziente Schmerzbehandlung bei einem Großpatienten machen, wenn sie keinen Nachtdienst haben, keinen diplomierten. Ich hab, ich sag jetzt nicht, wo ich den hab, die Patienten quasi auswärts gehabt, in auswärtigen Heimen. Es war nicht möglich, 4 stündig Morphium zu spritzen, es ist nicht gegangen, weil keine diplomierte Schwester da war. Das heißt, da gibt's riesen Qualitätsunterschiede. Wir haben Physiotherapie. Jetzt kann man sagen, das ist ein Luxus. Aber ich möchte das auch von meiner Seite einmal anführen, gegenüber meiner Seite manchmal verteidigen muss, politisch. Physiotherapie ist ein Luxus, das gibt's eh überall zu kaufen. Das sollen sich die Leute dazu kaufen, wenn sie es wollen. Was das an Lebensqualität heißt, brauche ich da herinnen hoffentlich niemandem mehr erklären. Und was es an verminderter Bettlägerigkeit heißt, so was im Haus zu haben, das haben wir dokumentiert. Das haben wir quasi in einer Evaluierung, in einer Studie wenn man will, dargestellt. Wir haben einmal in Münichholz, ich glaube im Vorjahr war's und ich hoffe, ich sag jetzt da die richtige Jahreszahl, Bettlägerigkeitsquote gehabt 120 Patienten... Bewohnerinnen und Bewohner muss man sagen. Mit einer durchschnittlichen Pflegestufe von 4,7. Also wir haben extrem hohe Pflegestufenschnitte in Steyr. Davon waren 7 echt bettlägerig. Alle anderen tun wir heraus. Und was heißt das, wenn man Leute heraus tut? Man braucht viel Personal. Das heißt ich brauche Personal, die mobilisieren, ich brauch Leute, die die Leute herausen begleiten, ich brauche...

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Das haben wir ja letztes Jahr auch gehabt.

STADTRAT DR. MICHAEL SCHODERMAYR:

Nein, ja...

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Jetzt habe ich 7 %.

STADTRAT DR. MICHAEL SCHODERMAYR:

Genau, und von den 7 % rechnen sie noch die 66 % herunter, die der Herr Pühringer für das Pflegepersonal Gott sei Dank verursacht hat, das haben wir alle zusammen nicht gewusst, die haben wir alle dann, und das bisschen, was dann noch überbleibt, da kann man jetzt lamentieren, dass die DKS teurer worden ist, dass die Wäscherei teurer wird – da haben wir überlegt zu wechseln.

Unverständliche Wortmeldung von STR. Mayrhofer (vom Platz aus)

STADTRAT DR. MICHAEL SCHODERMAYR:

Wir haben's im Ausschuss besprochen. Alleine das, wo wir über das Aussteigen diskutiert haben, alleine das Wechseln der Wäschereifirmen kostet einen 20 iger, aber nur deswegen, weil man die Markerl auswechseln muss in der Wäsche von den Leuten, von der Privatwäsche, ja. Und, und, und. Also es gibt ganz viele Einzelheiten. Am billigsten sind die Heime, wo die Leute im Bett liegen. Das ist es. Da brauch ich weniger Reinigungspersonal. Dann werden wir ständig verglichen mit dem Reinigungspersonal. Entschuldigung, aber ich habe fast keine Stimme. Beim Reinigungspersonal, weil das in Landgemeinden ausgegliedert wird, ausgegliedert wurde. Und das angeblich billiger ist, die haben weniger Reinigungspersonal. Die haben zum Wochenende kein Reinigungspersonal, die haben um vier Uhr Nachmittag kein Reinigungspersonal. Wann brauche ich weniger Reinigungspersonal, wenn ich die Leute im Bett liegen lasse, dass die nicht alles vollbröseln draußen. Und ich brauche weniger Reinigungspersonal, weil das mein diplomiertes Pflegepersonal machen muss. Das

passiert nämlich, nur bei uns passiert's nicht. Das heißt, es gibt eine ganze, ganze Reihe von Qualitätsfaktoren, die man, ich könnte noch lange darüber reden – die man aufführen könnte. Mir fehlt nur heute die Luft ein bisschen. Die man aufführen könnte, um das zu begründen und das, was es kostet, das traue ich mir in Steyr sagen, ist es wert. Das ist es wert. Und ich mag an dieser Stelle wirklich auch die Gelegenheit nutzen meinem Pflegepersonal aber zu tiefst zu danken, ja, zu tiefst zu danken, was die für Arbeit leisten. Die arbeiten nämlich weit über der vertraglich vereinbarten Leistung, ja. Weit drüber. Und die machen ganz viel Sachen, die fahren auf Urlaub mit den Leuten und die machen Märkte für die Leute und, und, und. Also wir haben Veranstaltungsgruppen, wie dies sich auch sehen lässt und wo ja alle Politiker immer gerne hingehen. Also, das will ich widerlegen, dass es in ganz Oberösterreich die Qualität gibt, die es bei uns gibt. Ich kenne kein Heim, ich kenne kein Heim. Jetzt weiß ich nicht, ob ich nicht noch etwas vergessen habe. Die Kostenspirale, ich glaube ist damit eh erklärt. Also, freilich zahlen wir es von einer Tasche in die andere. No na.

Unverständliche Zwischenmeldung von STR. Mayrhofer (vom Platz aus)

STADTRAT DR. MICHAEL SCHODERMAYR:

Genau, das habe ich jetzt vergessen. Rein Verordnungstarife haben wir ja nicht gemacht, weil wir lustig waren, sondern weil die Prognose ist, dass hier die Pflegefallentwicklung so sein wird, dass die Abgänge nicht mehr anrechenbar gemacht werden. Das heißt, bis 2016 läuft die Vereinbarung, dass man sie noch hineinrechnen hätte können. Mit einer hohen Wahrscheinlichkeit kann man sie ab 2017 nicht mehr hineinrechnen. Haben wir nach vor gedacht, haben wir gesagt, weil's „wurscht“ ist, weil's wir eh von einer Tasche in die andere zahlen, machen wir den Schnitt. Machen wir gleich mit der Eröffnung des neuen Heims die Tarife laut Heimverordnung, wie's auch vorgeschrieben ist, wie man's sowieso machen hätte sollen. Damit fallen wir nicht in die Gefahr. Und es gibt, ich habe jetzt die Zahl nicht genau im Kopf, das was wir vorher an 1,5 – 2 oder wieviel Millionen Abgang gezahlt haben, zahlen wir jetzt, glaube ich, prognostizierte 360 wenn ich's jetzt richtig im Kopf habe. Und das sind die Kosten, die laut HVO nicht hineingerechnet werden dürfen. Wie zum Beispiel Mieten, wie zum Beispiel Zinsen für Kredite und ein anderes... das weiß ich jetzt nicht auswendig. Das heißt, die Leute, die Selbstzahler sind, zahlen nahezu die Echtkosten, die stützen wir nur mehr mit dieser minimalen oder sehr verringerten Summe von diesen 360.000 Euro. Und alle anderen werden gefördert. Und die Kostenentwicklung, wenn ich 80 % der Kosten im Personalbereich habe, brauche ich ihnen, Herr Mayrhofer, nicht erzählen, was...wo ich sparen müsste. Und wenn ich...bevor ich beim Personal spar, mach ich ganz viel andere Sachen nicht – außerhalb des Altersheims nicht. Also, da sind mir unsere alten Leute wirklich zu wichtig und dafür habe ich dieses Plädoyer mit relativ wenig Luft, weil ich so viel verkühlt bin, gerade. Ich bitte um Zustimmung.

Applaus

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Ja, danke auch für die detaillierte Aufklärung und wieder in Erinnerung rufen, was was wirklich da passiert und ich ersuche nun alle, diesen Beschluss mitzutragen. Wir versuchen wirklich auch durch diese Kostenwahl, durch die Transparenz auch über den Pflegefonds, möglichst ja auch das Geld zurückzubekommen, was uns zu steht, für perfekt geführte Alten- und Pflegeheime in der Stadt. Wer für diesen Antrag ist, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Wer ist gegen diesen Antrag? Wer übt Stimmenthaltung?

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Der Antrag wurde mit 4 Stimmen...Entschuldigung, 5 Stimmenthaltungen mit breiter Mehrheit angenommen. Bedanke mich für die Berichterstattung. Darf nun den Vorsitz übergeben, um zu meinen Tagesordnungspunkten zu kommen.

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen:

Der Antrag wurde wie folgt **angenommen**.

Anwesende Gemeinderäte: **35**

Zustimmung: **30**

SPÖ 16 – (Bgm. Gerald Hackl, Vbgm. Wilhelm Hauser, Vbgm.ⁱⁿ Ingrid Weixlberger, StR Dr. Michael Schodermayr, GR Rudolf Blasi, GRⁱⁿ Helga Feller-Höllner, GRⁱⁿ Rosa Hieß, GR Ing. Franz-Michael Hingerl, GR Thomas Kaliba, GRⁱⁿ Mag. Barbara Kapeller, GRⁱⁿ Heidemarie Kloiber, GRⁱⁿ Birgit Schörkhuber, BEd, GR Rudolf Schröder, GR Mag. Erwin Schuster, GRⁱⁿ Silvia Thurner, GRⁱⁿ Anneliese Zimmermann)

FPÖ 10 – (Vbgm. Dr. Helmut Zöttl, StR Dr. Mario Ritter, GRⁱⁿ Michaela Greinöcker, GR Josef Holzer, GRⁱⁿ BA (FH) Evelyn Kattnigg, GR David König, GR Lukas Kronberger, GR Uwe Pichler, GR Arno Thummerer, GR Ing. Wolfgang Zöttl, BEd)

GRÜNE 4 – (GR Matthias Kaltenböck, GRⁱⁿ Maria Lindinger, GRⁱⁿ Natascha Payrleithner, GR Kurt Prack)

Stimmenthaltungen: **5**

Bündnis ÖVP-Bürgerforum 4 – (GR Ing. Thomas Schurz, GRⁱⁿ MMag. Michaela Frech, GR Florian Schauer, GRⁱⁿ Ursula Voglsam)

NEOS 1 – (GR Pit Freisais)

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Bedanke mich für die Berichterstattung. Darf nun den Vorsitz übergeben, um zu meinen Tagesordnungspunkten zu kommen.

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

7) Präs-349/14 Erlassung einer Bürgerinnen- und Bürgerfragestundeverordnung.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

In meinem ersten Tagesordnungspunkt geht es um die Erlassung einer Verordnung für die Durchführung von Bürgerinnen- und Bürgerfragestunden. Wir haben, wie sie wissen, ja schon diese Bürgerfragestunden selbst eingeführt, da hat's aber keine rechtliche oder keine zwingende gesetzliche Grundlage dafür gegeben. Es wurde seitens des Landes diese Bürgerinnen- und Bürgerfragestunde auch gesetzlich ermöglicht und aus dem Grund haben wir ein bisschen nachgeschärft bei den Formulierungen, wie wir sie bei der Bürgerinnen- und Bürgerfragestunde und bei der Verordnung schon gehabt haben. Der Amtsbericht liegt ihnen vor. Ich glaube, wir haben jetzt alles ausgeräumt, wo es noch Zweifel gegeben hätte. Wir haben versucht, alle Möglichkeiten hinein zu nehmen, dass das für die Bürger möglichst transparent und einfach wird und sie wirklich auch die Möglichkeit haben, hier im Gemeinderat eine Frage zu stellen und ich ersuche um Diskussion und Beschlussfassung.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Entsprechend dem Amtsbericht der FA für Präsidiales und Bürgeranwalt vom 24.11.2015 wird die beiliegende Verordnung über die Durchführung einer Bürgerinnen- und Bürgerfragestunde erlassen. Die Verordnung ist im Amtsblatt der Stadt Steyr kundzumachen.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Kollegin Frech und dann der Herr Prack.

GEMEINDERÄTIN MMAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, geschätzte Gäste, liebe Schülerinnen und Schüler. Ja, irgendein deutscher Politiker hat einmal gemeint, Politik ist das Bohren dicker Bretter. Was er nicht dazu gesagt hat, ohne Bohrmaschine. So komme ich mir manchmal vor. Manchmal schafft man es, das Brett zu durchbohren, manchmal leider nicht, manchmal dauert es sehr, sehr lange. Wir haben zu ihrer Information auch für die, die jetzt neu im Gemeinderat sind, mit Jahresende 2014 einen Grundsatzbeschluss gefällt, dass es eine Bürgerfragestunde gibt. Das war gar nicht so einfach, dass man alle Fraktionen überzeugen konnte, diese Möglichkeit zu schaffen. In den Landgemeinden war das auf Grund der Gemeindeordnung immer schon vorgesehen, dass eine Bürgerfragestunde vor oder nach der Gemeinderatssitzung abgehalten werden kann. Im Stadttat ist dazu nichts gestanden, das heißt, bei Linz, Wels und Steyr gab es keine wirkliche rechtliche Grundlage. Dagegen gesprochen hat aber auch nichts. Und dann war's nach langen und zahlreichen Gesprächen doch möglich, dass es eine Einstimmigkeit gegeben hat, dass wir eine Bürgerfragestunde abhalten, die damals rechtlich noch gar nicht wirklich vorgesehen war. Jetzt hat auch der Landesgesetzgeber...wir waren eigentlich ein Vorreiter, wir haben eine Vorreiterfunktion gehabt, denk ich mir, auf die wir stolz sein können. Und jetzt gibt's aber auch landesgesetzlich den Rahmen dazu. Und deshalb beschließen wir eine Verordnung. Und mit dieser Verordnung hab ich schon das eine oder andere Problem, geschätzter Herr Bürgermeister. Und zum Thema „Ausräumen“ kann ich dir leider nicht ganz recht geben, weil wir haben uns im Vorfeld bemüht und auch in Gesprächen mit dem Herrn Magistratsdirektor, dass da manche Punkte in dieser Verordnung nicht so ganz stimmig sind und auch nicht so ganz passend sind. Wir haben diese Bedenken auch artikuliert. Dass wir für eine Bürgerfragestunde sind, ist ohne dies klar. Wir haben sie damals auch eingebracht, mehrmals über Anträge. Beim ersten Anlauf hat es nicht geklappt. Im zweiten oder dritten Anlauf hat's dann geklappt, dass es diese Bürgerfragestunde gibt. Das heißt, wir sind unverständlich, dass wir da was abwürgen möchten, ganz im Gegenteil. Wir möchten's eher erweitern. Und in diesem Zusammenhang, es gibt einige Punkte die ich dir gegenüber, geschätzter Magistratsdirektor, artikuliert habe. Aber ein wesentlicher Punkt, den möchte ich hier noch einmal aufgreifen, weil das halte ich für eine Benachteiligung der Bürgerinnen und Bürger. Sie müssen nämlich die Bürgerfragestunde bis spätestens fünf Tage vor der Gemeinderatssitzung einbringen. Und zwar beim Bürgermeister. Und dann kann es durchaus sein, das haben wir in der Vergangenheit auch schon gehabt, dass manche Fragestellung einfach ein bisschen „verbesserungswürdig“ ist. Fragen vielleicht unvollständig sind. Wenn wir eine Anfrage im Gemeinderat machen...wir sind Politiker, wir haben das im Lauf der Zeit gelernt, wir haben einen Erfahrungsschatz, wir bringen das zusammen. Manchmal besser, manchmal schlechter. Auch Politiker machen bekanntlicher Weise Fehler. Aber der Bürger ist mit dem im Prinzip gar nicht so vertraut. Der stellt jetzt da eine Frage an den Gemeinderat, an den Stadtsenat etc. und dann soll er die Möglichkeit haben, nachzubessern. Das ist auch vorgesehen, nur es ist leider eine rein theoretische Möglichkeit. Denn wenn ich die Bürgerfragestunde als Bürger bis spätestens fünf Tage vor der Gemeinderatssitzung einbringen muss und dann steht in einem weiteren Paragraphen: Den Fragesteller kann die Verbesserung unvollständiger oder unverständlicher Fragen aufgetragen werden, wird diese Verbesserung allerdings innerhalb der Frist gemäß Absatz 2 nicht entsprochen, wird die Frage nicht beantwortet. Und die Frist ist ident mit der Deadline der Abgabe. Das kann doch nicht sein, dass jemand fünf Tage vor der Gemeinderatssitzung einer Bürgerfragestunde stellt, die Frage vielleicht noch ein bisschen abgeändert werden sollte, und ich dem Bürger dann mitteile, tut mir Leid, aber es gibt zwar rein theoretisch die Möglichkeit, das auszubessern, aber da hätten sie die Frage vor zehn Tagen einbringen müssen. Das kann nicht sein. Und ich bitte sie wirklich, geschätzte Damen und Herren, wenn wir das Thema Bürgerfragestunde ernst nehmen, und davon gehe ich aus, und wenn wir eine Möglichkeit schaffen, dass der Bürger, die Bürgerin hier Verbesserungen vornehmen kann, und dafür denke ich mir, das wollen wir ja auch, darum steht das auch in dieser Verordnung drinnen, dann müssen wir ihm die Nachbesserungsmöglichkeit auch tatsächlich geben. Und es ließe sich ganz einfach lösen, das war auch der Vorschlag an den Herrn Magistratsdirektor, in dem man eben schreibt, statt bis spätestens fünf Tage die Frage einzubringen, bis spätestens zehn Tage vor der Gemeinde-

ratssitzung, dann hat der Bürger, die Bürgerin fünf Tage noch Zeit und spätestens bis fünf Tage vor der Gemeinderatssitzung muss die Verbesserung erfolgen. Und wenn es dann keine Verbesserung gegeben hat, keine genauere Ausformulierung, dass man sich anerkennt, dann wird die Frage nicht beantwortet. So wie es dasteht. Es geht im Prinzip nur um zwei Zahlen, die man verändert - statt spätestens fünf Tage im Paragraph 3 Absatz 2, zehn Tage und dann im Paragraph 4 eine Frist von fünf Tagen vor der Gemeinderatssitzung - dann passt alles andere wieder zusammen und wir haben nicht etwas, was eine Scheinverbesserungsmöglichkeit ist. Und wir alle wissen, das könnten wir natürlich als Gegenargument bringen, das ist mir schon klar, das wird kommen. Na soll's der Bürger halt früher einbringen. Ja, aber wenn ich ihm artikuliere, er kann es bis spätestens fünf Tage vor der Sitzung tun, dann wird es viele geben, die es auch tatsächlich am letzten Zeitpunkt machen. Ich möchte nicht wissen, wie viele da herinnen sitzen, ob Schüler oder nicht Schüler, die etwas auf den letzten Abdruck machen. Ist ja auch legitim, wenn ich die Möglichkeit schaffe, aber dann darf ich das demjenigen auch nicht zum Nachteil gereichen lassen. Deshalb bitte ich sie wirklich, geschätzter Herr Bürgermeister, das abzuändern, dann können wir mit dieser Verordnung so weit leben. Gibt noch immer einige andere Punkte, aber wie gesagt, Politik ist das Bohren harter Bretter. Manchmal mit einem Nagel, manchmal mit der Bohrmaschine. Mir kommt es meistens vor, es ist mit dem Nagel, aber dessen ungeachtet. Aber ich würde sie wirklich bitten, das zu tun, weil dann denke ich mir, muss man ehrlicher Weise sagen, es gibt keine Verbesserungsmöglichkeit. Das ist auch ein Zugang, den ich persönlich nicht habe, den auch wir als Fraktion nicht haben. Aber zu sagen, du hast eine Verbesserungsmöglichkeit, du kannst sie aber nicht wahrnehmen, das ist nicht fair. Ich bitte sie daher, diesbezüglich das zu ändern.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:
Kollege Prack bitte.

GEMEINDERAT KURT PRACK:

Zuerst ganz kurz zu ihnen, Frau Kollegin Frech. Ich war selber Bürgerfrager hier herinnen und das mit dem letzten Abdruck, das stimmt. Ich halte es prinzipiell...also das mit diesem Nachbessern ist eine problematische Geschichte, durchaus. Ich denke aber, dass Leute, die eine Frage stellen auch Bekannte haben, die das vielleicht vorher Korrekturlesen. Das würde ich in diesem Fall auch so machen. Habe ich auch so gemacht. Und dass das Nachbessern selten nötig ist...ich halte es für eine Verschlechterung, wenn man zehn Tage vor einer Gemeinderatssitzung das Einbringen muss. Ich hätte damit als Bürger, der eine Frage stellen will, keine Freude. Ich sage es so, wie es ist, weil ich vor kurzem selber noch hier eine Frage gestellt habe. Mir wären zehn Tage vorher unangenehm gewesen. Fünf Tage geht, zehn Tage ist, glaube ich, keine Verbesserung für die Bürger und Bürgerinnen. Was ich eigentlich sagen wollte, das war der Grund meiner Wortmeldung. Ich hätte die Idee, dass wir, wenn wir Bürgerbeteiligung ernst nehmen, hier herinnen ist zu wenig Zeit für eine Diskussion. Und dieses „eine Frage stellen dürfen“ dann, meine Zusatzfrage, das ist keine Diskussion. Das war für mich unbefriedigend und in der...für die anderen Leute, die damals ihre Fragen gestellt haben, auch. Ich denke, dass hier nicht Zeit und Platz ist, Bürgerfragestunden ausführlich zu behandeln. Mein Vorschlag wäre, wie man das ausarbeitet und wie man das rechtlich macht, das weiß ich nicht und wer das macht, weiß ich auch nicht. Aber die Diskussion könnte vielleicht in den Ausschüssen stattfinden. Das heißt, den Bürgerinnen und Bürgern klar machen, dass sie sich beim Ausschussvorsitzenden oder beim Ausschussmitglied melden können und um eine Einladung bitten. Natürlich werden dort auch geheime Dinge besprochen. Das heißt, es müsste so sein, dass zu einem Tagesordnungspunkt jemand kommt, der da eine Frage hat. Dann wird das dort diskutiert unter Regeln, die man festlegen müsste. Aber zum Diskutieren wären halt die Ausschüsse wahrscheinlich aus meiner Sicht besser geeignet, als hier das große Plenum. Ich weiß nicht, ob es machbar ist, aber das wäre so eine Idee für eine Bürgerbeteiligung.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:
Danke. Kollege Zöttl.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. HELMUT ZÖTTL:

Sehr geehrte Damen und Herrn. Wir reden jetzt schon ziemlich lange über die Bürgerfragestunde, ich glaube schon länger als die Bürger mit uns sprechen. Also, meine persönliche Erfahrung ist die, dass jeder der ein Anliegen oder eine Überlegung hat zum politischen Referenten geht, holt sich einen Termin und dann spricht man sich das ganz einfach aus. Ich habe keine Ahnung, warum man da so ein Trara darum macht. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Kollege Schauer.

GEMEINDERAT FLORIAN SCHAUER:

Geschätztes Präsidium, werte Kollegen. Ich möchte auch noch einen Punkt einbringen. Aber zuerst noch auf den Kollegen Prack referenzieren - und zwar, das mit den zehn Tagen ergibt sich so, so habe ich es zumindest verstanden, würde sich das so ergeben, weil es der Magistrat ja auch administrieren muss. Wenn das so stattfindet, also wir haben kein Problem damit, wenn das nicht zehn Tage sind, sondern vielleicht auch sieben. Also, an dem soll es nicht scheitern. Was ich eigentlich noch sagen wollte. Für mich persönlich ist ein sehr großer Wehrmutstropfen bei der Bürgerfragestunde, dass es mit 13 Uhr eine sehr, sehr frühe Beginnzeit gibt. Wenn wir an direkte Demokratie und ein Instrument der Bürgerbeteiligung denken, müssen wir auch mitbedenken, dass die Bürgerinnen und Bürger um diese Uhrzeit sehr, sehr wahrscheinlich in der Arbeit sind und sie also extra für eine Bürgerfragestunde frei nehmen müssen. Jetzt ist mir schon klar, dass das Land vorgibt, die Bürgerfragestunde kann nur vor der Gemeinderatssitzung oder danach stattfinden und danach ist es aus den Gründen, die wir wissen problematisch, weil wenn die Sitzung etwas länger dauert, müssen die Bürger dann warten. Also, davor macht meiner Meinung schon noch Sinn, aber es ist ja auch nicht in Stein gemeißelt, dass eine Gemeinderatsitzung um 14 Uhr beginnen muss. Also, ich denke, mit gutem Willen könnte man hier eine Lösung finden, was die Beginnzeit betrifft, die doch bürgerfreundlicher ist und auch Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, ohne dass sie sich extra frei nehmen müssen, bei der Bürgerfragestunde anwesend sein können. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Gibt's sonst noch eine Wortmeldung. Bitte, Frau Kollegin Frech.

GEMEINDERÄTIN MMAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Gäste. Ich habe leider noch keine Antwort auf meine „Bitte“ bekommen, ob es nicht doch möglich ist, das abzuändern. Geschätzter Kollege Prack, ich persönlich habe sowieso das Bild eines Bürgers, dass der nicht unbedingt jetzt nicht in der Lage ist, eine Frage zu formulieren und dass man ihm das in einer Verordnung schon unterstellt. Aber wenn das so ist, ja, und es ist nicht jeder so geschult wie sie - sie sitzen jetzt im Gemeinderat, sie haben vorher schon Schulungen gehabt - dann muss ich die Möglichkeit geben, dass jemand sich verbessern kann oder, das wäre dann ehrlich zu sagen, gut, wenn eine Frage nicht vollständig formuliert ist, wenn ich mich nicht auskenne, dann wird sie halt zurückgewiesen. Ist auch eine Möglichkeit. Aber was aus meiner Sicht nicht geht, ist zu sagen: lieber Bürger, du kannst es ausbessern, aber die Zeit dazu geben wir dir nicht. Und das ist eine Augenauswischerei, geschätzte Damen und Herrn. Und damit erweisen wir uns als Gemeinderat keinen guten Dienst, wenn wir solche Scheingeschichten machen. Und das ist eine Scheingeschichte letztlich. Und was spricht dagegen, wirklich zu sagen, die zehn Tage sind aus administrativen Gründen jetzt vorgeschlagen worden. Wenn man sagt, er bringt sieben Tage vor der Gemeinderatssitzung ein, dann bekommt er einen Anruf, zum Beispiel ein E-Mail, weil meistens werden die Anfragen... ja, kommen auch per E-Mail herein, bekommt einen Anruf, bitte bessern sie das nach, das kann vielleicht sogar telefonisch passieren oder sonst per Mail, und dann hat man die Frist mit den fünf Tagen. Es geht mir nur darum, dass man eine tatsächliche Möglichkeit zur Verbesserung schafft, wenn man sie schon vorsieht. Das steht ja drinnen. Und da würde ich sie schon bitten, sich diesen Ruck zu geben, da ist wirklich nichts dabei, bis spätestens sieben

Tage zum Beispiel, wenn man damit leben kann, wenn damit alle leben können, und dann hat er zwei Tage Zeit, der Bürger, das zu verbessern. Da sind ja ohnedies Feiertage nicht eingerechnet. Aber das halte ich schon für einen ganz wichtigen Punkt. Und zum Kollegen Zöttl, ja, Gott sei Dank ist es so, dass Bürgerinnen und Bürger auch zu den Politikern gehen, in Einzelgesprächen. Aber es hat doch, denke ich, eine andere Qualität, wenn hier in diesem Gemeinderat Bürger die Möglichkeit haben, nicht eben zu einer bestimmten Partei zu gehen oder zu einer bestimmten Fraktion, sondern ihr Anliegen, ihre Frage, an den gesamten Gemeinderat zu stellen. Das hat auch etwas mit Information zu tun, dass alle denselben Informationsstand haben, dass alle auch mitbekommen, was die Bürgerinnen und Bürger bewegt. Das eine ist die eine Sache, das andere ist die andere Sache. Aber ich würde bitte... hätte ich gerne noch eine Wortmeldung. Warum das nicht gehen sollte, dass man diesen Weg geht. Weil sonst halte ich das wirklich nicht für zielführend. Ich würde sie wirklich eingehend bitten, das abzuändern. Und ich glaube nicht, dass das ein Problem sein kann im Sinne der Bürgerinnen und Bürger.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Ich übergebe den Vorsitz an den Herrn Vizebürgermeister Zöttl und melde mich zu Wort.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. HELMUT ZÖTTL:

Ich übernehme, und wünsche den Herrn Bürgermeister... Vizebürgermeister zum Mikrofon.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Gäste. Also, die erste Antwort, die ich geben möchte ist, bei Ausschüssen ist es nicht möglich, Ausschüsse sind nicht öffentlich. Und daher können auch Bürger nicht geladen werden. Das ist einmal das Erste. Und Statuten gibt es halt einmal und die sind letztlich auch einzuhalten. Und liebe Michaela, also, ich denke mir, es ist vieles abgeändert worden, aber es gibt auch gewisse Regeln, dass man nicht unbedingt am letzten Tag eine Frage einbringt. Es gibt zwischen jeder Gemeinderatssitzung mindestens 6 Wochen, wo man sich überlegen kann, was man gerne möchte und so brauchen wir auch nicht tun, als wie wenn die Bürgerinnen und Bürger, und das sage ich jetzt ein bisschen unter Führungszeichen, damit mir das nicht gleich wieder falsch ausgelegt wird, aber so dumm sind, dass sie Verordnungen nicht lesen können. Und wenn sie eine Frage stellen wollen und sie lesen da drinnen, dass bis zum spätestens fünften Tag eingebracht werden, aber Verbesserungsmöglichkeiten auch nur am fünften Tag... bis zum fünften Tag davor möglich sind, dann werden sie das nützen. Und du selber hast einen Anspruch gehabt, dass du sagst, das kann man auch telefonisch machen. Also, wenn es wirklich so ist, dass am fünften Tag in der Früh das kommt, dann wird halt das letztlich so sein, dass man dieses Telefon in die Hand nimmt, macht und dann auch diese Verbesserung durchführen kann. Und das Dritte ist, dass jeder Gemeinderat, und wenn du jetzt behauptest, dass der Bürger dümmer ist als der Gemeinderat, dann halte ich das auch für eine Unterstellung... na, dann halte ich das auch für eine Unterstellung. Aber auch jeder Gemeinderat darf Anfragen an die Referenten, den Herrn Bürgermeister und dergleichen, bis fünf Tage vor dem Gemeinderat stellen. Also in Wirklichkeit geht es um Prinzip, um das gleiche Recht letztlich für alle. Und aus dem Grund heraus waren wir der Meinung, dass also diese fünf Tage durchaus ausreichend sind. Weil, wenn ein Bürger sich überlegt, dass er eine Frage an dieses Gremium Gemeinderat stellen möchte, dann weiß ich das sicherlich sieben, acht oder zehn Tage vorher. Dann soll er sie einbringen und dann hat er auch Zeit zur Verbesserung, wenn es ihm nicht gelingt, so zu sagen, diese Frage so klar zu stellen, dass man glaubt, das die auch beantwortbar sei oder so beantwortet werden könne, wie er sich das wünscht. Außerdem hat er dann auch noch die Möglichkeit einer Zusatzfrage. Das war die Antwort von unserer Fraktion darauf, warum wir bei den fünf Tagen bleiben wollen.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. HELMUT ZÖTTL:

Zu Wort gemeldet Herr Kaltenböck.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Ich übernehme den Vorsitz wieder.

GEMEINDERAT MATTHIAS KALTENBÖCK:

Ich möchte nur ganz kurz noch allgemein was zu dem sagen. Ich glaube, diese Bürger-, Bürgerinnen Fragestunde ist für viele Menschen schon eine sehr große Hürde. Also, wenn wir dabei bleiben, Bürger-, Bürgerinnenbeteiligung nur an...oder generell die mit Einbindung von Bürgerinnen und Bürgern in die politische Prozesse nur an Hand dieser Fragestellung festmachen, dann läuft glaube ich etwas schief. Weil das betrifft doch nur einen sehr eingeschränkten Personenkreis, die sich das auch trauen, dass sie eine Frage herinnen stellen und sich dann auch an dieses Podium hier hinstellen und die Frage auch vorlesen. Ich glaube, wir sollten auch vermehrt den Fokus, zusätzlich natürlich, es braucht auch diese Bürger-, Bürgerinnenfragestunde, aber zusätzlich sollte auch ein Fokus darauf gelegt werden, dass wir Menschen in Planungsprozesse, in Projekte, die sie in ihrem direkten Umfeld betreffen, auch verstärkt mit einbinden. Den das ist meiner Meinung nach eine Beteiligung oder Beteiligungsmöglichkeit, die weitaus niederschwelliger ist und somit auch mehr Menschen anspricht.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Dankeschön. Gibt es noch eine Wortmeldung? Dem ist nicht der Fall. Herr Bürgermeister, bitte Schlusswort.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Kein Schlusswort. Abstimmung bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Gut, der Antrag wurde gehört, dass also die Veränderung so wie vorgeschlagen ist, in Erlassung einer Bürgerinnen- und Bürgerfragestundeverordnung abgestimmt wird. Wer für den Vorschlag ist, bitte ein Zeichen mit der Hand. Wer ist gegen diesen Vorschlag? Gibt es Stimmenthaltungen? Zwei, vier Stimmenthaltungen. Vier Enthaltungen.

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen:

Der Antrag wurde wie folgt **angenommen**.

Anwesende Gemeinderäte: **35**

Zustimmung: **31**

SPÖ 16 – (Bgm. Gerald Hackl, Vbgm. Wilhelm Hauser, Vbgm.ⁱⁿ Ingrid Weixlberger, StR Dr. Michael Schodermayr, GR Rudolf Blasi, GRⁱⁿ Helga Feller-Höller, GRⁱⁿ Rosa Hieß, GR Ing. Franz-Michael Hingerl, GR Thomas Kaliba, GRⁱⁿ Mag. Barbara Kapeller, GRⁱⁿ Heidemarie Kloiber, GRⁱⁿ Birgit Schörkhuber, BEd, GR Rudolf Schröder, GR Mag. Erwin Schuster, GRⁱⁿ Silvia Thurner, GRⁱⁿ Anneliese Zimmermann)

FPÖ 10 – (Vbgm. Dr. Helmut Zöttl, StR Dr. Mario Ritter, GRⁱⁿ Michaela Greinöcker, GR Josef Holzer, GRⁱⁿ BA (FH) Evelyn Kattnigg, GR David König, GR Lukas Kronberger, GR Uwe Pichler, GR Arno Thummerer, GR Ing. Wolfgang Zöttl, BEd)

GRÜNE 4 – (GR Matthias Kaltenböck, GRⁱⁿ Maria Lindinger, GRⁱⁿ Natascha Payrleithner, GR Kurt Prack)

NEOS 1 – (GR Pit Freisais)

Stimmenthaltungen: **4**

Bündnis ÖVP-Bürgerforum 4 – (GR. Ing. Thomas Schurz, GRⁱⁿ MMag. Michaela Frech, GR Florian Schauer, GRⁱⁿ Ursula Voglsam)

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Dankeschön, nächster Tagesordnungspunkt.

8) GemLust-21/15 Erlassung einer neuen Lustbarkeitsabgabeordnung für die Stadt Steyr.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Bei meinem nächsten Punkt geht es um eine neue Lustbarkeitsabgabeordnung. Darf dazu sagen, dass es einen Abänderungsantrag gibt auf Anregung der Kollegin Frech und von mir unterzeichnet. Dass beim § 2 im § 3 Abgabenschulden und Haftung der Punkt zwei, drei Worte einzufügen wären. Neben dem, der Satz muss dann lauten oder soll lauten - neben dem Abgabenschuldner haftet bei Spielautomaten und Wettterminals der gewerbliche Inhaber der für die Lustbarkeit benutzten Räume bzw. Grundstücke. Damit, dass dezidiert dieser Passus nur auf jene gilt oder angewendet werden soll, die Spielautomaten und Wettterminals aufstellen. In diesem Sinne ersuche ich zu diskutieren und diese neue Lustbarkeitsabgabeordnung zu beschließen. Möchte in erster Linie die Spielapparate, die zusätzliches Geld bringen sollen, die jetzt in Zukunft besteuert werden können und die Wettterminals. Wir haben die Lustbarkeitsabgabe im Endeffekt von fast allen weggenommen, wir haben fast alle befreit, die zu befreien waren, mit ganz, ganz wenigen Ausnahmen, das zeigt der Amtsbericht. Ich glaube, dass derzeit dann wirklich nur mehr jene Gewerblichen Lustbarkeitsabgabe zahlen, die größere Veranstaltungen machen, die auch wirklich viel Geld bringen und da glaube ich, ist der Lustbarkeitsabgabesatz auch einer, mit dem man leben kann und auch im Endeffekt im Wettbewerb überleben kann. Ich ersuche um Beschlussfassung.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Steuerangelegenheiten vom 25. November 2015, wird die in der Anlage beigeschlossene Lustbarkeitsabgabeordnung der Stadt Steyr, genehmigt.

Diese Verordnung tritt mit 1.3.2016 in Kraft. Die Kundmachung dieser Verordnung hat gemäß § 65 Abs. 1 des Statutes der Stadt Steyr, LGBl. Nr. 9/1992 i.d.G.F., durch zweiwöchigen Anschlag an den Amtstafeln der Stadt Steyr, zu erfolgen.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Zu Wort gemeldet haben sie die Frau Kollegin Frech und der Herr Kollege Kaltenböck. Frau Kollegin Frech bitte.

GEMEINDERÄTIN MMAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, geschätzte Gäste. All jene, die schon länger in diesem Gemeinderat sind, wissen, dass das Thema Lustbarkeitsabgabe uns schon...also unsere Vorgänger glaube ich schon, befasst hat, aber zumindest seit zwanzig oder mehr Jahren. Es war immer problematisch. Wir haben es dann mit Augenmaß einigermaßen gehandhabt im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten, dass Kulturveranstaltungen, insbesondere doch nicht so stark besteuert werden, wie es im Gesetz ursprünglich vorgesehen war. Aber es gab eben ein Landesgesetz, das uns vorgeschrieben hat, dass wir Lustbarkeitsabgabe einheben müssen, unter anderem bei Kulturveranstaltungen, was mir natürlich besonders in der Seele weh tut, nachdem ich für die Kultur bekanntermaßen ein extremes Faible habe. Jetzt ist das Landesgesetz gefallen, ich bedanke mich bei dir, geschätzter Herr Bürgermeister, dass du diesen Passus auch noch hineingenommen hast. Weil es damit sichergestellt ist, dass wir kulturelle Veranstaltungen auch in Räumlichkeiten haben von Vermietern, von Räumlichkeiten, die nicht der Stadt zuzurechnen sind, und ganz klar es sich bezieht auf diese Wettterminals, und ich denke mir, da sind wir uns ja einig, dass wir da besonders ein Augenmerk darauf legen. Ich möchte mich auch bedanken bei allen Mitgliedern des neuen Kulturausschusses, weil dieser Entwurf für eine Lustbarkeitsabgabe war ja, obwohl du, geschätzter Herr Bürgermeister, der politische Referent bist im Zusammenhang mit Finanzen, auf der Tagesordnung des Kulturausschusses. Und ich bin sehr froh darüber, dass ich ihn hinaufgesetzt habe, weil die Diskussion im Ausschuss war wirklich eine sehr konstruktive und wir haben gemeinsam vieles an Verbesserungsvorschlägen eingebracht. Dafür bedanke ich mich wirklich bei allen neuen Mitgliedern, bisherigen Mitgliedern

des Kulturausschusses, und ich denke mir, es ist jetzt was herausgekommen, was sehr positiv ist für die Kultur. Was sehr positiv ist auch im Zusammenhang mit den Spielautomaten und Wettterminals, die uns, glaube ich, nicht so besonders freuen. Da haben wir auch eine Regelung gefunden. Und das einzige, was noch ein bisschen überbleibt als Wehrmutstropfen, aber das möchte ich jetzt nicht überbewerten, weil ich davon ausgehe, dass im Großen und Ganzen neunzig Prozent wahrscheinlich aller Kulturveranstaltungen da nicht drunter fallen unter diese Lustbarkeitsabgabe, jetzt ist, dass der Sport generell befreit ist und ich würde mir natürlich wünschen ein Gleichstellen zwischen Sport und Kultur. Aber es war das Maximum, was möglich war und dafür bedanke ich mich bei allen. Die Jugendlichen sind zwar jetzt schon gegangen, aber die werden sich freuen in Richtung Bälle, Maturaball etc. Bis dato war 25 % an Lustbarkeitsabgabe bei Bällen, jetzt sind wir bei 11 %. Auch diese 11 %, die wir jetzt beschließen werden, denke ich mir, ist eine gute Sache in Richtung Transparenz. Weil ursprünglich wären wieder unterschiedliche Prozentsätze, je nach Veranstaltung, gewesen. Und jetzt, denke ich mir, ist das sehr klar und transparent mit diesen 11 %. Belebt hoffentlich vielleicht auch die Ballsaison ein bisschen mehr. Und ich bedanke mich bei allen, die bereit waren, hier weiter darüber nachzudenken, was man verbessern kann und vor allem diese Verbesserungsvorschläge auch anzunehmen. Herzliches Dankeschön an alle.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:
Dankeschön. Kollege Kaltenböck, bitte.

GEMEINDERAT MATTHIAS KALTENBÖCK:

Ja, grundsätzlich ist es sehr zu begrüßen, dass man da bei der Lustbarkeitsabgabe eine Vereinfachung des Systems eben jetzt anstrebt und auch verordnen will. Es ist auch sehr gut, dass man Wettterminals, also die Besteuerung von Wettterminals und die Automatenabgabe ans obere Limit, das eben das Land vorgibt, hier ansetzt. Das ist sehr gut, auch wenn man natürlich da vielleicht noch anmerken kann, dass auch mehr Geld in Prävention...in die Prävention von Spielsucht gesteckt werden sollte, wenn schon die Abgabe hier ans obere Ende angelegt wird. Was mich persönlich noch etwas stört ist, dass ausgenommen von der Lustbarkeitsabgabe auch Veranstaltungen, die dem kirchlichen Zweck dienen, sind. Weil meiner Meinung nach ergibt sich... also, welcher Grund für diese Ausnahme besteht, verschließt sich mir. Es ist klar, dass für wohltätige Zwecke, dass für Sportveranstaltungen keine Lustbarkeitsabgabe anfallen soll, das ist auch sehr sinnvoll. Aber warum soll für kirchliche Zwecke die Lustbarkeitsabgabe ausfallen, wenn die...wenn eine Kirche eine Veranstaltung ausrichtet und den Gewinn, die Einnahmen an spendet...an einen wohltätigen Zweck zuführt, ist es ja wieder ausgenommen. Was ich dann sehr komisch finde ist, dass das Kino...Kinoveranstaltungen befreit sind, allerdings private, unsubventionierte Theater Vorstellungen, Konzerte beziehungsweise Vorlesungen und Vorträge aber mit einer Lustbarkeitsabgabe von 11 % besteuert werden. Warum das so ist, verschließt sich meiner Meinung nach an mir etwas. Vor allem geht es mir darum oder auch uns als Grüne darum, dass dann kleine Konzerte in Beisln, in kleinen Bars, von dieser Lustbarkeitsabgabe betroffen sind. Und das sollte ja nicht im Sinne einer Kulturförderung sein, dass man kleine Initiativen, die keine Subvention von der Stadt bekommen, hier zusätzlich belastet.

Unverständliche Zwischenmeldung von StR. Mayrhofer

GEMEINDERAT MATTHIAS KALTENBÖCK:

Ja, nicht zusätzlich belastet aber eben trotzdem noch eine Lustbarkeitsabgabe hat.

STADTRAT KOMMR GUNTER MAYRHOFER:

Unverständlicher Zwischenruf bisher

GEMEINDERAT MATTHIAS KALTENBÖCK:

Natürlich ist es gesenkt worden von 25 auf 11 das ist mir schon bewusst. Trotzdem ist es, finde ich es nicht sehr schlüssig; warum da trotzdem noch der Unterschied besteht.

STADTRAT KOMMR GUNTER MAYRHOFER:
Die Schlüssigkeit fehlt mir auch bei der Kirche.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:
Bitte; gibt's noch eine Wortmeldung? Dem ist nicht der Fall. Bitte Schlusswort.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:
Abstimmung.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:
Gibt es eh keines. Dann ersuche ich... der Antrag lautet, dass sozusagen mit der Beifügung dieser drei Worte im Bereich des § 3 Absatz 2 bezüglich Spielautomaten und Wettterminals, dass man im Sinne dieses Abänderungsantrages, den der Herr Bürgermeister gestellt hat, darüber abzustimmen. Wer damit einverstanden ist, bitte ein Zeichen mit der Hand. Ist jemand dagegen? Stimmenthaltungen? Einstimmige Annahme.

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen:
Der Antrag wurde **einstimmig angenommen**.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:
Danke. Nächster Tagesordnungspunkt bitte.

9) SBS-83/15 **Novellierung der Abfallgebührenordnung der Stadt Steyr.**

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:
Novellierung der Abfallgebührenordnung der Stadt Steyr. Wir erhöhen um einen Prozent ab 2016, dient im Endeffekt den gestiegenen Kosten. Die Stadtbetriebe Steyr haben in der Aufsichtsratssitzung am 5. September diese Erhöhung einstimmig beschlossen und diese Gebührenerhöhung steht hier zur Beschlussfassung an.

Der Gemeinderat möge beschließen:
Aufgrund des Amtsberichtes der Stadtbetriebe Steyr GmbH vom 17.11.2015 wird die in der Anlage beigeschlossene Novelle der Abfallgebührenordnung der Stadt Steyr genehmigt. Diese Verordnung tritt mit 1. 1. 2016 in Kraft. Die Kundmachung hat gemäß § 65 Abs. 1 des Statutes der Stadt Steyr, LGBl. Nr. 9/1992 i.d.g.F, durch zweiwöchigen Anschlag an den Amtstafeln der Stadt Steyr zu erfolgen.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:
Gibt's dazu... bitte Kollege Zöttl.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. HELMUT ZÖTTL:
Sehr geehrte Damen und Herren. Wir beschließen ja mit diesem und den nächsten drei Punkten Tarif- und Gebührenanhebungen. Und es wird argumentiert mit der Mindestgebührensatzung. Wir haben sich das natürlich auch nicht leicht gemacht und wir haben uns das sehr genau angesehen. Es ist nämlich auch auf der Seite des Landes Oberösterreich nachzulesen, dass in der Festlegung der Höhe der Gebühren die Gemeinden relativ frei sind. Mit einigen Ausnahmen, die dann unten beschrieben werden, sozusagen die auch mit den Förderrichtlinien des Landes Oberösterreich in Verbindung gebracht werden und Landesförderungen an diese Mindestgebühren geknüpft werden. Ich habe da jetzt aber nur die Kanalanschluss- und Kanalbenutzungsgebühren gefunden. Ich nehme an, dass das für die Wasser für die nächsten Punkte Wasser-, Abfall- und der Kanalanschlussgebühren deto gelten wird, und unsere Meinung ist die...

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Beim Abfall nicht.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. HELMUT ZÖTTL:

Abfall nicht. Okay, nein, aber kann man dann trotzdem schon mit anschließen, dass hier eigentlich mehr oder weniger der Druck vom Land auf die Gemeinden weitergeht und diese Festlegung der Gebühren de facto eigentlich nicht frei sind, so wie es hier steht. Und wir haben ja schon im Hinblick auf das Budget, das wir auch nachher noch beschließen für 2016, sehen wir ja schon, dass wir gegenüber dem Land bei den Transferzahlungen 16 Millionen Euro Differenz haben, wovon das um 1 Million zu Ungunsten der Stadt gestiegen ist. Und wir sozusagen hier den Druck der entsteht an die Bürger, den sollten wir an die Bürger weitergeben und wir sind einfach nicht der Meinung, dass wir das machen sollten oder tun, sofern diese Bereiche Gewinne erwirtschaften. Und wir haben, wie gesagt, wir verstehen die Überlegungen, aber wir werden in diesem und den nächsten fünf...vier...drei Punkten nicht zustimmen.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Okay. Sonst noch eine Wortmeldung? Dem ist nicht der Fall. Dann ersuche ich um Beschlussfassung der Novellierung der Abfallgebührenordnung. Wer damit einverstanden ist, bitte ein Zeichen mit der Hand. Wer ist dagegen? Stimmenthaltungen? Keine. Mit Mehrheit wurde der Antrag angenommen.

Bei der Abstimmung nicht anwesend: 2
GRⁱⁿ Birgit Schörkhuber, BEd,
GR Kurt Prack

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen:
Der Antrag wurde wie folgt **angenommen**.

Anwesende Gemeinderäte: **33**

Zustimmung: **18**

SPÖ 15 – (Bgm. Gerald Hackl, Vbgm. Wilhelm Hauser, Vbgm.ⁱⁿ Ingrid Weixlberger, StR Dr. Michael Schodermayr, GR Rudolf Blasi, GRⁱⁿ Helga Feller-Höller, GRⁱⁿ Rosa Hieß, GR Ing. Franz-Michael Hingerl, GR Thomas Kaliba, GRⁱⁿ Mag. Barbara Kapeller, GRⁱⁿ Heidemarie Kloiber, GR Rudolf Schröder, GR Mag. Erwin Schuster, GRⁱⁿ Silvia Thurner, GRⁱⁿ Anneliese Zimmermann)

GRÜNE 3 – (GR Matthias Kaltenböck, GRⁱⁿ Maria Lindinger, GRⁱⁿ Natascha Payrleithner)

Gegenstimmen: **15**

FPÖ 10 – (Vbgm. Dr. Helmut Zöttl, StR Dr. Mario Ritter, GRⁱⁿ Michaela Greinöcker, GR Josef Holzer, GRⁱⁿ BA (FH) Evelyn Kattnigg, GR David König, GR Lukas Kronberger, GR Uwe Pichler, GR Arno Thummerer, GR Ing. Wolfgang Zöttl, BEd)

Bündnis ÖVP-Bürgerforum 4 – (GR Ing. Thomas Schurz, GRⁱⁿ MMag. Michaela Frech, GR Florian Schauer, GRⁱⁿ Ursula Voglsam)

NEOS 1 – (GR Pit Freisais)

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:
Nächster Tagesordnungspunkt. Bitte.

10) SBS-84/15

Städt. Wasserversorgung – Wassergebührenänderung zum 1. 1. 2016.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Städtische Wasserversorgung, Wassergebührenänderung zum 1.1.2016, eine Indexanpassung, wie schon...ist ja schon erwähnt worden. Mindestanschlussgebühren sind festgelegt und ab 1. Jänner 2016 soll die Mindestanschlussgebühr um 1,21 % erhöht werden. Das macht die Summe von 1.922 Euro exkl. USt. aus. Und die Mindestbenutzungsgebühr soll steigen von 1,45 auf 1,47 exkl. Umsatzsteuer. Wie gesagt Verordnung und die Mindestgebühr wurde vom Land Oberösterreich festgesetzt. Ich ersuche um Beschlussfassung.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Stadtbetriebe Steyr GmbH vom 17.11.2015 wird der Erhöhung der Mindestanschlussgebühren, der Wasserbezugsgebühr sowie der Änderungen in § 9 (Entfall der Gebühr für Zähler ohne Funkeinrichtung) entsprechend der beiliegenden Verordnung zum 1.1.2016 zugestimmt.

Diese Verordnung tritt am 1.1.2016 in Kraft und wird gem. § 65 Abs. 1 StS 1992 durch zweiwöchigen Anschlag an den Amtstafeln der Stadt Steyr kundgemacht.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Gut. Eine Wortmeldung? Dem ist nicht der Fall. Wer mit dem Antrag einverstanden ist, bitte ein Zeichen mit der Hand. Wer ist dagegen? Stimmenthaltungen? Keine. Mit Mehrheit angenommen.

*Bei der Abstimmung nicht anwesend: 1
GR Kurt Prack*

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen:
Der Antrag wurde wie folgt **angenommen**.

Anwesende Gemeinderäte: **34**

Zustimmung: **23**

SPÖ 16 – (Bgm. Gerald Hackl, Vbgm. Wilhelm Hauser, Vbgm.ⁱⁿ Ingrid Weixlberger, StR Dr. Michael Schodermayr, GR Rudolf Blasi, GRⁱⁿ Helga Feller-Höllner, GRⁱⁿ Rosa Hieß, GR Ing. Franz-Michael Hingerl, GR Thomas Kaliba, GRⁱⁿ Mag. Barbara Kapeller, GRⁱⁿ Heidemarie Kloiber, GRⁱⁿ Birgit Schörkhuber, BEd, GR Rudolf Schröder, GR Mag. Erwin Schuster, GRⁱⁿ Silvia Thurner, GRⁱⁿ Anneliese Zimmermann)

Bündnis ÖVP-Bürgerforum 4 – (GR. Ing. Thomas Schurz, GRⁱⁿ MMag. Michaela Frech, GR Florian Schauer, GRⁱⁿ Ursula Voglsam)

GRÜNE 3 – (GR Matthias Kaltenböck, GRⁱⁿ Maria Lindinger, GRⁱⁿ Natascha Payrleithner)

Gegenstimmen: **11**

FPÖ 10 – (Vbgm. Dr. Helmut Zöttl, StR Dr. Mario Ritter, GRⁱⁿ Michaela Greinöcker, GR Josef Holzer, GRⁱⁿ BA (FH) Evelyn Kattnigg, GR David König, GR Lukas Kronberger, GR Uwe Pichler, GR Arno Thummerer, GR Ing. Wolfgang Zöttl, BEd)

NEOS 1 – (GR Pit Freisais)

11) GemKan-26/98 Novellierung der Kanalbenutzungsgebührenordnung der Stadt Steyr.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Nächster Punkt Kanalbenutzungsgebührenordnung. Das selbe Prozedere, die selbe Ausgangsbasis. Es geht um Indexerhöhungen, es geht um Mindestgebührensätze. Erhöht werden soll von Euro 3,54/m³ auf Euro 3,61/m³ ohne Umsatzsteuer. Ich ersuche um Beschlussfassung.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Steuerangelegenheiten vom 23. November 2015, wird die in der Anlage beigeschlossene Novellierung der Kanalbenutzungsgebührenordnung der Stadt Steyr, genehmigt.

Diese Verordnung tritt mit 1.1.2016 in Kraft. Die Kundmachung dieser Verordnung hat gemäß § 65 Abs. 1 des Statutes der Stadt Steyr, LGBl. Nr. 9/1992 i.d.g.F., durch zweiwöchigen Anschlag an den Amtstafeln der Stadt Steyr, zu erfolgen.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Auch nicht der Fall. Wer ist gegen diesen Antrag? Gibt's Stimmenthaltungen? Dem ist nicht der Fall. Mit Mehrheit wurde dieser Antrag angenommen.

Bei der Abstimmung nicht anwesend: 1

GR Kurt Prack

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen:

Der Antrag wurde wie folgt **angenommen**.

Anwesende Gemeinderäte: **34**

Zustimmung: **23**

SPÖ 16 – (Bgm. Gerald Hackl, Vbgm. Wilhelm Hauser, Vbgm.ⁱⁿ Ingrid Weixlberger, StR Dr. Michael Schodermayr, GR Rudolf Blasi, GRⁱⁿ Helga Feller-Höller, GRⁱⁿ Rosa Hieß, GR Ing. Franz-Michael Hingerl, GR Thomas Kaliba, GRⁱⁿ Mag. Barbara Kapeller, GRⁱⁿ Heidemarie Kloiber, GRⁱⁿ Birgit Schörkhuber, BEd, GR Rudolf Schröder, GR Mag. Erwin Schuster, GRⁱⁿ Silvia Thurner, GRⁱⁿ Anneliese Zimmermann)

Bündnis ÖVP-Bürgerforum 4 – (GR. Ing. Thomas Schurz, GRⁱⁿ MMag. Michaela Frech, GR Florian Schauer, GRⁱⁿ Ursula Voglsam)

GRÜNE 3 – (GR Matthias Kaltenböck, GRⁱⁿ Maria Lindinger, GRⁱⁿ Natascha Payrleithner)

Gegenstimmen: **11**

FPÖ 10 – (Vbgm. Dr. Helmut Zöttl, StR Dr. Mario Ritter, GRⁱⁿ Michaela Greinöcker, GR Josef Holzer, GRⁱⁿ BA (FH) Evelyn Kattnigg, GR David König, GR Lukas Kronberger, GR Uwe Pichler, GR Arno Thummerer, GR Ing. Wolfgang Zöttl, BEd)

NEOS 1 – (GR Pit Freisais)

12) GemKan-27/97 Kanal-Anschlussgebührenordnung; Änderung zum 1. Jänner 2016.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Die nächste Gebühr - Kanal-Anschlussgebührenordnung, Änderung zum 1. Jänner 2016 von 22,20/m², Kanalneubaugebiet auf 22,40 und von Kanalaltbaugebiet von 14,10/m² auf 14,20. Das ist eine Wertsteigerung um 0,71 % und ich ersuche um Beschlussfassung.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Bau-, Anlagen- und Wasserrecht vom 20.11.2015 wird die in der Anlage beigeschlossene Verordnung betreffend die Änderung der Kanal-Anschlussgebührenordnung der Stadt Steyr genehmigt.

Die Verordnung tritt am 1. Jänner 2016 in Kraft und ist durch zweiwöchigen Anschlag an den Amtstafeln der Stadt Steyr kundzumachen.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Auch dieser Antrag wurde gehört. Gibt's dazu eine Wortmeldung? Dem ist nicht der Fall. Dann ersuche ich um Beschlussfassung. Wer ist gegen diesen Antrag? Stimmenthaltungen? Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen.

*Bei der Abstimmung nicht anwesend: 1
GR Kurt Prack*

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen:
Der Antrag wurde wie folgt **angenommen**.

Anwesende Gemeinderäte: **34**

Zustimmung: **23**

SPÖ 16 – (Bgm. Gerald Hackl, Vbgm. Wilhelm Hauser, Vbgm.ⁱⁿ Ingrid Weixlberger, StR Dr. Michael Schodermayr, GR Rudolf Blasi, GRⁱⁿ Helga Feller-Höller, GRⁱⁿ Rosa Hieß, GR Ing. Franz-Michael Hingerl, GR Thomas Kaliba, GRⁱⁿ Mag. Barbara Kapeller, GRⁱⁿ Heidemarie Kloiber, GRⁱⁿ Birgit Schörkhuber, BEd, GR Rudolf Schröder, GR Mag. Erwin Schuster, GRⁱⁿ Silvia Thurner, GRⁱⁿ Anneliese Zimmermann)

Bündnis ÖVP-Bürgerforum 4 – (GR. Ing. Thomas Schurz, GRⁱⁿ MMag. Michaela Frech, GR Florian Schauer, GRⁱⁿ Ursula Voglsam)

GRÜNE 3 – (GR Matthias Kaltenböck, GRⁱⁿ Maria Lindinger, GRⁱⁿ Natascha Payrleithner)

Gegenstimmen: **11**

FPÖ 10 – (Vbgm. Dr. Helmut Zöttl, StR Dr. Mario Ritter, GRⁱⁿ Michaela Greinöcker, GR Josef Holzer, GRⁱⁿ BA (FH) Evelyn Kattnigg, GR David König, GR Lukas Kronberger, GR Uwe Pichler, GR Arno Thummerer, GR Ing. Wolfgang Zöttl, BEd)

NEOS 1 – (GR Pit Freisais)

13) Fin-238/15 Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft der Stadt Steyr, GmbH (GWG); Anpassung der Gesellschafterstruktur.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

In meinem nächsten Tagesordnungspunkt geht es um eine Konstruktion, um nicht zu viel Steuern zu zahlen. Die GWG, unsere Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft, läuft Gefahr, in dem ein Gesetz geändert wurde, dass man für alle Anteile und für alle Grundstücke, die man besitzt, dann mehr Steuern zahlen muss. Wir haben bisher schon eine Konstruktion gehabt, die, möchte ich betonen, natürlich legal ist, dass man das umgehen kann. Weil wo kämen wir

hin, dass eine Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft auf einmal dann, weil Transaktionen stattfinden, für alle Grundstücke oder Immobilien die sie besitzt, dann auch noch Steuern zahlen muss. Durch diese Verschärfung des Gesetzes, durch dieses Steuerreformgesetz 2015/16, muss man die Eigentümerschaft mindestens zu 95 % an jemand anderen übertragen. Da genügen nicht mehr 2 oder 3 %. Diese Konstruktion, die wir mit der Steuerberatungskanzlei Schwarz-Kallinger erarbeitet haben, zeigt diesen Weg auf, mit dem wir gehen sollen, um auf Nummer sicher zu gehen. Und ich ersuche entsprechend dem Inhalt des Amtsvorschlages hier die Beschlussfassung durchzuführen.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des vorstehenden Amtsberichtes des Geschäftsbereiches für Finanzen vom 26.11.2015 wird der Abtretung eines Gesellschaftsanteiles in der Höhe von 5,8 % an der Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft der Stadt Steyr, GmbH (GWG) an den Sparkassenfonds Steyr zum Preis von € 2.175,-- zugestimmt und der beiliegende Abtretungsvertrag genehmigt.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Gut, der Antrag wurde gehört. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Dem ist nicht der Fall. Wer ist für diesen Antrag? Gibt es Gegenstimmen dazu? Stimmenthaltungen? Einstimmig angenommen.

*Bei der Abstimmung nicht anwesend: 1
GRⁿ Michaela Greinöcker*

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen:

Der Antrag wurde **einstimmig angenommen**.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Nächster Antrag bitte.

14) ÖAG-19/15

Abschluss eines Kaufvertrages zwischen dem Verein „Forschungs- und Ausbildungszentrum für Arbeit und Technik – FAZAT“ und der FH OÖ Immobilien GmbH über die Baurechtseinlagen EZ 2639 und EZ 2700 je Grundbuch 49233 Steyr, unter Beitritt der Stadt Steyr und Abgabe eines Angebotes gegenüber der FH OÖ Immobilien GmbH.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Nächster Antrag, Abschluss eines Kaufvertrages zwischen dem FAZAT, der Fachhochschulen Immobilien GmbH, und der Stadt Steyr als Baurechtseinlagenbesitzer. Das Baurecht sollen wir übertragen. Es gibt, wie sie wissen, ja eine Kaufvereinbarung zwischen der Fachhochschulen Immobilien GmbH, und dem FAZAT. Die Stadt Steyr als Baurechtsträger von dieser...von diesem Gebäude muss hier im Endeffekt mitzeichnen, mitstimmen. Eine Reihe von juristisch notwendigen Schritten sind dazu notwendig. Im Endeffekt geht's auch um die Verlängerung des Baurechtes die wir oder der wir zustimmen müssen. Der Amtsbericht gibt erschöpfend Auskunft darüber über die verschiedenen Konstruktionen, die notwendig sind, um das zu ermöglichen, was wir alle wollen, dass die Fachhochschulen Immobilien GmbH vom FAZAT dieses Gebäude kaufen kann und dass der Grund weiterhin uns gehört. Und im Endeffekt wir das Baurecht auf längere Zeit einfach nur vergeben. Irgendwann fällt alles dann an die Stadt zurück, da werden wir nicht mehr dabei sein.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des vorstehenden gemeinsamen Amtsberichtes des Geschäftsbereiches für Finanzen und der Fachabteilung für Privatrechtsangelegenheiten vom 25.11.2015 wird dem zwischen dem Verein "Forschungs- und Ausbildungszentrum für Arbeit und Technik - FAZAT"

und der FH OÖ Immobilien GmbH abzuschließenden und dem Amtsbericht beigeschlossenen Kaufvertrag unter Beitritt der Stadt Steyr insofern genehmigt, als die Bestimmungen dieses Kaufvertrages die Stadt Steyr betreffen.

Weiters wird die Abgabe eines Angebotes der Stadt gegenüber der FH OÖ Immobilien GmbH auf Einräumung des Rechtes zur Verlängerung der bestehenden Baurechte ebenfalls entsprechend dem beigeschlossenen Vertragsentwurf zugestimmt.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Der Antrag wurde gehört. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Dem ist nicht der Fall. Wer also zu diesem Antrag die Zustimmung erteilt, bitte ein Zeichen mit der Hand. Ist jemand dagegen? Stimmenthaltung? Danke, einstimmig angenommen. Nächster Tagesordnungspunkt.

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen:

Der Antrag wurde **einstimmig angenommen**.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Nächster Tagesordnungspunkt.

15) Präs-377/15 Förderung der Gemeinderätinnen und Gemeinderäte und Fraktionsförderung 2016-2021.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

In meinen nächsten Tagesordnungspunkt...Antrag, dass wir die Förderung für die Gemeinderätinnen und Gemeinderäte und die Fraktionsförderung hier beschließen. Eine neue Form, die nur deswegen neu ist, weil die bisher geltenden Parteienförderungen auf andere Beine gestellt wurden. Das System wurde verändert. Wir haben im Endeffekt hier im Gemeinderat ungefähr 192.000 Euro jedes Jahr ausbezahlt an Parteiförderungsmitteln. Die Parteiförderungsmittel wurden von den einzelnen Parteien für Fraktionsarbeit aufgeteilt, für die Arbeit der Gemeinderäte aufgeteilt und für Parteiarbeit. Da dieses System jetzt geändert wurde mit 1.1.2016, so nicht mehr läuft, bekennen wir uns dazu und so geht auch dieser Antrag in diese Richtung. Die Fraktionen haben sich verständigt, dass man für die Fraktionsarbeit auch Gelder der Stadt zu Verfügung stellt und zwar in Höhe von der Gesamtsumme 114.000. Das System, wie sich das errechnet, dass man auf diese Summe kommt und im Endeffekt auch entsprechend der Mandatstärke abstuft zwischen den Fraktionen, das liegt Ihnen vor. Ich glaube wir tun gut daran, hier ein bisschen Geld weiterzuverwenden für die Fraktionsarbeit. Es geht nicht nur darum, dass man da im Endeffekt auch die Möglichkeit hat, auch zu spenden und, ja, im Endeffekt ja auch gesellschaftlich tätig zu sein, sondern es geht auch darum, dass man sich weiterbildet, es geht auch darum, dass man Seminare besuchen kann, Kommunikationstechniken lernen kann und, und, und - es geht um Fortbildung. Ich habe heute noch ein bisschen geschaut, weil...weil in einer Zeitung gestanden ist, wenn man diese Summe pro Gemeinderat dividiert, dann hat man was weiß ich wie viele tausend Euro für Bierspenden zur Verfügung. Also, so ist es natürlich nicht. Wenn einer meint, er kann's oder möchte so viel Bier spenden, dann ist ihm das unbenommen. Aber ich habe heute nur geschaut, was zum Beispiel ein Zwei-Tages-Seminar kostet, was einen vielleicht interessieren könnte, auch als politisch interessierter Mensch oder als Mandatar dieser Stadt. Das Controlling, diese Tagung, die hier jedes Jahr in der Stadt Steyr stattfindet, die der Professor Losbichler macht, hätte mich und hat mich schon immer interessiert, ich hab's nur noch nicht geschafft. Und wenn das vielleicht wen anderen auch interessieren könnte als Gemeinderat, dann hat er in Zukunft die Möglichkeit, dass er das auch tun kann. Und nur alleine diese zweitägige Veranstaltung, wenn man sich die leisten will oder könnte oder sollte oder möchte, ja, dann bedarf es einer Finanzierung von fast 1.400 Euro. Das ist nur das eine. Und wenn ich sage, ich möchte vielleicht einmal...irgendeiner von ihnen möchte ein Kommunika-

tionstraining machen, vielleicht fährt er einmal nach Linz zwei Tage, politische Bildung, da gibt's ja viele, viele Möglichkeiten, das zu tun. Und dann gibt's eine...ja, eine Buchungsgebühr, eine Seminargebühr von ein paar hundert Euro und dann rechnen wir noch die Fahrt dazu und eine Übernachtung oder zwei. Also, in dieser Relation muss man das auch sehen. Die Stadt Steyr unterstützt die politische Tätigkeit ihrer Fraktionen und Gemeinderäte mit in Summe 114.000 Euro. Das ist, glaube ich etwas, was man auch öffentlich klar und deutlich sagen kann. Wir befinden uns im Vergleich mit anderen Städten in einem sehr, sehr bescheidenen Ausmaß und das steht hier zur Diskussion und auch zur Abstimmung.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Entsprechend den Ausführungen im Amtsbericht der FA für Präsidiales und Bürgeranwalt wird den im Gemeinderat vertretenen Wahlparteien ein finanzieller Beitrag für die Tätigkeit im Gemeinderat für die Dauer der aktuellen Funktionsperiode des Gemeinderats nach Maßgabe der budgetären Deckung gewährt.

Der Magistrat wird ermächtigt, die Administration und Auszahlung auf VAS 1/000000/757000 durchzuführen. Die erforderlichen Mittel sind in den jährlichen Voranschlägen vorzusehen.

Die bislang jährlich gewährten Schulungsbeiträge für Gemeindefunktionäre sind von dieser Förderung mitumfasst.

Die Subventionsordnung der Stadt Steyr ist auf diese Förderung nicht anzuwenden.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Bitte, Herr Freisais.

GEMEINDERAT PIT FREISAIS:

Liebe Kolleginnen und Kollegen. Oberösterreich hat eine der höchsten Parteiförderungen der Welt. Zusätzlich sind wir als Gemeinderäte mit unseren Bezügen in einer Statutarstadt deutlich im Vorteil im Vergleich zu Gemeinden und anderen Städten, die kein Statut haben. Also, meiner Meinung nach ist es absolut nicht notwendig, dass wir aus der Stadtkassa zusätzlich ein Geld in die Hand nehmen, dass wir uns da Förderungen ausschütten. Gerade in Zeiten, wo das Budget ächzt, wo Gebühren erhöht werden, wo ein jeder schauen muss, dass er den Gürtel enger schnallt, sollten wir mit gutem Beispiel vorangehen und auf so zusätzliche Förderungen verzichten.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Eine weitere Wortmeldung. Dem ist nicht der Fall. Bitte

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Ja, möchte dazu eigentlich eh nur mehr einen Satz dazu sagen. Wir haben, wie ich schon erwähnt habe, bisher 192.000 Euro Politförderung der Stadt Steyr ausbezahlt. Das reduziert sich jetzt auf 114.000. Ich ersuche um Beschlussfassung.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Wer mit diesem Antrag einverstanden ist, bitte ein Zeichen mit der Hand. Ist jemand dagegen? Jemand Stimmenthaltung? Eine Gegenstimme, eine Enthaltung.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Da Schurz.

Bei der Abstimmung nicht anwesend: 2

GR Rudolf Schröder
GRⁱⁿ MMag. Michaela Frech

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen:
Der Antrag wurde wie folgt **angenommen**.

Anwesende Gemeinderäte: **33**

Zustimmung: **31**

SPÖ 15 – (Bgm. Gerald Hackl, Vbgm. Wilhelm Hauser, Vbgm.ⁱⁿ Ingrid Weixlberger, StR Dr. Michael Schodermayr, GR Rudolf Blasi, GRⁱⁿ Helga Feller-Höller, GRⁱⁿ Rosa Hieß, GR Ing. Franz-Michael Hingerl, GR Thomas Kaliba, GRⁱⁿ Mag. Barbara Kapeller, GRⁱⁿ Heidemarie Kloiber, GRⁱⁿ Birgit Schörkhuber, BEd, GR Mag. Erwin Schuster, GRⁱⁿ Silvia Thurner, GRⁱⁿ Anneliese Zimmermann)

FPÖ 10 – (Vbgm. Dr. Helmut Zöttl, StR Dr. Mario Ritter, GRⁱⁿ Michaela Greinöcker, GR Josef Holzer, GRⁱⁿ BA (FH) Evelyn Kattnigg, GR David König, GR Lukas Kronberger, GR Uwe Pichler, GR Arno Thummerer, GR Ing. Wolfgang Zöttl, BEd)

Bündnis ÖVP-Bürgerforum 2 – (GR Florian Schauer, GRⁱⁿ Ursula Voglsam)

GRÜNE 4 – (GR Matthias Kaltenböck, GRⁱⁿ Maria Lindinger, GRⁱⁿ Natascha Payrleithner, GR Kurt Prack)

Gegenstimmen: **1**

NEOS 1 – (GR Pit Freisais)

Stimmenthaltungen: **1**

Bündnis ÖVP-Bürgerforum – (GR. Ing. Thomas Schurz)

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Daher ist der Antrag mit Mehrheit beschlossen. Nächster Tagesordnungspunkt bitte.

16) Fin-100/15 Voranschlag der Stadt Steyr für das Rechnungsjahr 2016.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Der Schwerpunkt dieser heutigen sogenannten Budget-Gemeinderatsitzung ist der Voranschlag der Stadt Steyr für das Rechnungsjahr 2016 und ich möchte dazu folgendes ausführen. Ich hoffe, ich werde nicht zu lang, es geht aber schon um sehr viel Geld, es geht um 140 Millionen. Also, ersuche ich um ein bisschen Geduld, ich möchte schon ein bisschen weiter ausholen. Aber wir haben ja Zeit, es ist erst zehn vor halb fünf - nur wer schon nervös werden könnte. Ja, darf ihnen heute den Voranschlag der Stadt für das Jahr 2016 präsentieren und zu Beschlussfassung vorlegen. Das ist ein Budget sowie die letzten Jahre, das von der Prämisse Sparsamkeit geprägt ist. Es ist aber auch gleichzeitig auch ein Budget, das die Finanzierung jener Projekte sicherstellt, die wir gemeinsam als, die für die positive Weiterentwicklung der Stadt absolut notwendig, ja, unverzichtbar definiert haben. Die Budgeterstellung 2016 erfolgte vor dem Hintergrund einer nur sehr mäßig verlaufenden Konjunktur im zu Ende gehenden Jahr 2015 und relativ verhaltenen Wirtschaftsprognosen für 2016. Und schon von...beim Nachtragsvoranschlag für 2015 haben wir sehr schmerzlich zur Kenntnis nehmen müssen, dass wir auch in Steyr nicht gegen den Strom schwimmen können, leider

Gottes. Wir haben, obwohl wir sechs Jahre wirklich ein Spar- und Effizienzprogramm gefahren sind, wie es ja nur selten irgendwo stattfindet, haben wir es nicht geschafft, als wie im 2015'er Jahr, so wie es bisher üblich war beim Rechnungs...also beim Nachtragsvoranschlag im Endeffekt schon ein bisschen besser werden, sondern wir haben im Endeffekt da noch nachbessern müssen und haben im Endeffekt hier die Kosten erhöhen müssen. Und auch diesen Nachtragsvoranschlag von knapp 5 Millionen auf knapp 6 Millionen nach oben revidieren müssen. Das ist alles andere, denke ich, als motivierend. Ist eher wirklich auch sehr frustrierend, weil wir uns, glaube ich, wirklich nicht vorwerfen müssen, dass wir nicht alles schon probiert haben, nicht an allen Stellschrauben schon gedreht haben. Aber...und die finanzielle Anspannung auch schon sehr hoch ist in unserem Unternehmen und dass wir kaum mehr Möglichkeiten haben, hier gestaltend oder sparend einzuwirken, außer wir nehmen Leistungskürzungen für unsere Bürgerinnen und Bürger vor, und das ist ein Schritt, den wir, davon bin ich überzeugt, nicht wollen - den keiner von uns will. Diesen Schritt, den wollen wir auf keinen Fall setzen, daher werden wir uns auch in Zukunft intensiv darum bemühen, unsere Kosten in den Griff zu behalten, also die Kosten im Griff zu behalten und gleichzeitig hoffen darf man ja, also wir werden hoffen, dass die uns übergeordneten Stellen - also denke der Bund, aber vor allem auch das Land - endlich doch einen gemeinsamen Weg finden, wie sie diese prekäre Konstellation oder Kostensituation der österreichischen Städte und Gemeinden auflösen können. Oder zumindest einen Weg aufzeigen, für eine langfristige Gesundung der Finanzen. Wir selbst können nicht mehr viel dazu beitragen, zumindest aus Steyrer Sicht. Der neue Finanzausgleich und die Verhandlungen dafür haben wir vor wenigen Wochen begonnen. Da wäre wirklich eine Chance dazu, da hätte man die Möglichkeit, die Finanzströme innerhalb der Republik tatsächlich neu zu ordnen und zu gewichten und dieser viel zitierte aufgabenorientierte Finanzausgleich, das wäre schon der Schlüssel für ein neues gerechteres System. Und ich glaube auch, dass der ohne Alternative ist und gerade Städte in der Größenordnung wie Steyr würden und müssen unbedingt von diesem aufgabenorientierten Schlüssel oder Finanzausgleich profitieren, weil wir ja im Endeffekt nicht nur für unsere Einwohner Leistungen erbringen, wir sind ja die Schlüsselstadt, die Bezirksstadt, für eine Stadtregion. Und in diesen Größenordnungen denkt man ja auch, eine Stadtregion von rund 90.000 Einwohnern und dass da im Endeffekt die Ausfinanzierung anders ausschauen müsste, als die bisher ist, ist eigentlich gar keine Frage. Aber so weit sind wir leider noch nicht. Viel mehr stehen wir vor der Aufgabe, ein Budget für das nächste Jahr zu erstellen, einen Finanzrahmen festzulegen, der sämtliche Pflichtausgaben bedeckt, aber auch die sogenannten freiwilligen Leistungen finanziert, der also die Finanzierung sicher stellt für ein Volumen. Und das ist schon keine Kleinigkeit, ein Volumen von mehr als 131 Millionen Euro im ordentlichen Haushalt. Und fast 9 Millionen im außerordentlichen Haushalt. Das ist zusammen mehr als 140 Millionen schwer, ist dieses Budget für 2016. Der Voranschlag in Verbindung mit dem eingebrachten Abänderungsantrag, der zur Beschlussfassung vorliegt, stellt also eine Finanzierung für das nächste Jahr sicher, für 140 Millionen Euro und gleichzeitig, hab's schon gesagt, erfüllt dieser Voranschlag auch die Kriterien der Sparsamkeit, der Zweckmäßigkeit, und erfüllt auch, davon bin ich echt überzeugt, ja, das Kriterium der Konzentration auf das Wichtigste und Wesentliche. Das heißt, das Budget 2016 der Stadt Steyr ist kein Wunschkonzert, es ist vielmehr ein in Zahlen gegossener pragmatischer Ansatz, wie man politische Ziele und Vorhaben auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten seriös finanzieren und somit umsetzen kann. Das Budget für 2016, das kann jeder sehen der darin liest, enthält kein einziges Projekt, von dem wir nicht überzeugt davon sind, dass es sinnvoll ist, dass es nachhaltig ist, dass es eine Wertigkeit besitzt, und wir haben alle Projekte geprüft. Wir haben kein einziges Vorhaben dabei, von dem wir nicht überzeugt sind, dass es auch einen Mehrwert für die Stadt bringt und einen Mehrwert für die Bürgerinnen und Bürger. Auch das ist etwas, was nicht nur das Budget für 2016 auszeichnet. Schon auch...schon auch die letzten Budgets der Stadt ausgezeichnet hat. Wie gesagt, der Voranschlag für 2016 ist kein Wunschkonzert. Trotzdem sind in diesem Budget selbstverständlich nicht nur die Leistungen und Aufgaben finanziell dotiert, die uns als Stadt per Gesetz oder Landesverordnung vorgegeben sind, wir haben im Budget für 2016 natürlich auch die Finanzierung unserer Zukunftsprojekte sichergestellt. Und ich darf hier an erster Stelle die ausgewiesenen Planungskosten für die Aufstiegshilfe Tabor nennen. Ein Projekt, zu dem wir uns überfraktio-

nell bekennen und das wir daher mit Priorität angehen und möglichst rasch zu einem guten Ergebnis bringen wollen. Weiterführen, und das ist uns auch allen ein echtes Anliegen und sehr wichtig, wir haben ja auch das Sonderbudget für den notwendigen Modernisierungsschub in unseren städtischen Schulen, inklusive der EDV und IT Ausstattung, dass wir hier weiter und schneller vorankommen. Und schließlich, um ein drittes Beispiel zu nennen, es gibt ja viele, die ich aufzählen könnte, wollen wir mit einer Erhöhung der Fördermittel für die bereits jetzt subventionierten Steyrer Vereine um 10 % ein klares Signal gerade an diese Zielgruppe richten. Gerade an die Funktionärinnen und Funktionäre, die im Ehrenamt tätig sind, sowie an alle Mitglieder. Wir wollen mit dieser 10%igen Erhöhung zeigen, wie wichtig und bedeutend die Vereinsarbeit in unserer Stadt ist und uns viel wert ist für die gesellschaftliche Entwicklung. Und hier reicht ja die Palette von der Kultur über den Sozialbereich bis hin zum Sport. Natürlich ist ein Budget grundsätzlich ein Zahlenwerk, keine Frage, hab's ja schon gesagt, die darin festgeschriebenen Finanzmittel vermitteln aber, wenn man sie einzeln betrachtet, natürlich und besonders auch, in welche Richtung sich die Stadt entwickelt, was in dieser Stadt Priorität besitzt und welche Grundwerte sich die Politik auf die Fahnen geheftet hat, welchen Grundwerten sich die Politik verpflichtet fühlt. Und das steht in unserer Stadt seit vielen, vielen Jahren außer Frage, dass wir für unsere älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger die bestmögliche Betreuung sicherstellen wollen. Eine Zielvorgabe, die wir... da kann man sich wirklich täglich davon überzeugen, mustergültig erfüllen. Gleichzeitig bekennen wir uns dazu, unseren Bürgerinnen und Bürgern eine moderne städtische Infrastruktur zur Verfügung zu stellen. Die Bandbreite reicht hier von gut funktionierendem öffentlichem Verkehr, über die Versorgung mit einwandfreiem Trinkwasser, wir haben gerade die Gebührenerhöhungen beschlossen, bis hin zur Müllabfuhr. Das ist auch etwas, was so selbstverständlich klingt, aber im Endeffekt nicht selbstverständlich ist. Und nicht zu vergessen, unser umfassendes und professionelles Betreuungsangebot in dieser Stadt für die Steyrer Kinder. Von der Krabbelstube über den Kindergarten und Hort bis hin zur schulischen Nachmittagsbetreuung bieten wir die gesamte Palette, damit den Steyrer Eltern wirklich die Möglichkeit gegeben ist, Beruf und Familie zu vereinen. Und schließlich und zuletzt steht auch ein breitgefächertes Angebot an Sport- und Freizeiteinrichtungen sowie ein attraktives Unterhaltungs- und Kulturangebot zu jenen Assets, die wir in unserer Stadt vorweisen können und die wir gezielt forcieren. Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, wo liegen nun die Schwerpunkte für das Jahr 2016, für das Budgetjahr 2016? Fortgeführt wird das Großkanalprojekt Tabor. Heuer findet ja noch oder ist gerade dabei die Bohrung am Areal der Reh-Villa statt. Im nächsten Jahr 2016 sind die Grabungen in der Kaplangasse vorgesehen, sowie anschließend in der Resthofstraße bis zur Hangkante und dann hinunter zum Steinwändweg. Nicht weniger als 825.000 Euro haben wir dafür für 2016 reserviert. Und damit wird das Großkanalprojekt Tabor, wenn es 2017 endgültig fertiggestellt sein wird, mehr als 3 Mio. Euro gekostet haben. 3 Mio. Euro, meine Damen und Herren, die wir in den Umweltschutz investiert haben. Praktisch unsichtbar, zumindest anschließend nachher vergraben im Erdreich, aber absolut notwendig. Mit rund 1,81 Millionen, also fast 2 Millionen gut dotiert ist 2016 auch wieder der Straßen- und Brückenbau. 500.000 Euro davon haben wir für einen eventuellen Neubau des Rad- und Fußgängerüberganges am Posthofberg reserviert. Das wird uns ja noch kommendes Jahr intensiver beschäftigen. Wir prüfen zwar jetzt noch, vielleicht geht's doch noch einmal mit Aufwand, werden wir schauen, wie hoch der Aufwand sein wird, dass wir ihn doch reparieren. Falls nicht, so wie eigentlich derzeit die Fachleute uns signalisieren, sind einmal 500.000 Euro schon vorgesehen für einen neuen Übergang Posthofstraße. Fortführen werden wir auf alle Fälle auch die Qualitätsoffensive in unseren Pflichtschulen. Das habe ich schon gesagt, zusammen mit den schon bisher jährlich budgetierten Mitteln stehen bis einschließlich 2018 pro Jahr jetzt knapp 1 Million Euro für diese Investitionen in unsere Schulen zur Verfügung. Das ist schon ein sehr ansehnlicher Betrag, da kann man schon etwas tun. Da kann man schon was erneuern, was die letzten Jahre eben nicht möglich war. Aufrecht bleibt natürlich auch die im Budget 2015 erstmals vorgesehene Unterstützung für die Steyrer Studentinnen und Studenten, die an ihrem Studienort studieren und wo wir die Differenz zwischen dem Semesterticket, das sie bezahlen müssten, zum Beispiel in Wien oder Graz, wenn sie dort Hauptwohnsitz gemeldet werden, da gibt es Ermäßigungen, und dem was sie zahlen müssen, wenn sie nicht Hauptwohnsitz

gemeldet sind, weil sie in Steyr sind. Da haben wir uns ja letztes Jahr verständigt, dass wir diese Differenz ausgleichen. Und ich kann ihnen heute die erfreuliche Mitteilung machen, es haben sich im Jahr 2015, wir sind ja schon fast am Ende zumindest die... das Herbstsemester, denke haben alle schon angesucht, 173 Studentinnen und Studenten aus den verschiedensten universitären Städten haben sich diesen Zuschuss geholt. Das ist eine schöne Geschichte. Wir haben dafür knapp 15.000 Euro ausgegeben, aber ich denke es ist wirklich was...da haben wir was...was Gutes unternommen, was auch angenommen wird. Ja, was habe ich noch zu erzählen. Schließlich 2016 ganz neu, zusätzlich im Budget vorgesehen, haben wir eben, und möchte ich nochmal darauf hinweisen, diese 10%ige Erhöhung der Fördermittel für unsere Vereine, wo es wirklich darum geht, auch so eine Art Inflationsabgeltung für die letzten Jahre zu schaffen. Weil wir wissen, dass wir das in den letzten Jahren nicht konnten. Und diesmal wollen wir es tun. Rund 80.000 Euro haben wir dafür vorgesehen für die Steyrer Vereine. Vom Sozialbereich über die Kultur bis hin zum Sport, das ist uns wirklich wichtig. Ja, meine Damen und Herren, darf nun zu den Budgetposten kommen, für die wir als Stadt im kommenden Jahr das meiste Geld ausgeben. Und an erster Stelle, weil bei einem Dienstleistungsunternehmen wie dem Magistrat, sind das natürlich...müssen notgedrungen das die Personalkosten sein. Und die Personalkosten sind mit einem Betrag von 25,29 Millionen Euro budgetiert. Das sind unter 20 % des ordentlichen Haushaltes, genau genommen 19,26, und das ist schon ein sehr guter Wert auch im Vergleich mit allen anderen Städten und Kommunen in dieser Republik. Bei den Personalkosten möchte ich aber nochmal betonen, in diesem sensiblen Bereich ist es uns schon gelungen in den letzten Jahren, dass wir nachhaltig eingespart haben. Wir haben nachhaltig rund 2 Millionen Euro an Personalkosten reduzieren können, weil wir nicht nachbesetzt haben, weil wir nur dort nachbesetzt haben, wo es unbedingt notwendig war. Im Sozialbereich und im Kindergarten, weil wir de facto eine Aufnahmesperre gehabt haben in den letzten sechs Jahren, und wir haben sie eigentlich auch heute noch, wir nehmen nur punktuell Leute auf. Und das hat uns in die Situation gebracht, dass die Personalkosten überschaubar sind. Trotzdem, jede Erhöhung spüren wir massiv, wir sind ein Dienstleistungsunternehmen. 80 Prozent der Beschäftigten in dieser Stadt sind in der Dienstleistung tätig und jede Erhöhung in der Dienstleistung kostet uns sehr viel Geld. Wir haben es gehört zum Beispiel in der...in der Pflege. Wofür geben wir als Stadt noch sehr viel Geld aus? Für den Krankenanstaltenbeitrag. Aber es ist eine Pflichtausgabe, wir bekommen vom Land Oberösterreich eine Rechnung geschickt, und für 2016 haben wir eine Rechnung bekommen von nicht weniger als 9,046.200. Das sind neuerlich um über 500.000 Euro mehr als im Vorjahr. Das heißt 9...über 9 Millionen ist der Betrag für den Krankenanstaltenbeitrag. Und da ist im Endeffekt schon eine Kostendämpfung eingerechnet. Die letzten zwei Jahre sind die Steigerungen fast nicht mehr...haben nicht mehr stattgefunden. Die Krankenanstaltenreform des Landes Oberösterreich hat gegriffen, 2 Jahre. Wir haben auch auf einem extrem hohen Niveau jetzt eine Stagnation gehabt und jetzt geht's wieder weiter lustig drauf los. 5,5 % Steigerung sind das. 500.000 - eine halbe Million Euro, bekommst du eine Rechnung, das kostet's. Und wie gesagt, das kostet's ja tatsächlich. Es ist ja nicht so, dass da dieses Geld, das wir und alle anderen Gemeinden im Endeffekt auch leisten, dass das irgendwo verschwindet im Nirwana oder dass sich's irgendwer auf die hohe Kante legt. Das wird auch tatsächlich gebraucht. Die Medizin wird teurer, die Ärztegehälter sind gestiegen und, und, und. Aber wir sind am Limit. Wir können in Wahrheit diesen Betrag nur mit ärgsten...ja weiß ich nicht wie. Im Endeffekt können wir diese Summe kaum mehr aufbringen und da denke ich wird's wirklich Zeit, dass man eine Lösung findet. Wie immer die aussieht. Klar ist, dass die Städte und Kommunen diese Beträge auf Dauer nicht zahlen können. Irgendwer muss sich was einfallen lassen. Ich kann nur sagen, das Land Oberösterreich...das Land Oberösterreich...das Land Oberösterreich belastet die Kommunen zu 100 %. Das Land Steiermark hat zum Beispiel überhaupt keinen Krankenanstaltenbeitrag. Da zahlen die Kosten in den Krankenhäusern für die Krankenanstalten überhaupt das Land Steiermark. Kann sein, dass das Land Steiermark deswegen noch mehr Schulden hat, wie das Land Oberösterreich. Ich weiß es nicht, aber Faktum ist es, dass es in Oberösterreich zu zahlen ist und wir im Endeffekt einen unglaublichen Beitrag dazu leisten müssen. Der nächste sehr große Budgetposten – Jugendwohlfahrt, wie immer. Auch etwas, wo man sagt, notwendig, alternativlos. Die Betreuung ist notwendig, wir haben die Kinder,

die in desolaten Verhältnissen, müssen betreut werden. Es gibt die ambulante Betreuung, es gibt die Heimunterbringung, die extrem steigt und extrem teuer ist. Wir haben auch hier Steigerungsraten wieder, Jahressteigerungen von 6,3 %. Das heißt, wenn man schaut, wie wir sparen müssen oder wie unsere Einnahmen steigen, dann sind aber bei den Kosten, dass wir da nur von 5, 6 und 8 % reden. Das kann sich nicht ausgehen im Endeffekt auf null. Und das ist in Wahrheit, ja das Dilemma. 4,7 Millionen Euro nur für Kosten Jugendwohlfahrt. Wofür wir es ausgeben, habe ich schon gesagt. Wenn wir uns noch mehr schrecken wollen, wir haben eine Steigerung im Bereich der Jugendwohlfahrt von 2002 – 2016, überschaubarer Zeitraum, eigentlich von 115 %. Also eine völlig andere Welt gewesen 2002, wie wir sie heuer oder auf 2016 vorfinden. Wir kommen zur Kinderbetreuung - wo ich gesagt habe, Stadt Steyr vorbildliche Kinderbetreuung. Wir haben alles, was man braucht, was man auch anbieten kann als...als Stadt mit Infrastruktur, damit man Beruf und Familie vereinbaren kann. Gerade auch für die Frauen. Das kostet aber natürlich Geld. 4,7 Millionen Euro wendet die Stadt Steyr 2016 für die Kinderbetreuung in städtischen wie auch in den privaten Kindergärten, Horten und Krabbelstuben auf, fast 5 Millionen Euro. 1,7 Millionen, das ist ja wirklich eher diese Groteske dabei, sind alleine die Mehrkosten, die der Stadt Steyr durch den Gratis- Kindergarten entstanden sind. Und ich werde nicht müde, das wieder zu wiederholen. Manche haben's vielleicht noch nicht gehört. Der Gratiskindergarten, der 2009 vom Land Oberösterreich eingeführt wurde, einstimmiger Beschluss im Land Oberösterreich, damit da kein falscher Eindruck entsteht, Wahlen standen vor der Tür. Es hat geheißen, jenen Städten und Gemeinden, die schon eine gut ausgebaute Kinderbetreuung haben, wird das gar nichts mehr kosten. Und die Stadt Steyr hat eine sehr gute ausgebaute Betreuungseinrichtung gehabt. Mehrkosten...Mehrkosten 1,7 Millionen Euro durch den Gratiskindergarten. Ja, so schaut die Welt leider aus. Weiterer sehr hoher Budgetansatz betrifft den Bereich der Sozialhilfe, jetzt einmal noch ohne Altenheime. Wir haben im Bereich der Sozialhilfe neuerlich mehr budgetiert, und zwar 4,2 Millionen Euro statt knapp über 4 Millionen. Das führt... das ist vor allem auf die steigende Anzahl der Anspruchsberechtigten aus der Mindestsicherung zurückzuführen, das ist so. Die Arbeitslosigkeit steigt, das spüren wir auch in der Stadt, das spüren wir auch im Sozialbereich, da erhöhen sich die Kosten. Die Kosten sind im Bereich der Sozialhilfe in den letzten 14 Jahren wieder, 2002 bis 2016, um 146 % gestiegen. Also, da wird einem ganz Angst und Bang. Letztes Beispiel für die ganz großen Budgetbrocken wären wir beim Bereich Altenpflege, mit unseren Alten- und Pflegeheimen. Wir haben zuerst gerade die Tarife diskutiert. Altenpflege sowie die mobile Heim- und Hauskrankenpflege, knapp 10 Millionen Euro die Kosten, die wir veranschlagen müssen für 2016. Und das ist neuerlich, und da wären wir wieder bei Kostensteigerung, das ist neuerlich fast um 1 Million Euro mehr als im Vorjahr. Eine Million Euro, die nimmst du nirgends zusätzlich ein. Da können wir dann noch sagen, da lassen wir vielleicht die eine Gebühr auch noch weg. Und wie gesagt, das ist so und das kostet es auch. Und im Endeffekt die Qualität ist ja auch die...ist dementsprechend. Nur, wie wir im Endeffekt, also auf Sicht finanzieren wollen, generell in ganz Österreich, weiß ich nicht. Weil das ist ja...sind ja Kosten, die trotz Pflegefonds da sind, und da sind ja dann zum Teil ja die Beiträge schon abgerechnet, die die Menschen, die in den Heimen sind, ohnehin leisten. Persönliche Bemerkung vielleicht zu diesen Thema, ich kann mir überhaupt nicht vorstellen, dass wir in Österreich zu einer Lösung kommen, dass man das Thema irgendwann ausfinanziert, wenn es nicht eine Pflegeversicherung gibt. Also, ohne eine Pflegeversicherung, wo jemand verpflichtet einzahlen muss, je nach seinen finanziellen Möglichkeiten, so wie wir es auch bei der Krankenversicherung oder was hat, wenn das nicht kommt, fahren wir, glaube ich persönlich, ja, sehenden Auges an die Wand. Und da kann man dann, wie wir immer sagen, ja eigentlich haben wir den Pflegefond und das ist eh kein Problem. Es ist ein riesen Problem der ganzen Republik und alle drehen sich um und sagen, eigentlich ist es eh keines. Also, ich verstehe in dem Punkt überhaupt die Welt nicht, denn das könnte ja doch eine große Koalition machen, dass ich eine Pflegeversicherung einführe. So schwer ist das nicht, was ich gehört habe, die Pläne dafür würde es schon geben, aber das ist eine andere Geschichte. Wir sind das letzte Glied in der Kette, wir können zuerst einmal die Rechnung bezahlen. Ja, meine Damen und Herren, die Aufzählung dieser Bereiche mit überdurchschnittlich erhöhten Steigerungsraten, die könnte ich noch länger fortsetzen. Vielleicht noch ein Stichwort – Chancengleichheitsgesetz - ein riesen Thema, nicht nur

im Land Oberösterreich, wo ebenfalls die Kosten seit Jahren steigen, wo die Bedarfe noch mehr steigen, wie im Endeffekt die Kosten. Mehr als 4,5 Millionen lautet für 2016 die Vorschreibung, die wir als Stadt bekommen haben. Mehr als 4,5 Millionen für das Chancengleichheitsgesetz und wir sind uns gar nicht sicher, hat's ja schon gegeben, ob wir dann nicht 2017 noch eine Nachzahlung haben. Und auch da ganz wichtig zur Klarstellung, ich bekenne mich dazu, dass die Menschen mit Handicap mehr Möglichkeiten bekommen, dass die Wohnmöglichkeiten gerade für diese Menschen im Endeffekt steigen, dass dort investiert wird. Nur muss irgendwer mal sagen, wer das alles zahlen soll. Die Städte und Kommune alleine mit dieser...mit dieser Belastung werden es auf Dauer nicht können, vor allem nicht, wenn wir diese Leistungen noch ausbauen müssen, weil die Bedarfe da sind. Ja, und damit komm ich schon zum schmerzlichsten Finanzthema, wenn ich mich so nach vor handle und immer, und das noch, und das noch, und das noch und wird immer noch dramatischer, ist es auch... ist es auch. Aber es gibt immer noch eine Steigerung. Und da gibt's von mir so heiß geliebten, den Negativsaldo. Das ist jener Betrag, wo man ausrechnen kann jedes Jahr, und das ist belegbar, die Gelder, die wir über's Land Oberösterreich zahlen, und die Summen, die das Land Oberösterreich an die Stadt Steyr überweist. Und man glaubt es gar nicht. Wir haben letztes Jahr schon einen negativ Saldo gehabt von 15,2 Millionen zu Lasten der Stadt, das heißt, 15,2 Millionen pro Jahr zahlen wir ans Land, das Land an uns zurück, und 2016 wird's noch einmal höher. Man glaubt gar nicht, dass es noch zu toppen ist. Aber tatsächlich so, für nächstes Jahr rechnen wir mit einem Negativsaldo, also einem Minus aus dieser Rechnung zu Lasten der Stadt von 5,6... 15,6 - 5 wäre schön- 15,6 Millionen Euro. Unglaublich aber war und du kannst es im Endeffekt nur zur Kenntnis nehmen. Das sind eben Tatsachen und die Realität ist nicht anders. Ich kann's nur, oder wir können's nur immer wieder thematisieren, kritisieren, ans Land herantragen, es geht nicht mehr weiter. Die wissen das auch, aber ich habe nicht das Gefühl, dass sich hier irgend etwas ändert. Zu den Gründen dafür komme ich dann noch ein bisschen später. Denn auch das Land Oberösterreich mit großen finanziellen Problemen zu kämpfen hat. Ja, damit komme ich schon zu den konkreten Budgetzahlen für 2016, wie gesagt. Die Änderungen dieses vorliegenden Abänderungsantrages mitgerechnet weist der ordentliche Haushalt exakt für das Budgetjahr 2016 Einnahmen in der Höhe von 125.903.800 auf, sowie Ausgaben von 131.555.000. Das ergibt einen budgetierten Abgang, also ein für 2016 erwartetes Minus, von 5.651.200. Das ist etwas weniger als der im Nachtragsvoranschlag fürs Budgetjahr, fürs aktuelle 2015, prognostizierte Defizit, da haben wir jetzt drinnen stehen 5,9 Millionen. Da muss man der Ehrlichkeit halber sagen, nur zur Aufklärung quittiert, in dieser...in diesem Abgang von diesen 5,6, von dem ich gesprochen habe für 2016, ist schon eine Sonderdividende der Stadtbetriebe Steyr von 1 Million, die ist da schon abgezogen. Aus diesem Grund schaut das Ergebnis da...oder ist das Minus nicht ganz oder noch höher. So, und wenn wir dann davon ausgehen, dass das Budget 2015 und das Budget 2016 höchstwahrscheinlich so wie in der Vergangenheit am Ende immer deutlich besser ist als das Budget selbst. Es ist aber trotzdem klar, dass wir uns vom ausgeglichenen Haushalt, von dieser schwarzen Null, wo wir eigentlich geglaubt haben, wir kommen in die Nähe, tatsächlich nicht näher herankommen, sondern uns weiter wegbegeben. Das ist traurig. Und das ist auch nur bedingt ein Trost und da komm ich jetzt zum Land Oberösterreich, dass praktisch alle größeren Körperschaften, Städte aber auch vor allem die Bundesländer für 2015 für's aktuelle Budget und besonders auch für 2016 im Verhältnis zur Stadt Steyr wesentlich größere Defizite aufweisen oder ausweisen. Das Land Oberösterreich, nur zur Erinnerung...weiß nicht, wer die Zeitung gelesen hat, das Land Oberösterreich rechnet für 2015, als für heuer, jetzt mit einem Defizit in der Höhe von 110 Millionen. Budgetiert hat das Land Oberösterreich für heuer ein Minus von 55 Millionen. Also, das sind 100 % mehr. Aber die sehen Entwicklung, die Kosten laufen davon, die Einnahmen halten damit nicht Schritt und für 2016, ich will da eh nicht in den Wunden auch von der Frau Kattnigg wühlen, aber sie werden das eh nochmal hören, sie haben drei Tage im Landtag Budget. Landesbudget für 2016, Jahresfehlbetrag von 67 Millionen. Ist im Budget ausgewiesen. Der Landesrechnungshof hat jetzt gesagt, dass eigentlich in Wahrheit das Defizit für 2016 nicht 67 Millionen ausmacht, sondern der Jahresfehlbetrag über 124 Millionen ausmachen wird. Aber das sind schon Summen...und da weiß man dann auch nicht, macht man denen einen Vorwurf...warum zahlen uns die nicht mehr...mehr dazu bei diesen Aussichten.

Weiß man oft wirklich nicht, wen man in die Verantwortung, in die Pflicht nehmen sollte. Im Endeffekt müssen wir eh wie immer selber schauen, wo wir bleiben. Weil, auch das ist vielleicht ganz interessant, wenn man immer sagt, es gibt so viele Abgangsgemeinden in Oberösterreich - ob das jetzt, weiß was ich, Linz und uns, ich will jetzt gar keine Namen nennen, die sagen, wenn du eine Kommune bist, also keine Stadt mit Statut, und du hast ein Minus am Ende des Jahres, ist es zwar nicht angenehm, aber nicht wirklich ein Problem, weil das Land Oberösterreich erstattet dir die Differenz. Da zahlen wir Statutarstädte auch mit über die Landesumlage, nicht. Das heißt, wenn die Gemeinde XY ein Drittel, weil im letztem Jahr ein Drittel der 444 Gemeinden in Oberösterreich sind Abgangsgemeinden. Es waren schon einmal noch viel, viel mehr. Dann haben alle wieder gespart, nix investiert, nix in die Wirtschaft investiert, darum haben auch Firmen zugesperrt. Wurscht, dann waren sie brav, dann waren es dann nur mehr ein Drittel Abgangsgemeinden. Aber die, die Abgänge produzieren, denen werden die Abgänge von Land Oberösterreich ersetzt. Am Schluss beginnt jedes Jahr, beginnen die Gemeinden wieder bei null. Wir nicht, wir haben unsere Schulden, wir bedienen auch unsere Schulden, das können wir auch tun, aber das wollte ich nur der Ehrlichkeit halber sagen, weil das ist auch nicht unbedingt ein...ein ja gerechter Zugang. Weil wir nämlich für das Schuldentilgen der anderen Gemeinden auch noch mitzahlen. Wir zahlen also nicht nur unsere Schulden, sondern uns nehmen's ja auch in die Pflicht zum Schuldentilgen von den anderen Gemeinden. Ja, wie gesagt, ein schwacher Trost. Linz vielleicht noch als Beispiel auch. Die haben für 2016 ein Budgetdefizit von 34 Millionen geplant. Das sind immer so...so interessante Zahlen. Die Verbindlichkeiten der Stadt Linz haben sich schon 2015 von 74 Millionen auf insgesamt 783 Millionen erhöht. Aber eh egal. Egal wie man es dreht und wendet, wir liegen gar nicht so schlecht, obwohl wir...obwohl wir nicht wirklich ein gutes Budget für 2016 zusammenbringen können. Ja, was bleibt im Endeffekt, die negative Tatsache, dass wir das Ziel eines ausgeglichenen Budgets nach hinten verschieben müssen. So wie alle anderen auch, und wie weit wir dieses Ziel nach hinten verschieben müssen, das kann heute eigentlich wirklich seriös niemand beantworten, denn so groß sind auch die Fragezeichen, welche Zusatzbelastungen auf die Kommunen, die Länder, die Republik auch aus der Asylproblematik noch dazukommt. Das sind ja Dinge, die noch gar nicht eingepreist sind. Ja, zurück zu den Budgetzahlen für 2016. Im außerordentlichen Haushalt haben wir für 2016 Ausgaben und Einnahmen von knapp 9 Millionen vorgesehen, exakt 8.909.800, und das ist, wenn man die Fischaufstiege letztes Jahr im Budget so gegen rechnet, was wir im Budget drinnen gehabt haben, und was wir überhaupt zurück bekommen haben. Wenn man das, die effektiven Kosten rechnet, sind wir im außerordentlichen Haushalt in Wahrheit fast bei derselben Summe wie im Vorjahr, also knapp...knapp 9 Millionen Euro haben wir hier...hier budgetiert. Und diese...die größte Ausgabengruppe dabei ist der Straßen-, Wasser- und Kanalbau sowie der Verkehr mit insgesamt 2,76 Millionen. Enthalten darin ist auch beispielsweise der Planungsansatz von 100.000 Euro für die Aufstiegshilfe am Tabor, aber auch diese 500.000, von denen ich schon gesprochen habe für die Verifizierung eventuell Fuß- und Radwegübergang Posthofberg. 700.000 Euro - auch ein großer Betrag, wichtig auch, ist die Sanierung der städtischen Deponie, die wir da ja schon begonnen haben, schon läuft, ja schon seit einigen Jahren beim RHV. Auch drinnen im außerordentlichen Haushalt ist der Investitionskostenzuschuss für die Leistungen der Kommunalbetriebe mit 481.000 Euro. Ja, und möchte nochmal darauf hinweisen, dass wir diese Größenordnung von knapp 9 Millionen im außerordentlichen Haushalt, das wirklich eine Größenordnung ist, die wir uns auch angesichts der angespannten Situation tatsächlich leisten können. Das können wir auch gut finanzieren. Nicht zuletzt natürlich auch deshalb, weil das Zinsniveau extrem niedrig ist und offensichtlich auch in Zukunft, zumindest die nächsten Jahre, so bleiben wird. Ich weiß ja nicht, ob hier jemand von Ihnen private Kredite hat, aber die sind jetzt schon gut, aber so wie es sich die Stadt oder die Kommune momentan finanzieren können, da kann wahrscheinlich niemand mit. Wir finanzieren uns derzeit mit täglich fälligem Geld mit einem Zinssatz von 0,5 %. Also das ist schon...da sieht man, dass auch die Finanzwelt momentan ein bisschen verrückt ist. Ja, trotz der vielen und großen Investitionen kann ich Ihnen mitteilen, und das ist schon ein ganz wichtiger Punkt, dass wir auch im kommenden Jahr unseren Schuldenstand neuerlich senken werden. Also, ist nicht das erste Mal. Das heißt, wir zahlen ja auch 2016 mehr Geld zurück, als wir uns an Krediten aufnehmen. Und zwar

fast um eine 1 Million Euro. Eine beachtliche Leistung, das schaue ich mir jetzt einmal an, ich werde die Zeitungen verfolgen, wer das noch kann in Größenordnungen von der Stadt Steyr. Natürlich bedingt auch deshalb, weil wir unsere Budgetdefizite aus... aus Rücklagen decken. Aber trotzdem, 1 Million Euro weniger Schulden als im Vorjahr. Und im Endeffekt weisen wir zum fünften Mal hintereinander mit diesem Budget keine Netto Neuverschuldung aus und das ist auch etwas, was ich betonen möchte, auch keine Selbstverständlichkeit. Das können wir uns auf unsere... ja, auf unser Hutertl stecken. Vielleicht in dem Zusammenhang der aktuelle Schuldenstand der Stadt. Das ist auch immer etwas, was... was die Leute interessiert, obwohl es ja sehr schwierig zu vergleichen ist, vor allem, wenn andere Städte ihre Schulden angeben, weil meistens nicht die gleichen Parameter angenommen werden. Wir haben im Budget 2016- auf alle Fälle- der Schuldenstand der Stadt beträgt 62.546.900, das ist der aktuelle Schuldenstand im Budget 2016. Und wie gesagt, das sind um mindestens 1 Million weniger als wir das im Vorjahr gehabt haben. Kleiner Exkurs noch, dass diesen Schulden auch Werte gegenüber stehen, das sage ich immer dazu, und meistens schon mehr als im Endeffekt mit fünf, sechs Beispielen. Das, was wir tatsächlich an Schulden haben, ich sage nur, an Werten geschaffen, Alten- und Pflegeheime, wir haben im Endeffekt in Straßen investiert, wir haben die Volksschule Resthof gebaut, das sind lauter Millionenbauten, Amtsgebäude Reithoffer und, und, und. Im Endeffekt Kanal ist auch so etwas, wo man... wo man auch Gegenwerte hat, aber ich glaube, das wird ja alles viel, viel besser, wo man dann sagt, na solche Schulden und solche Schulden und wo sind denn... was machen denn unsere armen Kinder mit diesen vielen Schulden. Dass die Werte auch geschaffen wurden, ist ja... ist ja gar keine Frage und ist auch sichtbar in dieser Stadt. Wir haben kein einziges Prestigeobjekt in den letzten Jahren realisiert. Wir haben alles im Endeffekt investiert in Nachhaltigkeit, in Infrastruktur. Alles das, was wir in der Zukunft brauchen. Aber in Zukunft wird ja, 2019 soll es erstmals so weit sein, wir hätten ganz anders budgetiert werden müssen. Die Bundesregierung hat sich darauf geeinigt, dass man nicht nur die Kameralistik darstellt, so wie's wir haben, mit Ausgaben und Einnahmen, sondern, dass man dann auch ab 2019 die Sachwerte einpreisen wird müssen und dann werden wir sehen, wie gut eigentlich trotz der... der schwierigen finanziellen Situation die Stadt Steyr dasteht. Wenn man so wie in einer Bilanz sagt, das sind die Ausgaben, die Einnahmen, das sind die Investitionen und das sind aber die Sachwerte, das sind die Werte, das Vermögen, das die Stadt im Endeffekt dadurch schafft oder schon hat, da bin ich sehr gespannt, was herauskommt. Da freue ich mich fast drauf, obwohl's viel Arbeit bedeutet, aber die Arbeit hat eh der Magister Lemmerer und insofern und mache ich mir da nicht solche Sorgen. Ja, nicht er allein sondern auch sein... sein Team. Ja, komme eh schön langsam zum Schluss. Stichwort Finanzierung, wie finanzieren wir dieses Budget? Die größten Einnahmequellen sind die Ertragsanteile, gar keine Frage. Aber sie steigen nicht in diesem Ausmaß, wie die Kosten steigen. Wir haben 2016 auf Grund der Ertragsanteile, also bei den Ertragsanteilen, knapp 44 Millionen budgetiert, exakt 43.976.000. Wir sind diesmal nicht dem Landeserlass gefolgt. Der Landeserlass hat gemeint, wir sollen das, was wir 2015 budgetiert haben, mit 0,4 Prozent herabsetzen. Wir haben aber gesehen, dass wir schon 2015 fast diese 44 Millionen erreicht haben. Also das heißt, wir erreichen 2015 die 44 Millionen. Wir gehen davon aus, dass das auch, wenn's nicht steigen werden, wenn die Ertragsanteile nicht steigen werden, zumindest nicht weniger werden... darum glaube... oder halten wir diesen Wert für erreichbar und seriös budgetiert. Und die zweit höchste Einnahmequelle sind die Kommunalsteuern, die ja direkt mit der Anzahl der Gehälter und somit auch der Beschäftigten in Steyr zusammenhängen. Und wir haben eine Kommunalsteuer für 2016 Einnahmen in Höhe von 25 Millionen angenommen und budgetiert und 500.000 mehr durch den Abänderungsantrag. Ja, komme vorerst zum Schluss. Im Budget 2016 haben wir ein Minus von 5,6 Millionen budgetiert. Wir gehen davon aus, ich habe es schon gesagt, dass wir bei restriktivem Budgetvollzug, und das haben wir in der Vergangenheit ja auch immer so gehalten, deutlich unter der 5 Millionen Grenze zu liegen kommen werden. Trotzdem müssen wir für die Ausfinanzierung des Budgets 2016 wieder auf unsere Rücklagen zurückgreifen, deren Höhe derzeit, Gott sei Dank, noch rund 11,5 Millionen Euro beträgt. Auch keine Selbstverständlichkeit. Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, ein Rechnungsergebnis mit ausgeglichenen Einnahmen und Ausgaben, bedient aus den Rücklagen, keinen einzigen Cent zuschießen müssen. Das bleibt weiterhin selbstver-

ständig unser großes Ziel. So gesehen ist das uns vorliegende Budget für 2016 nicht eines, das uns zufrieden stellt. Das Budget für 16 ist aber sicherlich eines, das angesichts der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen sowie der weiterhin äußerst ungerechten Verteilung der Finanzströme in dieser Republik durchaus herzeigbar ist und auch als respektabel bezeichnet werden kann. Damit möchte ich meine Ausführungen vorerst schließen, bedanke mich beim Helmut Lemmerer und seinem Team für die wirklich großartige Arbeit bei der Budgeterstellung und ersuche jetzt um Diskussion und Beschlussfassung.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Der Voranschlag der Stadt Steyr für das Rechnungsjahr 2016 wird

im ordentlichen Haushalt mit Einnahmen in der Höhe von	EURO	123.989.900,--
und Ausgaben in der Höhe von	EURO	131.293.100,--
und einem Abgang in der Höhe von	EURO	7.303.200,--

und

im außerordentliche Haushalt mit Einnahmen und Ausgaben in Höhe von ausgeglichen	EURO	9.259.800,--
--	-------------	---------------------

- im Einzelnen mit den Beträgen, die in den vorliegenden Einzelvoranschlägen ausgewiesen sind – festgestellt.

Als gegenseitig deckungsfähig werden die in den Sammelnachweisen angeführten Ausgaben erklärt.

Weiters werden genehmigt:

- a) Die dem Voranschlag beigeschlossenen "Allgemeinen Vollzugsbestimmungen zur Durchführung des Voranschlages".
- b) Die „Mittelfristige Finanzplanung für die Jahre 2017 – 2020“.
- c) Der Wirtschaftsplan der Alten- und Pflegeheime Steyr, der Wirtschafts- und Investitionsplan der Kommunalbetriebe Steyr, die Voranschläge 2016 und die Mittelfristigen Planungen 2017 bis 2020 der Sparkassenfonds Steyr Reithoffer KG und der Sparkassenfonds Steyr Stadterneuerungs KG, der Voranschlag der Dr. Wilhelm Groß-Stiftung und der Dienstpostenplan.

Die ausschließlichen Gemeindeabgaben werden wie folgt erhoben.

Die Hebesätze betragen:

Grundsteuer A für land- und forstwirtschaftliche Betriebe	500 v. H.
Grundsteuer B für andere Grundstücke	500 v. H.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das war die Budgetrede im Sinne des Abänderungsantrages, der ihnen ja allen vorliegt. Damit wir auch von den richtigen Zahlen reden, die letztlich hier zur Diskussion stehen, also es gelten sozusagen die im Antrag im Sinne des Abände-

rungsantrages und ich habe schon eine erste Wortmeldung von Herrn Vizebürgermeister Dr. Zöttl. Ich ersuche ihn ans Rednerpult.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. HELMUT ZÖTTL:

Sehr geehrte Damen und Herren. Leider, wie wir schon gehört haben, ist die schwarze Null, wie wir es ja kurz vor der Wahl noch angesprochen haben, leider in die Ferne gerückt und die Realität zeigt leider ein anderes Bild. Wie auch der Nachtragsvoranschlag von 2015 schon gezeigt hat, ist die finanzielle Lage nicht besonders rosig, sondern eher bedenklich und das trotz Strenge im Sparkurs. Wie wir ja schon gehört haben, haben wir einen Abgang im OH von 5,65 Millionen Euro. 9 Millionen Euro Krankenanstaltsbeitrag, wie der Herr Bürgermeister schon ausgeführt hat. Die Transferleistungen gegenüber dem Land Oberösterreich sind mit fast 16 Millionen Euro auch sehr, sehr bedenklich und eine ungünstige Situation für die Stadt. Aber wir sehen auch hier in der Stadt Probleme, wie auch schon angesprochen. Wir haben sogar in den Unterlagen hier ein Bild bekommen, sind die Sozialkosten die enorm steigen, und mit 4,22 Millionen Euro für 2016 beanschlagt sind. Und das ist eine sehr...für uns ein sehr erschreckendes Bild. Wir möchten aber auch hier auch gleich eine Warnung aussprechen, speziell was die Asylfrage betrifft. Weil diese nach wie vor ungeklärt ist, wie wir in Zukunft in der Stadt mit den Kosten, die höchstwahrscheinlich auf uns zukommen im Bereich der Mindestsicherung, umgehen werden. Wir haben ja, wie wir wissen, die 1,5 % Quote verordnet bekommen vom Bund und sind sozusagen mit 600 Asylwerbern in Steyr...ist die Obergrenze, so zu sagen, gezogen worden. Wenn wir uns jetzt ein Zahlenbeispiel sich überlegt und wir davon ausgehen, wenn diese Zahlen mit 600 erreicht werden und nur die Hälfte dieser Personen, gut oder günstig gerechnet, eine Mindestsicherung von der Stadt bekommen würden, würden wir über den Daumen gerechnet 2,8 Millionen Euro jährlich zusätzlich im Bereich der Sozialkosten aufbringen müssen. Und was das bedeutet, kann sich jeder vorstellen. Wir sehen aber auch Pflichten in einer Stadt, die wir erfüllen müssen, so wie die einzelnen Kapitel, die der Bürgermeister bereits angesprochen hat, sehen wir auch eine Notwendigkeit, die Verpflichtungen in der Stadt oder auch den Betrieb aufrecht erhalten zu müssen. Und wir sehen hier positiv, dass der Sparkurs weiter getragen wird und somit kann man, wenn man es so will, mit 95 % sagen, wir stehen zu diesem Budget und vor allem was uns besonders gefällt ist, dass der Schuldenstand dabei abnimmt. Aber wir haben, wie auch in den Jahren zuvor, immer darauf gedrängt, dass man das Budget Kapitelweise abhandelt, um, so zu sagen, eindeutiger zuzustimmen, wo man dafür ist und wo nicht. Und das wäre unserer Meinung nach im Sinne der Objektivität beziehungsweise der Transparenz sinnvoll. Wir haben auch gehört, dass die Förderungen für die Vereine mit 10 % im Budget veranschlagt ist. Wir stehen grundsätzlich dafür, dass wir die Vereine fördern. Wir sehen aber darin mit den 10 % ein etwas ungutes Gleichgewicht, weil wenn man sich diese Verteilung ansieht, dann sehen wir, dass zum Beispiel das Museum Arbeitswelt, welches wir immer sehr kritisieren, speziell dieser 163.000 Euro Förderung, dass durch die Prozentaufteilung das Museum Arbeitswelt 17.000 Euro mehr bekommt und in anderen Bereichen Vereine, da reden wir von 100 Euro Bereichen. Und wie gesagt, da sehen wir ein sehr unausgeglichenes Verteilungsmuster. Wir werden dem Budget zustimmen, in erster Linie deswegen, weil wir die Verpflichtung darin sehen. Werden aber nur mit Vorbehalt, wie gesagt, das tun und hoffen, dass die Zukunft Besseres bringt.

APPLAUS

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Die Frau Kollegin Lindinger hat sich zu Wort gemeldet.

GEMEINDERÄTIN MARIA LINDINGER:

Ja, in dem ich neu im Gemeinderat bin, kann ich noch nicht auf längere Erfahrungen mit den Voranschlägen zurückgreifen, aber möchte zu einigen Punkten Stellung nehmen. Also, ich finde es einmal sehr positiv, dass wir trotz dieser angespannten Finanzlage gerade im Sozialbereich sehr gute...also auch viel Geld ausgeben und auch, denke ich, sehr gute Projekte unterstützen. Also es gibt gute Projekte der Jugendwohlfahrt oder zum Beispiel dieses Pro-

jekt „Hilfe zu Arbeit“ halte ich für ausgesprochen gut. Das Paraplü macht gute Arbeit und ich möchte...ich fürchte, jetzt einige auszulassen, wenn ich so weiter aufzähle. Aber ich denke es gibt ja wirklich sehr, sehr gute Projekte, die hier wichtig sind, dass die Stadt auch weiterhin betreibt und auch subventioniert. Gleich um anzuschließen, um diese Subventionen, in... in 10 % Erhöhung der Subventionen finde ich sehr positiv, vor allem auch im Kulturbereich, dass da auch Institutionen gefördert werden wie zum Beispiel das Museum Arbeitswelt, wie das Röda, wie das AKKU...die einfach, zu dem, dass wir einfach eine alte Kulturstadt sind und auch neueres an Kultur hineinbringt. Und diese...ich denke auch da, dass es gut wäre, den Kulturbeitrag Beirat zu unterstützen, die eben noch mehr hinausgehen wollen, um die Kultur niederschwellig konsumierbar zu machen und da gute Ideen haben. Zum Thema Mindestsicherung oder zum Thema, was uns die Flüchtlinge kosten werden. Ich denke, ja sie haben Recht, die Flüchtlinge werden uns was kosten. Dass wir in Steyr Flüchtlinge haben, denke ich, ist einfach ein solidarischer Beitrag dazu, den wir zur jetzigen Welt-situation na den wir für diese Krisensituation beitragen müssen. Und ich denke es ist ganz wichtig, dass Stadt Steyr bald und rechtzeitig auch schon Initiativen setzt, um eben möglichst zu verhindern, dass sehr viele von diesen Menschen dann in die Mindestsicherung kommen. Kommunen haben die Möglichkeit, diesen Leuten gewisse Art von Arbeitsmöglichkeiten zu geben, also nicht sie anzustellen, aber so stundenweise sie zu beschäftigen für ein Taschengeld. Was ich mir passiert und ich denke mir, es wäre ganz wichtig, dass die Stadt Steyr da jetzt möglichst schnell versucht, diese Leute bestmöglich zu integrieren. Und ich denke auch, dass das Projekt dahin ist, dass wir auf Sicht gesehen uns das dann auch weniger kostet. Wenn die Leute bald einmal sehen, wie schaut unser Arbeitsmarkt, dann wo sie zusammenkommen mit Österreichern, die im Arbeitsleben sind. Und ich denke das wäre der Schritt dahingehend, wie wir die Leute unterstützen können in unsere Gesellschaft rein zu finden und wir auch gut mit ihnen umgehen können. Ich weiß, der Integrationsausschuss hat jetzt gerade erst zu arbeiten begonnen und ich denke, diese Themen sind dort gut aufgehoben. Es gibt einen gewissen Budgetansatz im Budget, aber ich nehme an, wir werden Projekte entwickeln müssen und wir werden darüber hinaus einfach auch noch Geld in die Hand nehmen müssen, damit das gut gelingen kann. Und was ich auch so positiv finde, wie Sie, Herr Bürgermeister, eh schon angesprochen haben, ist die Budgetierung der Aufstiegshilfe. Also dass damit schon was vorgesehen ist, was wirklich ein Schritt ist. Ich denke, was auch den Innenstadtkaufleuten helfen kann und beiträgt zu einer guten, besseren Mobilität gerade zwischen...mit diesen Höhenunterschieden, die wir in Steyr einfach haben. Dann könntest du zum Beispiel mit dem Lift fahren. Vom Tabor runter, genau. Ja, dann auch diese Ansätze, Fußgänger und Radverkehr, bitte da ist schon einiges drinnen. Ich denke, man kann heuer mit diesen Ansätzen auch ganz gut einmal planen, wo wollen wir hin, was...was fehlt da noch, was können wir hier machen. Kann dann schon sein, dass Budgetforderungen für die Folgejahre sich daraus ergeben werden. Etwas, womit ich schon ein bisschen ein Problem habe ist, dass die Schulden der Stadt Steyr noch ganz, ganz ein großer Teil Schweizer Franken Kredite sind. Ich weiß, dass es eh Überlegung oder klare Richtlinien gibt, bei welchen Währungskursen, oder soweit man versucht umzuschulden, aber ich denke, das ist schon natürlich eine Hypothek, die auch irgendwie so, ja nicht so ganz gut berechenbar ist, wie sich das entwickeln wird. Also, wir werden dem Budget überwiegend zustimmen, werden aber sehr genau schauen, welche Projekte innerhalb dieses Rahmens projektiert oder über diesen Rahmen hinaus auch projektiert und umgesetzt werden. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Nächster zu Wort gemeldet hat sich der Herr Kollege Mayrhofer. Der Herr Pit Freisais dann in Vorbereitung. Bitte.

STADTRAT KOMMR. GUNTER MAYRHOFER:

Ja, meine sehr geehrten Damen und Herren. Mit Sicherheit kein Jubelbudget, aber wie sollte es auch ein Jubelbudget sein, wenn jemand anderer anschafft und wir müssen es bezahlen. Und da bin ich also wirklich auch beim Bürgermeister Hackl. Diese Tendenz, die nimmt uns schön langsam wirklich den Spielraum, für unsere Bevölkerung etwas zu entwickeln. Dass

das trotzdem gelungen ist in den letzten Jahren und auch im Jahr 2016, dass wir also trotz diesem Sparwillen, und nicht nur dem Willen, sondern auch wirklich den Sparmaßnahmen, die wir umsetzten, gelingt, trotzdem etwas weiter zu entwickeln, ist also durchaus positiv. Dass ein jeder von uns herinnen andere Prioritäten hat und vielleicht das eine oder andere Projekt viel lieber hätte, dass es gleich umgesetzt wird, das ist vollkommen klar. Wenn ich gerade nur die Aufstiegshilfe nehme, für die wir seit 20 Jahren kämpfen, ja, jetzt ist es Gott sei Dank einmal so weit, dass wir diese Planung angehen und so wird's vielen anderen auch gehen. Aber ich glaube, dass das der richtige Weg ist, dass man versucht, über den Rahmen etwas zu investieren, dass man sich nicht wirklich überschuldet und dass man diesen Spielraum solange wie möglich erhält. Wie lange, das steht in den Sternen, weil das ist leider nicht von uns selbst zu beeinflussen. Aber grundsätzlich glaube ich, ist es ein solides Budget. Und das Wort „solide“ zeigt auch die gemeinsame Arbeit von wirklich allen Fraktionen und darum werden wir auch diesem Budget die Zustimmung geben.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Dankeschön. Herr Freisais bitte.

GEMEINDERAT PIT FREISAIS:

Werte Kolleginnen und Kollegen, ich werde mich kurz fassen. Ich kann einem Budget, das ein dickes Minus unterm Strich hat, nicht zustimmen. Das ist einfach nicht zukunftsfit und ich verstehe, dass es zahlreiche Probleme gibt, auf die wir keinen Einfluss haben. Aber trotzdem, unser großes Ziel muss sein, dass wir ein ausgeglichenes Budget haben. Und auch um das zu unterstreichen, werde ich gegen das Budget stimmen.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Dankeschön, ich möchte nur dazu sagen, auch wir hätten gerne natürlich ein Plus im Budget, keine Frage, aber wir versuchen halt so gut als möglich in Grenzen zu halten, dass nicht einfach irgendwo ins Bodenlose rutscht. Frau Kollegin Frech, bitte sehr.

GEMEINDERÄTIN MMAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Gäste. Ich werde mich kurz fassen. Ganz so kurz wie der Herr Freisais werde ich zwar nicht schaffen, aber maximal in drei Minuten bin ich fertig. Sie dürfen beruhigt sein. Ich denke mir, die Geschichte ist die, man kann nicht mehr ausgeben, als man eingenommen hat oder man lebt auf Pump. Das ist letztlich so. Und drei Zahlen, der Herr Bürgermeister hat's heute auch schon angesprochen, die sind schon eine gewisse Warnung an uns, egal ob das jetzt die Jugendwohlfahrt ist, die innerhalb von 2002 bis 2016 um 100 % gestiegen ist, was die Ausgaben angeht. Das heißt, wir haben ein gesellschaftliches Problem, das wir lösen müssen, das auch wir als Kommune nicht alleine lösen können, das ist schon klar. Wir werden noch viel mehr in Richtung Prävention ausgeben müssen. Wir haben in dem Bereich der Sozialhilfe, ohne die Altenheime, eine Steigerung im selben Zeitraum 2002 bis 2016 von 146 %. Das wird sich auch nicht ändern. Die demographische Entwicklung ist wie sie ist. Wir werden noch viel mehr im Bereich der Altenbetreuung ausgeben müssen, egal ob stationär oder mobil. Und bei den Altenheimen alleine haben wir eine Steigerung gehabt von 222 %, ebenfalls in diesem Zeitraum. Keiner von uns wird daran denken können, dass sich das ändern wird, ganz im Gegenteil. Die Prozentsätze werden uns in zwölf Jahren wieder unterhalten oder in dreizehn oder vierzehn, werden weiter nach oben klettern. Ich kann's mir nicht anders vorstellen. Demographische Entwicklung, gesellschaftliche Entwicklung. Wir haben aber nicht nur diese drei Zahlen, sondern wir haben auch drei Ebenen, die mir persönlich Sorge bereiten, nämlich Bund, Länder, Gemeinden. Es ist heute schon einmal angesprochen worden. Die Gemeinden sind die, die's am letzten trifft. Weil wir können nach unten nichts mehr delegieren. Wir können niemanden mehr Verantwortung zuschieben, wir können nur Gebührenerhöhungen vornehmen oder ähnliches. Und ich denke mir...und es ist lang an der Zeit, dass es einen neuen Finanzausgleich gibt, dass es Strukturreformen gibt, Bund, Länder gemeinsam auch mit den Gemeinden. Dass Zuständigkeiten auf den einzelnen Ebenen anders fallen als bisher. Ich habe Hoffnung, was Finanzausgleich angeht. Geredet wird schon lange davon.

Ich habe auch Hoffnung, was die Strukturreform anbelangt. Wo mir ein bisschen die Hoffnung fehlt, sage ich Ihnen ganz offen, ist bei der gesellschaftlichen Entwicklung. Egal, ob es im Bereich von den Themen die schon angesprochen worden sind, Flüchtlingssituation, Problemfälle bei Jugendlichen. Ich denke mir, da werden wirklich alle Kräfte gefragt, hier zu Lösungen zu kommen, die für alle gut passen. Ich habe aber auch drei Hoffnungen. Eine, die mich auch bewegt, diesem Budget die Zustimmung zu geben, trotz aller Kritikpunkte, die es geben mag, ist sicherlich die Kulturförderung, die damit verbunden ist, die ich für ganz wichtig halte. Und wenn da heute angesprochen worden ist 10 % für die Vereine wären verhältnismäßig viel, dann muss ich dem klar widersprechen, weil Faktum ist, dass gerade die Kulturvereine aber durchaus auch andere Vereine über Jahre hinweg keine Erhöhungen bekommen haben. Und wenn sie überlegen, alleine die Inflationsrate Personalkosten die steigen, alles wird teurer und die Vereine waren im Prinzip, wirklich die meisten seit Jahren, wenn nicht Jahrzehnten, auf demselben Wert. Das heißt da, die Erhöhung von 10 % ist durchaus legitim. Ich bin natürlich auch sehr froh über die Aufstiegshilfe Tabor. Verbinde aber eine Hoffnung, ja schon auch damit, da schließe ich mich der Kollegin Kloiber an. Ich möcht's gerne noch erleben. Weil die ersten Pläne für eine Aufstiegshilfe Tabor sind ungefähr 100 Jahre alt. Die im Haus kursieren, die mir zumindest bekannt sind. Vielleicht gibt's schon ältere, aber ich möchte wirklich den Bau der Aufstiegshilfe Tabor noch gerne erleben, da bin ich bei Ihnen, bei manchen anderen Dingen. Und was ich mir schon noch wünschen würde, ist ein bisschen mehr noch an Denken das längerfristig ist, das nachhaltiger ist, nicht nur in Wahlperioden zu denken, so die nächsten fünf, sechs Jahre. Sondern auch wirklich, wie soll diese Stadt gestaltet sein in den nächsten 10, 15, 20, 25 Jahren. Diesbezüglich haben wir auch eine Verantwortung den nachfolgenden Generationen. Und ein bisschen mehr visionäres Denken hin und wieder kostet nichts und ließe wahrscheinlich auch das eine oder andere Problem verschwinden lassen. Und natürlich als Vertreterin einer Bürgerliste wäre mir ein bisschen mehr an Bürgerbeteiligung, ist heute schon angesprochen worden, auch sehr wichtig. Wenn's um die Planung von Projekten geht, ich denke Aufstiegshilfe Tabor, würde sich beispielsweise dafür auch anbieten. Dankeschön.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Eine weiter Wortmeldung der Herr Kollege Kaufmann, dann der Herr Kollege Schauer.

STADTRAT MAG. REINHARD KAUFMANN:

Ja, geschätzte Damen und Herren. Ich möchte aus dem Verlauf des heutigen Nachmittags den einen oder anderen Zusammenhang versuchen herzustellen. Der für mich dazu führt, dass ein Abgang in der Größenordnung, der hier ausgewiesen ist, jetzt nicht das große Problem ist im Vergleich mit anderen Problemen, die dadurch vielleicht auch bekämpft werden. Der Herr Bürgermeister hat begonnen bei seinem Bericht zur Lage mit dem Hinweis auf Arbeitslosigkeit was bedeutet denn das? Dass wir Ressourcen frei haben in der Wirtschaft? Weil es gibt ja nicht nur bei den Arbeitskräften, bei den Arbeitnehmern, Arbeitnehmerinnen freie Ressourcen, die abgebildet sind in Arbeitslosigkeit. Es gibt auch bei Betrieben freie Ressourcen, hier sind die Kapazitäten nicht ausgeschöpft. Wann, wenn nicht in so einer Situation, ist es sinnvoll, zu investieren. Und ist es nicht unbedingt sinnvoll, jetzt sklavisch sich an einer Null, ob sie jetzt schwarz oder rot sei, ist mir egal, zu orientieren und nicht an den tatsächlichen Bedürfnissen und Anforderungen der Gesellschaft. Und in dem Sinn halte ich überhaupt nichts davon zu sagen, es muss unbedingt eine Null sein. Natürlich wäre das angenehm, wenn alles rundherum passt. Aber das ist halt nicht so und da macht mir diese nicht-Null, sondern circa 5 Millionen, 6 Millionen, die's jetzt sind, nicht die großen Sorgen, weil es geht eben darum, Wirtschaft auch, ich will nicht sagen ankurbeln oder unterstützen, sondern...sondern sie in Anspruch zu nehmen, wenn's dort Kapazitäten gibt. Und wir haben Bedarf zum Beispiel an einer Aufstiegshilfe Tabor, um dieses Beispiel zu nennen, dann ist das eine gute Zeit, das jetzt zu machen, wo eben Kapazitäten frei sind. Und wenn gesellschaftlich wir immer mehr Probleme haben, Jugendwohlfahrt wurde hingewiesen, dann hängen die ja auch zu einem Teil zumindest mit wirtschaftlichen Problemen und Arbeitslosigkeit zusammen. Und wenn man dagegen etwas tut, dann tut man auch etwas für sozialen Zusammenhalt. Wenn wir den nicht aufrechterhalten, dann wird das viel, viel mehr kosten in

den nächsten Jahren an Stellen, die uns überhaupt nicht passen werden. Da ist es besser zu investieren in Dinge, die wir dann Jahrzehnte auch sinnvoll nutzen können. Und in dem Zusammenhang möchte ich auch hier sagen, ich nenne das bei verschiedenen Gelegenheiten als ein Anliegen und eine Notwendigkeit, wir müssen vielmehr dazu kommen, im Bereich des öffentlichen...der öffentlichen Angebote, der öffentlichen Leistungen, nicht nur von den Kosten zu reden. Und von den vielen, vielen Steuern, die wir den Bürgerinnen und Bürgern wegnehmen. Wir müssen vielmehr auch davon reden, was hier an Leistungen gegenüber steht und geboten wird. Das ist leider im Laufe der Zeit...werden die Leistungen immer mehr als Selbstverständlichkeit angenommen. Und die Kosten werden aber weiterhin, also in dem Sinn der Steuerleistungen der Bürgerinnen und Bürger, werden weiterhin als Belastung empfunden und der Zusammenhang wird immer weniger hergestellt von selbst. Wir müssen hier etwas beitragen, denke ich, und unsere Leistungen als Stadt. Und die anderen Gebietskörperschaften sollen das durchaus auch tun, viel stärker noch präsentieren und beim Namen nennen, um hier klar zu machen, dieses Geld, das an Steuern eingebracht wird, ist nicht verloren, sondern hier wird auch etwas geleistet darum. Und noch eine letzte Sache, diese Wünsche an den Finanzausgleich und an bessere Abstimmungen zwischen den Gebietskörperschaften und andere Lenkung der Finanzströme. Zaubern wird hier niemand können. Es wird ja oft darüber geredet, was steigt an privatem Reichtum, und weltweit ist es so und in Österreich ist es auch so. Da gibt es aber relativ wenig Zahlen dazu. Und es gibt eine gewisse Armut zumindest, bei uns noch weniger, als in anderen Staaten. Im öffentlichen Bereich im Vergleich dazu, was...was Ehrenanforderungen wären. Und wenn wir hier nicht im Steuerrecht, tatsächlich auch dort, wo etwas vorhanden ist, wo stärkere Beiträge für die Gemeinschaft einforderbar sind, weil man das gut argumentieren kann und weil die Mittel dort auch vorhanden sind, dann muss man auch in diese Richtung gehen und nicht immer nur das Dogma vor sich hertragen, Steuern sollten eigentlich möglichst abgeschafft werden. Dort, wo Geld vorhanden ist und wo ja dieses Geld nicht einfach durch Leistung erbracht wird, sondern öffentliche Vorleistungen unbedingt braucht, damit diese Gewinne, die hier verteilt werden auch entstehen können, da muss die öffentliche Hand durchaus auch hinzeigen und sagen, wir wollen auch unseren Anteil daran haben. Das sollte eigentlich viel breiter unter den Parteien im Parlament vertreten werden, denke ich. Wenn man es ernst nimmt, dass der Staat seine Aufgaben erfüllt. Und wenn wir das nicht einbeziehen in Finanzausgleichsverhandlungen und in die Weiterentwicklung der Finanzwirtschaft unseres Staates, dann, ja, die Mathematik ist nicht anzweifelbar, wenn man vergleicht, was ist an Geld vorhanden in den staatlichen Kassen und was bräuchte es dafür. Wenn hier ein Unverhältnis da ist, dann kann man das nicht mit irgendwelchen Tricks ausgleichen, sondern müssen zusätzliche Einnahmequellen erschlossen werden. Darüber sollten wir uns nicht hinweg schwindeln. Dankeschön.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:
Dankeschön, Kollege Schauer bitte.

GEMEINDERAT FLORIAN SCHAUER:

Geschätzte Kolleginnen, geschätzte Kollegen. Wenn heute schon davon gesprochen worden ist, dass viele Dinge im Bezug auf das Budget oder Einflussfaktoren auf das Budget nicht in unserem Einflussbereich liegen, Finanzausgleich und so weiter, so möchte ich doch auf einen Punkt hinweisen, der sehr wohl...sehr wohl in unserer Hand liegt und in unserem Wirkungsbereich, eine Ungleichbehandlung aufzuheben, und da meine ich die Förderungen an die Jugendzentren. Und zwar ist es so, wir haben drei Jugendzentren, die wir mit 8.000 Euro gleich fördern und dann gibt es ein Jugendzentrum, das mit 15.000 Euro fast doppelt so viel bekommt. Und das finde ich nicht in Ordnung. Ich habe das auch beim letzten Budget schon vorgebracht. Das ist wirklich eine Ungleichbehandlung, die sich faktisch nicht sauber begründen lässt. Und da möchte ich doch sehr stark appellieren, dass wir die Förderungen, wenn's um den selben Bereich geht, und es werden von allen Jugendzentren dementsprechende Leistungen gebracht, das auch mit denselben Beträgen fördern. Und vielleicht kann man das dann in Zukunft bereinigen, sodass wir dann fürs Budget 2017 schon sagen können, ja, wir haben diese Ungleichbehandlung bereinigt. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Lieber Herr Kollege Schauer, nur ein kleiner Zwischenruf dazu. Wenn, dann müssten wir die Beförderungen überall gleich behandeln, die Förderung überall gleich behandeln und daher muss man sich auch die Förderungen des Landes anschauen zu den unterschiedlichen Jugendzentren. Also, wenn schon, dann müssten wir alles gesamt anschauen und nicht immer nur den einen Teilbereich, den man gerade bearbeiten möchte, sozusagen diskutieren. Nächstes Wort bitte, die Frau Kollegin Kloiber.

GEMEINDERÄTIN HEIDEMARIE KLOIBER:

Liebe Kollegen. Ich möchte ehrlich gesagt einmal eher gratulieren zu dem Budget, wie das Budget ausschaut über die geleistete Arbeit und da sollten wir eigentlich glücklich sein, denn es könnte viel schlimmer aussehen. Und das, was da an Arbeit geleistet wird, ich glaube, es ist immer leichter, dass man über was urteilt oder immer alles gescheiter oder besser weiß, als wie man es so hinbringt, wie es hingebraucht worden ist. Und dann hätte ich noch gerne, ist mir ein Anliegen, und zwar was zum Budget gehört, bezüglich der Altenheime, wo Wortmeldungen heute gekommen sind. Ich hoffe, es fühlt sich jetzt keiner persönlich angegriffen und ich will auch niemanden beleidigen, aber wenn ich da in die Runde schaue, glaube ich, sind wir alle miteinander, der Großteil, in einem Alter, wo wir uns schon über das Gedanken machen sollten, der Pflege. Weil ich glaube, den größeren Teil haben wir hinter uns, und wenn es uns selber betrifft, glaube ich, wollen wir die beste Pflege haben. Und über Sparmaßnahmen nachdenken oder sich über Erhöhungen Gedanken machen, in einem Pflegebereich. Also Gemeinderäte, zusätzlich, das täte uns nicht weh, aber über'n Pflegebereich denken wir nach, nein hallo, schämt euch, ja schämt euch. Also, das ist ja mehr als traurig. Das muss man einmal leisten, was da drinnen geleistet wird. Und man muss einmal da drinnen sein, dass man weiß, was das heißt, wenn man da drinnen ist. Also, das ist wohl der letzte Bereich über den man nachdenken sollte.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Dankeschön, gibt es noch eine Wortmeldung? Dem ist nicht der Fall. Sehr geehrter Herr Bürgermeister, bitte dein Schlusswort.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Ja, als Schlusswort ganz kurz. Denke, es ist kein erfreuliches Budget, ich habe es eh schon gesagt, ein respektables angesichts der Rahmenbedingungen. Wir können nur die nächsten Jahre, das nächste Jahr, wieder in diesem Geist weitertun, wie die letzten Jahre davor. Sparen, wo es geht, in die Zukunft investieren, uns nicht zu Tode fürchten. Die Probleme lösen, die auf uns zukommen, es wird uns auch nichts anderes übrig bleiben. Ich glaube, wir sind gut aufgestellt. Wir haben eine Stadt die funktioniert. Wir haben ein Dienstleistungsangebot das sich mit größeren Städten messen kann. Das kostet Geld, wir haben so viele...so viele Übereinstimmungen in so vielen großen gesellschaftlichen Bereichen. Ist mir eigentlich nicht bang, dass wir auch das schwierige Jahr 2016 gut meistern werden und gemeinsam, denke ich, ist es immer noch gegangen. Und wie gesagt, und was wirklich kommt, werden wir sehen. Aber zu dem sind wir gewählt, zu dem haben wir uns bekannt. Wenn wir nicht Verantwortung übernehmen wollten, dann würden wir hier nicht im Gemeinderatssaal sitzen. Alle die da sind, wollen Verantwortung tragen und das haben wir 2016 auch zu tun. In diesem Sinne ersuche ich um Beschlussfassung.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Ja, ich darf dann zur Abstimmung kommen. Wer also dem Budget im Sinne des Abänderungsantrages, der Ihnen ja hinzugegangen ist, einverstanden ist, bitte ein Zeichen mit der Hand. Ist jemand dagegen? 1 Gegenstimme. Stimmenthaltungen? Keine. Mit einer Gegenstimme, also mit einer überwiegenden Mehrheit, wurde dieses Budget beschlossen. Ich danke sehr herzlich für diesen großen Vertrauensbeweis auch unserem Finanzreferenten gegenüber. In diesem Sinne, übergebe ich das Wort.

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen:
Der Antrag wurde wie folgt **angenommen**.

Anwesende Gemeinderäte: **35**

Zustimmung: **34**

SPÖ 16 – (Bgm. Gerald Hackl, Vbgm. Wilhelm Hauser, Vbgm.ⁱⁿ Ingrid Weixlberger, StR Dr. Michael Schodermayr, GR Rudolf Blasi, GRⁱⁿ Helga Feller-Höller, GRⁱⁿ Rosa Hieß, GR Ing. Franz-Michael Hingerl, GR Thomas Kaliba, GRⁱⁿ Mag. Barbara Kapeller, GRⁱⁿ Heidemarie Kloiber, GRⁱⁿ Birgit Schörkhuber, BEd, GR Rudolf Schröder, GR Mag. Erwin Schuster, GRⁱⁿ Silvia Thurner, GRⁱⁿ Anneliese Zimmermann)

FPÖ 10 – (Vbgm. Dr. Helmut Zöttl, StR Dr. Mario Ritter, GRⁱⁿ Michaela Greinöcker, GR Josef Holzer, GRⁱⁿ BA (FH) Evelyn Kattnigg, GR David König, GR Lukas Kronberger, GR Uwe Pichler, GR Arno Thummerer, GR Ing. Wolfgang Zöttl, BEd)

Bündnis ÖVP-Bürgerforum 4 – (GR Ing. Thomas Schurz, GRⁱⁿ MMag. Michaela Frech, GR Florian Schauer, GRⁱⁿ Ursula Voglsam)

GRÜNE 4 – (GR Matthias Kaltenböck, GRⁱⁿ Maria Lindinger, GRⁱⁿ Natascha Payrleithner, GR Kurt Prack)

Gegenstimmen: **1**

NEOS 1 – (GR Pit Freisais)

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Danke, das Schlusswort gehört mir. Ich darf sie einladen, weil wir so eine große Übereinstimmung gehabt haben. Ich glaube es hat ja einen guten Grund, wir haben die letzten zwei Budgets auch mit großen Mehrheiten beschlossen und ich bekomme zum Martinifest in Gleink von Pater Adam Vaschinsky immer eine Flasche Wodka, höchste Qualität, geschenkt. Und ich habe vor zwei Jahren gesagt, die kann ich nicht alleine trinken, werde ich auch nicht tun. Wir trinken die gemeinsam, ich lade sie ein auf ein Schluckerl „Superwodka“. Heiliges Wasser, heiliges Wasser, die Gläser sind da, wer möchte, muss ja nicht ein ganzes Glas'l sein, geht sich sonst ja nicht aus. Ein jeder ein Schluckerl. Aber ich würde einladen, dass wir da ein Schluckerl trinken. Dann darf ich auch einladen, so wie immer traditionell, dass wir uns in der Schwechater treffen auf ein paar Getränke und Reiterweckerl. Auch bescheiden, so den Abschluss gemeinsam eines Arbeitsjahres feiern. Ich hoffe, sie haben alle Zeit, ansonsten, wen ich nicht mehr sehen würde, kann, weiß ich nicht, wünsche ich jetzt einen schönen Advent, fröhliche Weihnachten, alles Gute, persönlich und in der Familie, einen guten Rutsch. Aber ich hoffe wir sehen uns noch in der Schwechater. Vielen Dank, und jetzt würde ich einladen auf ein Schluckerl Wodka, heiliges Wasser, hochprozentig. Bitteschön.

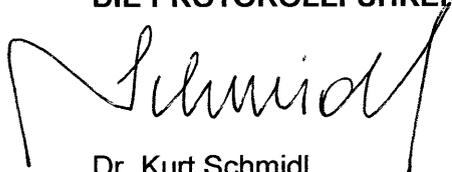
ENDE DER SITZUNG UM 17.30 UHR.

DER VORSITZENDE:



Bürgermeister Gerald Hackl

DIE PROTOKOLLFÜHRER:



Dr. Kurt Schmidl



Karin Rodlauer

DIE PROTOKOLLPRÜFER:



GRⁱⁿ Heidemarie Kloiber



GR David König